



universität
wien

DIPLOMARBEIT / DIPLOMA THESIS

Titel der Diplomarbeit / Title of the Diploma Thesis

„Kalter Krieg und Österreich: Öffentlichkeitsarbeit der österreichischen Politiker zur Kubakrise“

verfasst von / submitted by

Barbara Schwarz

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2019 / Vienna, 2019

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

UA 190 344 313

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Lehramtsstudium UF English/
UF Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Mag. DDr. Oliver Rathkolb

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung und Fragestellung.....	1
2.	Umgang mit Quellen	4
3.	Von der Kuba Revolution zur Kubakrise	11
3.1.	US-amerikanischer Einfluss und die Kuba Revolution.....	11
3.2.	Die Kubakrise.....	15
4.	Die Sicht Kubas.....	38
5.	Neutralität Österreichs.....	40
5.1.	Rechtlicher Status der Neutralität.....	44
5.2.	Neutralität – freiwillig oder Zwang?	45
6.	Österreich als neutraler Boden und Vermittler vor der Kubakrise.....	48
7.	Österreich zwischen West und Ost.....	54
7.1.	USA, Eisenhower und John F. Kennedy	54
7.2.	Bundeskanzler Alfons Gorbach.....	56
7.3.	Raab und Gorbach	57
7.4.	Kreisky	57
8.	Zeitungen.....	62
8.1.	Mittwoch, 24. Oktober	64
8.2.	Donnerstag, 25. Oktober	65
8.3.	Freitag, 26. Oktober, Nationalfeiertag.....	67
8.4.	Samstag, 27. Oktober	69
8.5.	Sonntag, 28. Oktober.....	70
8.6.	Montag, 29. Oktober	71
8.7.	Dienstag, 30. Oktober.....	71
9.	Konklusion	72
10.	Literatur.....	75
10.1.	Primärquellen im Internet.....	77
10.2.	andere Quellen.....	79
10.3.	Zeitungsartikel.....	80
10.3.1.	Salzburger Nachrichten	80
10.3.2.	Kurier.....	80
10.3.3.	Arbeiterzeitung	80
10.3.4.	Volksblatt	81
10.3.5.	Neues Österreich	81
10.3.6.	Krone	81
11.	Anhang	82
11.1.	Abstract	82

1. Einleitung und Fragestellung

Das Jahr 1962 war von der Gefahr eines dritten (nuklearen) Weltkrieges gekennzeichnet¹. In Kuba hat sich nach der Revolution eine kommunistische Regierung unter Fidel Castro gebildet und die USA versuchten sehr bald, dieses Regime zu stürzen. Die Enttäuschung war groß, denn die USA und die ganze Welt hatten Castro und die Dissidenten unterstützt, sich vom Diktator Batista (er amtierte von 1940-1944 als gewählter Staatspräsident und von 1952 bis zur Kubarevolution 1958 als Diktator) zu befreien. Castro hatte vergebens versucht, durch einen Angriff auf die Moncada Kaserne am 26. Juli 1953 das Regime zu stürzen. Das hatte ihn in Haft gebracht, aber durch eine Amnestie konnte er ins Exil nach Mexiko gehen. Dort gründete er die Bewegung „26th of July Movement“ (M-26-7) und plante mit Hilfe anderer, vor allem kubanischer Intellektueller, weiterhin den Sturz des Regimes. Tatsächlich gelang es Castro und seinen Gefährten 1956 unter großen Schwierigkeiten in Kuba in der Sierra Maestra mit der Jacht Granma zu landen. Batista konnte sie aber zunächst vertreiben, und Castro zog sich in die Berge zurück, von wo aus er die Regierung mit einem 2-jährigen Guerillakrieg tyrannisierte. Daraufhin folgte die Heldengeschichte der Revolution, die tausenden Kubanern bis heute Materie für ein kollektives Heldenereignis gibt: Am 1. Jänner 1959 marschierten die Guerillakämpfer in Havanna ein und die Menschen riefen: Cuba libre!

Die Entwicklung des Regimes zu einem kommunistischen Land erfolgte schnell aber nicht reibungslos. Am 1. Dezember 1961 bekannte sich Castro zum Marxismus. Die Sorge der Vereinigten Staaten von Nordamerika war bestätigt: In der frühen Phase des Kalten Krieges war der Feind weit entfernt in Asien, weit weg von den USA und Europa. Jetzt war er zuhause, in unmittelbarer Nachbarschaft, im Hinterhof der USA. Die Regierungen unter US-Präsident Eisenhower und Kennedy versuchten erfolglos mit geheimdienstlichen Methoden das Regime Castros zu stürzen. Im Juli 1962 reiste Raúl Castro, Bruder des Diktators und Minister der Streitkräfte, nach Moskau um Schützenhilfe bei der Sowjetunion zu suchen. Diese bekam er auch: Die Sowjetunion stationierte 42 Mittelstreckenraketen auf Kuba. Dies erfolgte aus politischem und militärischem Kalkül: Somit konnte die Angriffszeit auf US-Territorium entscheidend verkürzt werden, was wiederum die Abwehr schwieriger machte. Ebenso erreichte man dadurch eine erhöhte Treffsicherheit eines nuklearen Schlages gegen die USA. Die US-Regierung unter Kennedy entdeckte die Raketen am 15. Oktober und verlangte in einer Fernsehansprache des Präsidenten am 22. Oktober 1962 den Abbau der Raketen, was den Beginn

¹ Für diese Zusammenfassung vgl. Leslie Bethell (Hg.), *The Cambridge History of Latin America*, Bd. 7: *Latin America since 1930. Mexico, Central America and the Caribbean* (Cambridge 1990), 458-465 und vgl. Samuel Farber, *The Origins of the Cuban Revolution Reconsidered* (North Carolina 2006), 34-41.

der Krise in der Öffentlichkeit einläutete. Um das zu erreichen, verkündete er eine Quarantäne um Kuba, um Materialnachschub zu unterbinden, und verlangte eine Zusicherung der Sowjetunion, keine strategischen Waffen auf Kuba zu stationieren. In dieser gespannten Situation war die Gefahr eines nuklearen Krieges zwischen den Supermächten größer als je zuvor oder danach. Die Kubakrise endete schließlich nach einigen heiklen Situationen am 28. Oktober 1962 mit der Zusicherung der Sowjetunion, die Raketen abzuziehen (ohne das mit Kuba abzusprechen) gegen eine Versicherung der USA, nicht auf Kuba einzumarschieren und Castro zu stürzen. Eine zusätzliche, aber geheime Übereinkunft über die US-Raketen in der Türkei wurde erzielt und die USA mussten ihre Zusicherung geben, sie ebenfalls abzuziehen. In den Medien wird der Erfolg der Beilegung der Kubakrise vor allem den USA zugeschrieben, da sie ihre Forderung des Abzugs der Raketen durchsetzen konnten. Die Sowjetunion wurde öffentlich brüskiert, musste ihre Pläne der Aufrüstung Kubas wieder aufgeben und die Raketen zurückholen, während Kuba und Castro die Zusicherung der USA bekamen. Kuba hat zwar die Sicherung des Status quo als kleines kommunistisches Land bekommen, hat aber mit der Sowjetunion einen wichtigen Verbündeten verloren.²

Ein Jahr vor der Kubakrise fand im Juni 1961 ein Gipfeltreffen zwischen Kennedy und Chruschtschow in Wien statt. Auf Initiative des damaligen österreichischen Außenminister Dr. Bruno Kreisky ist dieses Treffen in Wien zustande gekommen war aber, anders als von Kreisky geschildert, kein wirklicher Erfolg während des Wettrüstens des Kalten Krieges. Immerhin war es ihm gelungen, die Führer zweier Supermächte auf einen Verhandlungstisch zu bringen. Aus dieser Erfahrung und mit neuer Hoffnung appellierte Kreisky in der Kubakrise an die beiden Politiker. Kreisky war schon davor als Brückenbauer bekannt und bei den internationalen Playern willkommen. Die Fragestellung dieser Arbeit ist, inwieweit dieser Appell wirklich zur Beilegung der Krise beigetragen hat, oder ob die US-amerikanische Geheimdiplomatie über die Jupiter-Raketen in der Türkei von Robert Kennedy mit der Sowjetunion ausschlaggebender war. Nicht nur Kreisky hat in dieser schwierigen Zeit eindringliche Reden gehalten, sondern auch andere Politiker wie ÖVP-Bundeskanzler Alfons Gorbach und SPÖ-Bundespräsident Dr. Schärp haben sich zu Wort gemeldet. Allen war der Bezug zur österreichischen Neutralität gemeinsam und die Intention, in der Krise zu helfen. Dies wird ebenfalls Thema dieser Arbeit sein.

Ziel der Arbeit ist es, durch Literaturrecherche und Zeitungsartikel die Rolle einiger österreichischer Politiker zu analysieren, vor allem die Rolle Kreiskys. Diese steht eng im Zusam-

² vgl. *Bethell*, Cambridge History of Latin America, 464-465.

menhang mit der 1955 erklärten Neutralität Österreichs. Im Jahr 1945 ist Österreich unter den Verlierern des Krieges und wird besetzt. Die österreichische Politik entwickelt sich trotz der Spannung zwischen West und Ost weiter und Österreich erreichte im Jahr 1955 seinen Staatsvertrag und damit die Freiheit. In den 10 Jahren nach Ende des Zweiten Weltkrieges gab es Verhandlungen über einen österreichischen Staatsvertrag und die Neutralität Österreichs. Im Verlauf der Untersuchung der Debatten kristallisierte sich heraus, dass vor allem die Sowjetunion Druck auf die Regierung ausübte, die Neutralität im Staatsvertrag zu verankern. Auch der Westen profitierte aus unterschiedlichen Gründen von einer Neutralität Österreichs und ist deswegen mehr als nur einverstanden. Jeder hatte seine persönlichen Interessen, auch die Österreicher. Es stellte sich nur mehr die Frage, wie die Neutralität verkündet und rechtlich verankert werden sollte. Letztendlich konnte man sich darauf einigen, den Staatsvertrag zu unterzeichnen und danach im Nationalrat ein Gesetz zur Neutralität zu verabschieden.³ Die Österreicher sind zunehmend stolz auf die neue Rolle der kleinen Republik, und fühlen sich berufen, in einem internationalen Konflikt, wie eben der Kubakrise, als Mittler zu agieren.

Um die Frage der Rolle Österreichs zu beantworten, werde ich in erster Linie, nach einer Erklärung über die verwendete wissenschaftliche Methode, im Kapitel 3 und 4 in das Knowhow der Kubakrise einführen, um später im Kapitel 5 auf die Geschichte und das Wesen der Neutralität Österreichs einzugehen. Kapitel 6 erörtert erste Bemühungen, diese Neutralität durch neutrale Aktionen, wie ein Gipfeltreffen und die Ansiedlung internationaler Organisationen, salonfähig zu machen. Dabei wird ein der Krise vorhergehendes Gipfeltreffen in Wien im Jahr 1961 behandelt. Österreichs Politiker standen aber nichtsdestotrotz zwischen West und Ost und waren den USA unterschiedlich zugetan, was im Kapitel 7 behandelt wird. Des Weiteren wird hier die Frage meiner Recherche beantwortet: die Rolle Österreichs und Kreiskys Vermittlungsversuche während der Kubakrise. Die Frage ist, wieviel Kreiskys Bemühungen und Reden tatsächlich zur Lösung dieser Krise beigetragen haben. Doch nicht nur Kreiskys Aktivitäten werden untersucht, sondern auch die des Bundespräsidenten Adolf Schärf und des Bundeskanzlers Alfons Gorbach. Ich stütze mich dabei auf zahlreiches Pressematerial, um die Sicht Österreichs zu dieser Zeit darzustellen. Die weitere Bibliographie und die Behandlung der Memoiren dienen zum Vergleich, ob es gerechtfertigt ist, der Rolle Kreisky eine so entscheidende Rolle zu geben, was in der Konklusion meiner Arbeit beantwortet wird.

³ vgl. Gerald Stourzh, Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945-1955 (Wien/Graz 5. Durchges. Aufl. mit einem bibliogr. Nachw. 2005), 549-552 und 667-668 und Memorandum über die Ergebnisse der Besprechungen zwischen der Regierungsdelegation der Republik Österreich und der Regierungsdelegation der Sowjetunion, 15. April 1955 („Moskauer Memorandum“), In: Gerald Stourzh, Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945-1955 (Wien/Graz 5. Durchges. Aufl. mit einem bibliogr. Nachw. 2005), 667-670, hier 668.

2. Umgang mit Quellen

Die Arbeit wird aus Literaturrecherche und der Analyse diverser österreichischer Zeitungen aus dieser Zeit bestehen. Insbesondere werden Reden und Aktionen der österreichischen Politiker anhand von Zeitungsartikeln analysiert und kommentiert. Als besondere Quellen sind die Memoiren zu nennen. In der Arbeit wurden drei verschiedene behandelt: Die Memoiren von Chruschtschow, die später zusammengetragen wurden; die von Robert Kennedy, die posthum veröffentlicht wurden; und die von Bruno Kreisky, die er selbst veröffentlicht hat. Die Memoiren bringen der vorliegenden Arbeit einerseits die Frische der Zeitzeugnisse und stellen Personen in den Mittelpunkt von schwierigen Entscheidungen, andererseits, wie es üblich ist in dieser Gattung, wird manches verworren, persönlich und zumeist subjektiv geschildert. Bernd Neuman⁴ unterscheidet zwischen Autobiografie und Memoiren. Bei Letzteren stellt der Erzähler seine soziale Rolle in den Mittelpunkt: Es handelt sich um bekannte Persönlichkeiten, meist Politiker oder andere im öffentlichen Leben stehende Personen. Die Memoiren gehen von der gefestigten Identität eines sich seiner sozialen Rolle bewussten Individuums aus. Dabei stellt der Memoirenschreiber seinen Werdegang in Zusammenhang mit seinem Wirken in der Zeit. Wohl nicht ohne Grund heißen Michelle Obamas kürzlich erschienenen Memoiren „Becoming“.

Die Memoiren haben einen subjektiven Charakter und daher müssen sie mit Vorsicht als Quelle verwendet werden. Teilweise wurden sie lange Zeit nach den zeitlichen Ereignissen niedergeschrieben und sind deswegen Quellen von Irrtümern oder zumindest von unbewussten Abweichungen von der Realität. Natürlich können auch bewusste Falschdarstellungen zur Rechtfertigung des eigenen Handelns vorkommen, wie es etwa bei Robert Kennedy der Fall ist. Im Fall von Kuba sind auch die Memoiren von Huber Matos interessant.

Huber Matos war ein Weggefährte Fidel Castros, der dessen kommunistische Ideen nicht geteilt hatte und der zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt worden war, weil das Regime ihn ausschalten wollte. Er beruft sich in seinen Memoiren „Cómo llegó la noche“⁵ auf zwei Personen, die die Echtheit seiner Memoiren im Vorwort bezeugen. Hugh Thomas schreibt im Vorwort der Memoiren, er habe Matos 1980 kennengelernt und ihn ermuntert, seine Erlebnisse aufzuschreiben. Das Buch sei nicht das erste eines Menschen, der lange in einem kubanischen Gefängnis war. Es sei aber das erste eines Protagonisten der Geschehnisse der Revolution, eines Mannes, der als Oppositionsführer gegen Castro die ursprünglichen Ziele der Revoluti-

⁴ Bernd Neumann, Identität und Rollenzwang. Zur Theorie der Autobiographie. (Frankfurt am Main 1970).

⁵ vgl. Huber Matos, Cómo llegó la noche. (Barcelona 2004), Digital Espaebook.

on verteidigen hätte können, wenn er frei geblieben wäre.⁶ Hier stärkt er den Anspruch der Memoiren, relevant zu sein, denn sie werden von Personen verfasst, die ein wichtiges historisches Ereignis in einer Schlüsselposition selbst erlebt haben oder die zu einer bestimmten Zeit in einer wichtigen Machtposition sind.

Michelle Obama ist sich zum Beispiel in ihren Memoiren „Becoming“, die sie nach ihrer 8-jährigen Phase als First Lady der USA schreibt, ihrer subjektiven Sicht bewusst. Aus diesem Grund ist sie Barack Obama und ihrem Bruder dankbar, dass sie Kapitel korrigiert haben. Besonders ihrem Bruder Craig dankt sie, dass er stundenlang mit ihrem Team zusammengesessen ist und sie Erinnerungen ihrer Kindheit besprochen haben.⁷ Dies impliziert, dass Erinnerungen subjektiv sind und man sie auch vergessen kann. Hat man sie zusammen erlebt, können mehr Einzelheiten abgerufen werden und es entsteht ein umfassenderes Bild. Michelle Obama beruft sich also auch auf andere Personen, die die gleichen Erinnerungen teilen und ihr helfen, mehr Objektivität zu schaffen. An einer anderen Stelle entschuldigt sie eine Lücke in ihren Erinnerungen, verweist aber darauf, dass es sich um eine nicht relevante Einzelheit handelt. Das wichtigste Detail in der damaligen Situation, dass sie bereit war, zu spielen, schildert sie als Wahrheit, eine Sicherheit, die sie nicht vergessen hat: Als kleines Mädchen nahm Michelle Klavierunterricht bei ihrer Tante Robbie und eines Tages hatten sie ein Vorspiel. Dazu schreibt sie: „I don’t recall who played in what order that day. I only know that when it was my turn, I got up from my seat [...] The truth is I was ready.“⁸ Durch die Gegenüberstellung von “I don’t recall” und “The truth is” fordert Michelle Obama die Leser auf, ihr zu vertrauen, und in zukünftigen Episoden ihres Lebens suggeriert sie genauso ehrlich zu sein wie in dieser Erzählung.

Chruschtschow hat seine Memoiren weder persönlich verfasst noch selbst in Buchform veröffentlicht. Der Herausgeber Strobe Talbott hat „Nikita Chruschtschows Erinnerungen zu einem zusammenhängenden, wenngleich zwanglosen Bericht zusammen [gestellt]“.⁹ Von einigen Überleitungen oder Erklärungen abgesehen hat Nikita Chruschtschow jedes Wort gesagt. In der Einführung von Edward Crankshaw bezeugt er, ähnlich wie im Vorwort bei Huber Matos, die Authentizität der Texte: Es gab schon einige gefälschte Dokumente, doch in diesem Buch war er sich sicher, dass es Chruschtschows eigene Worte wiedergab. Die Beweggründe der Veröffentlichung der dem Buch zugrundeliegenden Dokumente konnte er nicht ganz nach-

⁶ vgl. Huber Matos, *Cómo llegó la noche*. (Barcelona 2004), Digital Espaebook, Prólogo 7.

⁷ vgl. Michelle Obama, *Becoming* (2018), 423-424.

⁸ ebd., 15.

⁹ Nikita Sergeevič *Chruščëv*, Strobe Talbott (Hg.), Chruschtschow erinnert sich (Reinbek bei Hamburg 1992), 21.

vollziehen, denn er „schneidet in diesen Seiten nicht besonders gut ab; er schneidet aber auch wieder nicht allzu schlecht ab“¹⁰ „Da ist viel Selbstrechtfertigung; wirklich Belastendes wird nur unbewußt zugegeben.“¹¹ Crankshaw nimmt an, dass das Buch „Bemühungen, um einer Rehabilitierung Stalins [...], die gegenwärtig unternommen werden“ entgegen treten möchte¹². Das Buch selbst handelt von „Gedanken und Erinnerungen eines alten Mannes, der sich zu rechtfertigen versucht.“¹³ Das Material bringt einen „mit Wiederholungen durchsetzten, weitschweifigen, manchmal widersprüchlichen, manchmal ungenauen und zumeist tendenziösen Bericht, der in keiner Weise geordnet und voller Lücken ist.“¹⁴ Diese Lücken finden wir auch bei Michelle Obama. Es sind also subjektive Erinnerungen an eine Zeit, in der Chruschtschow seine eigenen Handlungen und Reaktionen zu rechtfertigen sucht. Dies muss man vor Augen haben, wenn dieses Buch im Laufe der Arbeit zitiert wird. Dennoch ist es ein interessanter Blickwinkel auf Beweggründe und Gedanken eines Hauptakteurs in der Krise.

Die Memoiren von Robert Kennedy müssen auch mit Vorsicht gelesen werden. Schon der Zusatztitel „Die Verhinderung des Dritten Weltkrieges durch die Brüder Kennedy“ wirft Fragen auf, ob denn wirklich nur die Kennedy Brüder den Krieg verhindert haben. Natürlich kann Robert Kennedy nicht über die Beweggründe Chruschtschows sprechen oder schreiben. Trotzdem gibt er Ereignisse nicht ganz wahrheitsgemäß wieder. So ist seine Schilderung der ersten Einschätzung der Reaktion der USA auf die Raketenstellungen anders, als es tatsächlich der Fall war. Er meint, die meisten innerhalb des Gremiums ExComm waren zunächst für einen Luftangriff und er dagegen. Er schrieb sogar dem Präsidenten auf einen Notizzettel: „Jetzt weiß ich, wie Tojo zumute war, als er Pearl Harbor plante.“¹⁵ Dieses Zitat wurde oft dazu hergenommen, seine moralischen Bedenken eines Luftangriffes zu verdeutlichen. Anhand der ExComm Audiotapes vom 16. Oktober lässt sich nachweisen, dass Robert Kennedy und auch der Präsident anfangs sehr wohl für einen Luftangriff waren und dieses Zitat genau das Gegenteil aussagt und einen Überraschungsangriff befürwortet.¹⁶ Außerdem muss man bedenken, dass die Memoiren auf seinen Tagebucheinträgen basieren und er sie verfasst hatte, als er sich auf den Präsidentschaftswahlkampf vorbereitete. Bevor er das Buch jedoch vollenden konnte, wurde Robert Kennedy ermordet. Ted Sorensen, Mitglied der ExComm und Re-

¹⁰ *Chruščëv*, Chruschtschow erinnert sich, 8.

¹¹ ebd., 8.

¹² ebd., 9.

¹³ ebd., 9.

¹⁴ ebd., 9.

¹⁵ Robert F. *Kennedy*, hg. v. Theodore C. *Sorensen*, Dreizehn Tage. Die Verhinderung des Dritten Weltkrieges durch die Brüder Kennedy (Bern/Wien 1969), 18.

¹⁶ vgl. David *Gioe*, Len *Scott*, Christopher *Andrew* (Hg.), An International History of the Cuban Missile Crisis. A 50-Year Retrospective (London 2014), 2.

denschreiber von John F. Kennedy editierte dann, wie erst später bekannt wurde, das Buch¹⁷. Robert Kennedy feiert sich in dem Buch als Held der Krise, der zusammen mit seinem Bruder einen Krieg verhindert hat. Die entscheidenden Vorschläge und signifikanten Einwände die letztendlich zu einer friedlichen Lösung führten, habe er gebracht. Mark White rätselt, ob diese Verherrlichung und die tragische Ermordung der beiden Kennedy Brüder zu ihrem Mythos beitragen sollten.¹⁸ Trotzdem werden die Memoiren von Robert Kennedy in dieser Arbeit mit verwendet, denn sie sind eine wichtige und einzigartige Quelle: Das besondere an Robert Kennedy ist seine enge Beziehung als Bruder zum US-Präsidenten. Dadurch hatte er erheblich mehr Einfluss auf den Präsidenten als andere ExComm Berater, es war die engste Beziehung eines US-Präsidenten zu einem seiner Berater im 20. Jahrhundert. Die Berichte anderer Berater sind laut Mark White wichtiger als die von Robert Kennedy, aber ihr Einfluss auf den Präsidenten ist geringer. Das macht den Blickwinkel von Robert Kennedy so interessant, weil seine politische Einflussnahme sehr groß war.¹⁹

Die Vorsicht, die beim Lesen der Memoiren von Chruschtschow und Kennedy geboten ist, muss auch bei den Memoiren von Bruno Kreisky da sein, denn er nimmt Ereignisse anders wahr, als es der Realität entspricht.²⁰

Die Kubakrise ist eine der am meisten erforschten historischen Ereignisse und folglich existieren unzählige Bücher und Studien dazu. Zunächst wurde die Kubakrise, vor allem in den USA, als ein Produkt des streitbaren Chruschtschow dargestellt, der ohne Grund oder Vorwarnung Raketen auf Kuba stationierte. Ein Atomkrieg konnte nur durch die sorgfältige Auseinandersetzung und Überlegung des US-Präsidenten John F. Kennedy verhindert werden. So zumindest die US-Version. Die Kennedy-Regierung und auch die Memoiren von Robert Kennedy waren bemüht, dieses Bild der Krise zu kreieren und aufrechtzuerhalten. Nach und nach konnte man auch auf Dokumente dieser Zeit zurückgreifen, sowohl von US-Seite als auch von Seiten der Sowjetunion. Ein wichtiges Ereignis der Forschung zu jenen Tagen im Oktober 1962 war eine Konferenz in Havanna im Jahr 1992. Bei dieser Konferenz wurden Einzelheiten bekannt, die eine Eskalation der Krise ohne weiteres verursachen hätten können, und die verdeutlichen, wie knapp man mehrere Male einem Atomkrieg entkommen konnte. Dabei sprachen auch Beteiligte und berichtigten falsche Aussagen oder Berichte über damalige Situationen. Diese neue Quellenlage wurde in der Literatur nur allzu gerne aufgenommen

¹⁷ vgl. *Gioe, Scott, Andrew*, An International History of the Cuban Missile Crisis, 3.

¹⁸ vgl. *Mark White*, Fifty Years On. The Cuban Missile Crisis Revisited and Reinterpreted. Lecture Series Paper No. 9. Institute for the Study of the Americas. (London 2012), 2.

¹⁹ vgl. ebd, 3.

²⁰ vgl. die Frage der Jupiter-Raketen, Kapitel Kubakrise, Seite 32-35.

und die Kubakrise erschien in einem anderen Licht. Das spärliche Vorhandensein von kubanischen Quellen und Dokumenten erschwerte eine objektive kubanische Sicht der Dinge.

Das wichtigste Buch über die Kubakrise für diese Arbeit ist das Überblickswerk von Jonathan Colman „The Cuban Missile Crisis. Origins, Course and Aftermath“²¹, es bietet, was der Titel verspricht: Colman setzt die Oktobertage der Krise in einen größeren Kontext und erklärt zunächst die Kuba Revolution. Während der Krise gibt er detailliert wichtige Episoden wieder, deckt auch den ein oder anderen Mythos auf und stellt die Krise als ein globales Ereignis dar, indem er die UNO, die NATO, die Organization of American States (OAS), den Warschauer Pakt und neutrale Länder miteinbezieht. Der Autor übersieht nicht die Mitschuld der US-Präsidenten, die ihren Feind auf Kuba selbst geschaffen und durch ihre anti-kubanische Haltung zur Annäherung Kubas an die Sowjetunion beigetragen haben. Colman räumt mit Mythen rund um die Kubakrise auf, auch weil die Quellenlage immer besser wird. So enttarnt er die Version der Medien, die von der US-Regierung unterstützt und auch trotz anderer Quellenlage weiter hochgehalten wurde, dass es beinahe zu einer Konfrontation zweier Schiffe, der Essex und Kimovsk, gekommen wäre. Dieses „eyeball-to-eyeball“²² Szenario hat so nicht stattgefunden, denn die Schiffe waren 800 Meilen, über 1200 Kilometer, weit voneinander entfernt. Colman nimmt Bezug auf die vorhandenen Quellen der USA und der Sowjetunion und betont aber auch, dass das spärliche Vorhandensein von kubanischen Quellen und Dokumenten es unmöglich macht, „full justice to Cuban concerns and contributions“²³ zu zollen, auch weil immer noch Castros Regime an der Macht ist. Den Ausgang der Krise sieht er nicht als Sieg der USA, was zunächst in den Medien so dargestellt und durch die US-Regierung geschürt wurde. Der Jupiter-Tausch war nicht einmal hohen Politikern, wie dem britischen Premierminister, bekannt.²⁴ Sein Werk ist ein guter Überblick über die Krise, ohne einseitig zu werden und jemanden in Schutz zu nehmen und bietet somit eine objektive Sicht der Ereignisse mit den aktuellsten Erkenntnissen.

Ein wichtiges Buch über die Beziehungen Kennedys zu Österreich, insbesondere zu Kreisky, ist Martin Koflers Werk „Kennedy und Österreich. Neutralität im Kalten Krieg“²⁵. Das Werk umfasst die Beziehungen der USA zu Österreich seit dem österreichischen Staatsvertrag 1955 bis zur Kubakrise, liefert wichtige Informationen zum Wiener Gipfeltreffen 1961 und die Frage der Vermittlung Österreichs, besonders von Julius Raab und Bruno Kreisky. Nach der

²¹ Jonathan Colman, *The Cuban Missile Crisis. Origins, Course and Aftermath* (Edinburgh 2016).

²² ebd., 103-104.

²³ ebd., 4.

²⁴ vgl. ebd., 172.

²⁵ Martin Kofler, *Kennedy und Österreich. Neutralität im Kalten Krieg* (Innsbruck/Wien 2003).

Kubakrise beschäftigt sich das Werk mit den außenpolitischen Ambitionen der USA für Österreich und die Frage der Mitgliedschaft der UNO. Der Autor verwendet ebenfalls verschiedene Quellen, was ein umfassendes Bild bietet. So präsentiert er den Jupitertausch als einen Vorschlag von Kreisky, da er in den Kennedy-Tapes erwähnt wird, ohne dabei zu verschweigen, dass Lippmann bereits einen Tag früher davon gesprochen hat. „Kreisky könnte also schon von Lippmanns Artikel gewusst haben“²⁶ und die „Bedeutung Lippmanns (...) ist keinesfalls zu unterschätzen“²⁷. Als österreichischer Historiker widmet Kofler Bruno Kreiskys Intervention mehr Aufmerksamkeit, ohne ihn dabei aber allzu hoch zu bewerten, sondern bleibt bei der Realität, dass seine Handlungen und Aussagen „nie zu einem größere[n] Kommentar geführt“²⁸ haben.

Wichtiges Quellenmaterial, das online frei zugänglich ist, zu historischen Dokumenten von Seiten der US-Regierung war die Buchserie „Foreign Relations of the United States (FRUS)“, die bedeutende politische Entscheidungen und diplomatische Kommunikationen sowie Aktionen dokumentiert. Unterteilt in mehr als 480 Bände stellt es Material ab 1861 zur Verfügung. Dabei berufen sie sich auf Dokumente der Bibliotheken verschiedener Präsidenten, des Außen- und Verteidigungsministerium, des National Security Council, der CIA und anderer Stellen der Außenpolitik.²⁹ Von besonderer Relevanz für die vorliegende Arbeit ist Band 12, „American Republics; Cuba 1961-1962; Cuban Missile Crisis and Aftermath“.

Eine andere wichtige Internetquelle mit US-amerikanischen, sowjetischen und kubanischen Dokumenten und Korrespondenzen ist das Cold War International History Project Bulletin³⁰, kurz CWIHP Bulletin, das neue Erkenntnisse und neue Quellen im Zusammenhang mit dem Kalten Krieg bringt. Dokumente aus sowjetischen Archiven sowie kubanische Dokumente bringen ein anderes Licht auf die Kubakrise, denn sie ermöglichen eine objektivere Darstellung durch geheime Korrespondenzen der beteiligten Personen. Neue Einblicke, die auf der Havanna Konferenz von 1992 gewonnen wurden, werden ebenfalls in diesem Bulletin publiziert und namhafte Historiker zum Kalten Krieg, wie James (oder Jim) Hershberg, Aleksandr Fursenko und Timothy Naftali verfassten Artikel zu diesem Thema.

Mittels Zeitungsartikeln werden Handlungen und Reden österreichischer Politiker während der Kubakrise besprochen, wie sie in der Öffentlichkeit durch die Medien wahrgenommen wurden. Die Zeitungen waren in der Österreichischen Nationalbibliothek einsichtig, bezie-

²⁶ Kofler, Kennedy und Österreich, 74.

²⁷ ebd., 75.

²⁸ ebd., 75.

²⁹ vgl. <https://history.state.gov/about>.

³⁰ online unter < <https://www.wilsoncenter.org/publication-series/cwihp-bulletin> >

hungsweise auch online, wie die Arbeiterzeitung. „Die Presse“ wäre in der Auswahl gestanden, war aber genau für diese Zeitspanne in der Nationalbibliothek leider nicht vorhanden und online gibt es nur die Ausgaben von 1848-1896. Die Auswahl der Zeitungen erfolgte mit Hilfe der Webseite Anno der Österreichischen Nationalbibliothek³¹, die eine Liste der historischen Zeitungen anbietet. Beim Durchblättern fiel dann die Entscheidung auf folgende Zeitungen: „Salzburger Nachrichten“, der „Kurier“, das „Volksblatt“, „Neues Österreich“ und die „Krone“. Eine erste Auswahl beim Durchlesen der Zeitungen, die teilweise auf Mikroform verfügbar waren, erfolgte nach Artikeln, in denen Österreich oder österreichische Politiker in der Zeit der Kubakrise (22. bis 30. Oktober 1962) erwähnt werden. Interessanterweise fiel die Kubakrise mit dem Tag der Vereinten Nationen, 24. Oktober, und dem österreichischen Nationalfeiertag am 26. Oktober, der eng verbunden ist mit der Neutralität, zusammen.

Die unterschiedlichen Quellen dienen dazu, ein ausführliches Bild über die Kubakrise und die Rolle Österreichs in der Lösung der Krise zu bieten. Dabei werden auch Situationen geschildert, die verschiedene Wahrnehmungen und Interpretationen zeigen, so zum Beispiel der Vorschlag des Rückzugs der Raketen auf Kuba im Gegenzug zum Abzug der US-Raketen in der Türkei. Bruno Kreisky beansprucht diesen Vorschlag, wie er es in seinen Memoiren schildert, für sich, während er in den US-amerikanischen Medien nicht erwähnt wird. In den Kennedy Tapes vom 27. Oktober 1962, dem schwarzen Samstag, wird Kreisky fünf Mal erwähnt³², ohne ihm Lorbeeren zu streuen. Seine eigene Einschätzung seines Vorschlages ist, wie auch in anderen Situationen, von der Realität abweichend. In den Büchern oder Artikeln über den Tausch wird Kreiskys angebliche Initiative nicht berührt und nur auf Lippmann Bezug genommen, der zuvor diesen Vorschlag gemacht hat. In den Zeitungsartikeln ist davon ebenso wenig die Rede. In einem Gespräch mit einer Südamerikanerin, die sich in ihrer wissenschaftlichen Laufbahn auch mit der Kubakrise auseinandergesetzt hat, kristallisierte sich eine Überraschung heraus: Sie hat in diesem Zusammenhang den Namen Bruno Kreisky noch nie gehört. Die Erwartungen zum Einfluss Kreiskys auf die Kubakrise waren also von Anfang an nicht allzu hoch gesteckt.

³¹ <http://anno.onb.ac.at/>

³² vgl. McGeorge Bundy, James G. Blight, October 27, 1962. Transcripts of the Meetings of the ExComm. In: International Security, 12/3 (Winter 1987/88) 30-92, online unter <<https://muse-jhu-edu.uaccess.univie.ac.at/article/446359/pdf>> (12.3.2019), hier 41, 81, 8.

3. Von der Kuba Revolution zur Kubakrise

3.1. US-amerikanischer Einfluss und die Kuba Revolution

Die Beziehung zwischen Kuba und den USA war schon vor der Kubakrise angespannt. Noch als es spanische Kolonie war, hat US-Präsident Thomas Jefferson in seiner ersten Amtszeit von 1801-1805 seine Absicht erklärt, Kuba wegen seiner Lage als Öffnungstür zur Karibik und als Bollwerk gegen feindliche Aggressionen vom Süden käuflich zu erwerben und als Staat in die USA zu integrieren.³³ Nach dem Spanisch-Amerikanischen Krieg (1898) wurde am 2. März 1901 das „Platt Amendment“ verabschiedet. Von besonderer Bedeutung ist der Punkt III, in dem die kubanische Regierung zustimmt, dass die USA das Recht haben „to intervene for the preservation of Cuban independence, the maintenance of a government adequate for the protection of life, property, and individual liberty“³⁴. Dieses Amendment stellte praktisch die Grundlage des Neokolonialismus der USA dar und berechtigte die USA in Kuba zu intervenieren. Später wurde dieses jedoch aufgehoben, aber durch andere Gesetze ersetzt. So wurde den USA das Gebiet, auf dem Guantánamo liegt, auf Ewigkeit zugesichert und die ökonomischen Beziehungen gefestigt.³⁵ 1902 wurde Tomás Estrada Palma der erste Präsident Kubas und mit Hilfe der USA florierte die Wirtschaft der Insel, denn durch die USA als wichtigstem Zuckerabnehmer stieg der Zuckerelexport, der zum essentiellen Wirtschaftsfaktor wurde. Die kubanische Elite und Politiker entwickelten nicht ihre eigenen Ideen, sondern fungierten als Marionetten der USA und sicherten sich die Gunst der US-Amerikaner. Somit war der US-Einfluss auf Kuba kein direkter mehr, sondern ein indirekter mit beeinflussten Politikern auf Kuba, aber dennoch gesichert.³⁶ Die Aufrechterhaltung der US-Interessen auf Kuba passt ins Bild der Priorität der USA im Kalten Krieg: Den Kampf gegen den Kommunismus, der auch miteinschloss, den Einfluss auf dem amerikanischen Kontinent auszubauen beziehungsweise anti-kommunistische Regierungen, seien sie demokratisch gewählt oder diktatorisch, zu unterstützen. Die Politik gegenüber Kuba gründete auf diesen Überlegungen. 1933 hatte Fulgencio Batista mit US-Unterstützung die Diktatur von Machado gestürzt und 1940 die Kubanische Konstitution ohne das Platt Amendment verabschiedet. Nachdem Batista seinen Einfluss auf die Präsidenten seit 1933 ausgeübt hatte, war er von 1940-1944 der gewählte Präsident, verlor aber in der Wahl von 1944. Daraufhin gelang ihm ein weiterer Putsch 1952. Die US-Politik änderte sich trotz der undemokratischen Vorgangsweise nicht und Ba-

³³ vgl. Esteban Morales *Dominguez*, Gary Prevost. *United States-Cuban Relations. A Critical History* (Lanham 2008), 22-23.

³⁴ vgl. Cosme *de la Torriente*, The Platt Amendment. In: *Foreign Affairs* 8/3 (1930), 364-378, hier 367.

³⁵ vgl. *Farber*, *Origins of the Cuban Revolution Reconsidered*, 71-72.

³⁶ vgl. ebd., 72-73.

tistas Regierung wurde anerkannt, nachdem er sich als anti-kommunistisch erklärt hatte. Batista war ein Opportunist und die US-Mafia und das organisierte Verbrechen bereicherten sich zusammen mit Batistas Regierung. Kuba wurde zu einem interessanten Spiel- und Vergnügungsparadies der US-Amerikaner. Zunächst war Batistas Rückkehr auch euphorisch und mit Hoffnung begrüßt worden. Doch der Hoffnungsschimmer verblasste allmählich. Fidel Castro griff am 26. Juli 1953 die Moncada Kaserne an, was ihn vorerst in Haft und nach nicht einmal 2 Jahren wegen einer Amnestie frei und ins Exil nach Mexiko brachte. Die Wahlen von 1955 wurden von verschiedenen Gruppierungen angefochten, darunter vom, von Fidel Castro in Mexiko gegründeten „26th of July Movement“ (M-26-7), das er so in Erinnerung an den missglückten Angriff auf die Moncada Kaserne nannte.³⁷ Unter den nicht-kubanischen Staatsbürgern schloss sich der Bewegung eine sehr interessante und wichtige Persönlichkeit an: Ernesto „Che“ Guevara. Che Guevara hatte schon seine Überzeugungen nach einer langen Sinnsuche in Richtung Kommunismus entwickelt und übte einen nicht geringen Einfluss auf Castro aus, der in seiner Jugend eher der Falange gut gesinnt war und der sich oft als Gegner des Kommunismus bezeichnet hatte³⁸. 1956 glückte, wenn auch unter großen Schwierigkeiten, unter Castros Führung die Landung der Jacht Granma in der Sierra Maestra auf Kuba mit 81 Männern. Aber der Versuch blieb nicht ohne Folgen, denn Batista hatte über die Landung erfahren und antwortete mit Kämpfen. Dezimiert, aber nicht geschlagen, zog sich Castro in die Sierra Maestra zurück, wo er zwei Jahre lang einen Guerillakrieg führte. In dieser Etappe waren sowohl Che Guevara als auch Camilo Cienfuegos eine große Stütze und beide bildeten „Columnas“, wichtige Stützen für Castro, und gewannen mit Castro den Titel „Comandante“. In dieser Zeit schaute die ganze Welt auf Castro. Er gab mehrere Interviews in der Sierra Maestra, unter anderen ein sehr bekanntes vom 7. Februar 1957, in dem der US-Journalist Herbert Mathews Castro für die New York Times interviewte. Die Menschen sahen einen mit Baskenmütze gekleideten Castro, der zur Welt sprach. In diesen Jahren entwickelte sich das M-26-7 zu einer großen Widerstandspartei, und der Widerstand gegen Batista kannte zwei Fronten: die Guerrilleros in der Sierra Maestra im Osten der Insel, die immer mehr auf die Unterstützung von einfachen Bauern zählen konnten, und die in den Städten durch passive Resistenz gekennzeichneten Intellektuellen, Studenten und Arbeiter, „los del llano“. Diese

³⁷ vgl. *Dominguez, Prevost*. United States-Cuban Relations, 32-36.

³⁸ descuderovalle (Username), Fidel Castro mintiendo „I Am Not Communist or Dictator“ (7 ocasiones) [YouTube-Video], veröffentlicht am 31.12.2017, online unter <<https://www.youtube.com/watch?v=ZiVXFQILh0I>> (26.6.2019)

waren ein Sammelsurium von verschiedensten politischen Richtungen, vereint unter dem Ideal der Befreiung von Batista.³⁹

1958 änderte sich die Lage, als abzusehen war, dass sich Batista nicht mehr lange halten wird können und der US-Rückhalt abnahm. Die Wahlen von 1958 waren von Unruhen von Seiten der Guerillakämpfer begleitet, doch wurde Batistas gewünschter Nachfolger Andrés Rivero Agüero als Sieger deklariert. Die Guerillakämpfe gingen weiter und nachdem ein wichtiger Waffennachschub der Regierungstruppen von Guerillakämpfern abgefangen wurde, trat Batista am 1. Jänner 1959 zurück und floh in die Dominikanische Republik. Am folgenden Tag zogen Castros Kämpfer in Havanna ein und verfolgten die Anhänger Batistas. Dieses Ereignis ist bis heute ein kollektives Heldenereignis und der Stolz der Kubaner. Die USA kannten die Regierung Castros an, die die angekündigten Wahlen immer weiter nach hinten verschob, bis sie gar nicht mehr stattfanden. Von der Kuba Revolution der Castro Brüder waren die USA überrascht, denn sie unterschätzten die Macht der Rebellen, die in der Bevölkerung auch nicht so viel Rückhalt hatten.⁴⁰

Schnell nahm die anfangs euphorisch unterstützte Revolution von Castro kommunistische Züge an. Huber Matos, sein Weggefährte, hatte diese Vorahnung und wollte deswegen nicht mehr für die Revolution zur Verfügung stehen, die er verraten sah. Als er mit Fidel Castro über seine Abdankung als Militärbefehlshaber sprach, versuchte dieser ihn zu beruhigen und meinte, es liege noch viel Weg vor ihnen und der Kommunismus ist weit weg von ihnen: „Esa renuncia que tú has presentado no procede a estas alturas. Tenemos mucho que hacer todavía [...] Lo que tú temes, que caigamos en manos de los comunistas, tienes que desecharlo. Debes tener en cuenta que la mayoría de los nuestros son ajenos al marxismo. Hay algunos comunistas que son inevitables en todo proceso revolucionario, pero eso lo tengo controlado. Con nosotros no van muy lejos los comunistas.”⁴¹ Er habe alles unter Kontrolle, sie und die Revolution werden nicht in die Hände der Kommunisten fallen, denn mit Kuba würden die Kommunisten nichts anzufangen wissen. Die Kubaner seien weit weg vom Kommunismus. Castro wollte ihn eigentlich beseitigen, doch auf Grund seiner Popularität und der internationalen Beobachtung seines Landes musste er Matos einen Gerichtsprozess gewähren, in dem er im Oktober 1959 zu Unrecht zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt wurde.⁴² Ein anderer treuer Begleiter und Guerillakämpfer, Camilo Cienfuegos, der ebenso wenig die kommunistischen

³⁹ vgl. *Dominguez, Prevost*. United States-Cuban Relations, 36-37.

⁴⁰ vgl. *Farber*, Origins of the Cuban Revolution Reconsidered, 73-75.

⁴¹ *Matos*, Cómo llegó la noche, 321.

⁴² vgl. *Dominguez, Prevost*. United States-Cuban Relations, 47.

Ideale teilte, verunglückte eine Woche nach dem Gefängnisurteil von Matos auf ungeklärte Weise mit dem Flugzeug. Für Huber Matos war es eine Tat der Castro Brüder, um einen weiteren Weggefährten mit legitimer Sorge um die Revolution auszuschalten.⁴³ Bis zum Ende des Jahres wurden Gegner des Kommunismus als Staatsfeinde deklariert und aus der Regierung beseitigt.⁴⁴

Fidel Castro wurde in Lateinamerika und in den USA als Held gefeiert, doch konnte er keine finanziellen Hilfen von den USA erreichen, obwohl sie Fidel Castro nicht als anti-imperialistisch eingestuft haben, geschweige denn als kommunistisch,⁴⁵ und immerhin war der Kommunismus der größte Feind der USA. Castros Reaktion auf die fehlende Hilfeleistung der USA war unter anderem Landenteignung durch eine Agrarreform: US-Fabriken weigerten sich, sowjetisches Öl zu raffinieren, woraufhin Castro diese Fabriken verstaatlichte und Eisenhower den Zuckerimport in die USA empfindlich reduzierte bis er 1961 ganz verboten wurde. US-amerikanische Banken auf Kuba wurden verstaatlicht und die USA verboten jeglichen Export nach Kuba, mit der Ausnahme von Lebensmitteln und Medizin. Castro festigte seine Macht durch Demonstrationen, während es auch andere Forderungen nach seiner Absetzung und sogar Pläne zu seiner Ermordung gab. Im Februar 1960 festigte er die Beziehungen zur Sowjetunion, als der sowjetische stellvertretende Premierminister Anastas Mikoyan Kuba besuchte und mit der Insel einen Handelspakt schloss, der Kredit- und Waffenlieferungen gewährte, was unweigerlich die Beziehungen zu den USA noch weiter verschlechterte.⁴⁶

1961 war der offizielle Wendepunkt der Revolution, denn am 1. Dezember 1961 bekannte sich Castro offen als Marxist: „I am a Marxist-Leninist and I will continue to be a Marxist-Leninist until the last day of my life.“⁴⁷ Das gleiche behaupteten seine engsten Mitarbeiter wie Che Guevara in der New York Times⁴⁸. Auch die Revolution sei kommunistisch⁴⁹ und die Befürchtungen von Huber Matos, Camilo Cienfuegos und der USA hatten sich bewahrheitet. Eisenhower hat auf diese Befürchtung schon vorher reagiert und kappte die diplomatischen Beziehungen. Die CIA unterstützte in einem letzten großangelegten Versuch Castro zu stürzen, Exilkubaner bei einer geplanten Invasion in der Schweinebucht im April 1961, die

⁴³ vgl. *Farber*, *Origins of the Cuban Revolution Reconsidered*, 51 und vgl. *Matos*, *Cómo llegó la noche*, 348-351.

⁴⁴ vgl. *Matos*, *Cómo llegó la noche*.

⁴⁵ vgl. *Farber*, *Origins of the Cuban Revolution Reconsidered*, 73-75.

⁴⁶ vgl. *Dominguez*, *Prevost*. *United States-Cuban Relations*, 47-49.

⁴⁷ Zit. nach *Colman*, *Cuban Missile Crisis*, 28-29., vgl. auch *Matos*, *Cómo llegó la noche*, 395 und Fußnote 53.

⁴⁸ vgl. Herbert L. *Matthews*, „Top Castro Aide Denies Red Tie; Leaders Say They ‘Await Fidel’“. In: *New York Times* January 5, 1959, 7, online unter

<<https://static01.nyt.com/packages/html/books/matthews/matthews010459.pdf>> (26.6.2019).

⁴⁹ vgl. *Matos*, *Cómo llegó la noche*, 395.

misslang. In den letzten Monaten der Amtszeit Eisenhowers verschlechterten sich die US-kubanischen Beziehungen, bis es zum Abbruch kam. Die Entwicklung weg von einem US-Einfluss hin zu einer Abhängigkeit von der Sowjetunion beunruhigte auch Großbritannien, dem das Wirtschaftsembargo und die brüchige Beziehung zu den USA nicht willkommen waren. Castro und seine Regierung waren zwar erfreut über die Hilfeleistungen der Sowjetunion, jedoch waren sie auch entschlossen, keinen wesentlichen Einfluss zuzulassen. Der Versuch, Kuba zu einem Satellitenstaat der Sowjetunion zu machen, werde bis zum letzten kubanischen Mann bekämpft werden, so Che Guevara.⁵⁰

3.2. Die Kubakrise

Der Herbst 1962 brachte die Welt schließlich so nahe an einen Atomkrieg wie es im ganzen Kalten Krieg weder davor noch danach der Fall sein sollte. Es war wohl die gefährlichste Krise des Kalten Krieges. Die misslungene Invasion in der Schweinebucht brachte Fidel Castro zu der Überzeugung, die Vereinigten Staaten wollen ihn beseitigen und so suchte er Schutz bei der Sowjetunion, den er dort auch nach seiner Annäherung fand.⁵¹ Der Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion Nikita Chruschtschow ließ auf Kuba Atomraketen stationieren, in unmittelbarer Nähe zu den USA, die ohne Probleme Millionenstädte als Ziele dort ansteuern konnten. Dies stellte einen militärischen und politischen Schachzug dar, denn die Sowjetunion war jetzt wie die USA in der Lage, den Feind mit geringer Vorbereitungszeit und dadurch verkürzter Abwehrzeit anzugreifen beziehungsweise zu bedrohen.⁵²

Die drei Hauptakteure der Krise haben unterschiedliche Beweggründe für ihr jeweiliges Vorgehen: Kuba, und mit ihnen auch die Sowjetunion, fühlten sich ab 1962, angesichts der Versuche, Castro zu stürzen, zu Recht mehr und mehr durch die USA bedroht. Die Sowjetunion wollte einen Angriff der USA auf das kommunistische Kuba verhindern und später eine Versicherung aushandeln, zukünftige Invasionsversuche zu unterlassen. Und die USA fürchteten sich vor einem Kuba mit einer stärkeren Bindung an die Sowjetunion und deren Einfluss, was durch die Stationierung der sowjetischen Raketen auf Kuba eingetreten war. Auf der Havanna Konferenz 1992 erklärte Castro, Kuba habe die Raketen nicht primär zu seinem eigenen Schutz stationiert, sondern um den Sozialismus zu unterstützen. Jetzt, 1992, glaubte er, die Sowjetunion habe einen Schritt zu einem Gleichgewicht der Mächte tun wollen. Damals habe

⁵⁰ vgl. *The Editors of Encyclopaedia Britannica*, Cuban Revolution. In: Encyclopaedia Britannica, inc. , 19.7.2019, online unter <<https://www.britannica.com/event/Cuban-Revolution>> (26.7.2019) und *Colman*, The Cuban Missile Crisis, 14-32.

⁵¹ Martin *Folly*, Historical Dictionary of U.S. Diplomacy During the Cold War (Lanham 2015), 123 (Stichwort: Cuban Missile Crisis).

⁵² vgl. *Bethell*, Cambridge History of Latin America, 464.

er auch, bis 1992, gedacht, die Sowjetunion sei den USA waffenmäßig überlegen, was sich allerdings als Irrtum herausstellte.⁵³

Die zunächst geheimen Aufbauarbeiten auf Kuba wurden von der CIA schon seit Sommer 1962 registriert und die regen Tätigkeiten mit verstärkten Lieferungen auf sowjetischen Schiffen blieben nicht unbemerkt. Eine Beurteilung vom 2. Oktober vermutete Panzer und andere Waffen für Bodentruppen als Ursache.⁵⁴ Ein US-Aufklärungsflugzeug konnte schließlich am 14. Oktober 1962 erste Fotoaufnahmen von Raketenstellungen bei San Cristóbal machen, 450 Kilometer von Miami entfernt und somit in einer Reichweite, diese Stadt ohne jede Vorwarnzeit zu zerstören. Weitere Aufnahmen vom 15. Oktober zeigten noch mehr Raketen und die Befürchtungen der USA wurden bestätigt: Auf Kuba waren sowjetische Raketen stationiert.⁵⁵ Präsident Kennedy wird erst am folgenden Tag informiert. Als die CIA-Agenten den Fotobeweis der sowjetischen Raketen auf Kuba lieferten, fühlten sich die Kennedy Brüder hintergangen: Es handelte sich „um ein einziges riesenhaftes Lügengewebe“⁵⁶, weil der Bau der Abschussrampen schon im Gang war, als Chruschtschow Kennedy zugesichert hatte, es gäbe keine offensive Waffen auf Kuba. „Daher war das vorherrschende Gefühl bestürzte Ungläubigkeit.“⁵⁷ Um in dieser äußerst angespannten Situation richtig und staatsmännisch reagieren zu können, setzte Präsident Kennedy im Weißen Haus ein Gremium ein, das Executive Committee of the National Security Council, kurz ExComm, bestehend aus engen Vertrauten und Experten, darunter waren Justizminister Robert Kennedy, Außenminister Dean Rusk, Verteidigungsminister Robert S. McNamara, CIA-Chef John McCone, Finanzminister Douglas Dillon, Kennedys Nationaler Sicherheitsberater McGeorge Bundy, Sonderberater Theodore C. Sorensen, Staatssekretär im Außenministerium George Ball, General Maxwell Taylor, der Experte für sowjetische Angelegenheit Llewellyn Thompson, manchmal auch Vizepräsident Lyndon B. Johnson und der Botschafter bei den Vereinten Nationen, Adlai Stevenson. Die Beratungen waren noch geheim und weder die Sowjetunion noch die Weltöffentlichkeit wussten, dass die USA über diese Raketen Bescheid wussten.⁵⁸

Über die tatsächlichen Beweggründe von Nikita Chruschtschow, Raketen auf Kuba zu stationieren, sind sich Historiker uneins. Ein Grund könnte sein, dass er den Abzug der stationier-

⁵³ vgl. Raymond L. Garthoff, *The Havana Conference On the Cuban Missile Crisis*. In: Cold War International History Project Bulletin 1 (1992) 2-4, online unter <https://www.wilsoncenter.org/sites/default/files/ACF1C4.pdf> (24.3.2019) hier 2.

⁵⁴ vgl. Colman, *Cuban Missile Crisis*, 63.

⁵⁵ vgl. ebd., 69-71.

⁵⁶ Kennedy, *Dreizehn Tage*, 14.

⁵⁷ ebd., 14.

⁵⁸ vgl. Colman, *Cuban Missile Crisis* 71-72 und Kennedy, *Dreizehn Tage*, 17-18.

ten Raketen gegen etwas anderes eintauschen wollte, was die USA während der Krise auch angenommen haben: eine gute Verhandlungsbasis um die Berlin-Krise zu lösen oder auch um die US-Jupiter-Raketen in der Türkei abzubauen, was dann tatsächlich passierte. Ein anderer Beweggrund könnte sein, die USA spüren zu lassen, was es heißt, feindliche Raketen in unmittelbarer Nähe des eigenen Territoriums zu haben, und den Ton der USA zu besänftigen, sowie die Wichtigkeit zu unterstreichen, dass West-Deutschland mit keinen Waffen ausgestattet wird.⁵⁹ Chruschtschow selbst meint, er habe nie einen offenen Krieg provozieren wollen: „Eines möchte ich absolut klarmachen: als wir unsere ballistischen Raketen auf Kuba stationierten, hatten wir keinerlei Verlangen, einen Krieg zu beginnen. Im Gegenteil, unser Hauptziel war nur, Amerika davor abzuschrecken, seinerseits einen Krieg anzufangen. Wir waren uns sehr wohl bewußt, daß ein wegen Kuba begonnener Krieg sich schnell zu einem Weltkrieg ausweiten würde. Jeder Idiot hätte einen Krieg zwischen Amerika und Kuba in Gang setzen können. Kuba lag 11.000 Kilometer von uns entfernt. Nur ein Narr würde glauben, daß wir von Kuba aus eine Invasion auf dem amerikanischen Kontinent vorhatten. Unser Ziel war genau das Gegenteil: wir wollten die Amerikaner von einer Invasion abhalten, und zu diesem Zweck wollten wir sie zwingen, es sich zweimal zu überlegen, indem wir sie mit unseren Raketen konfrontierten. Dieses Ziel haben wir erreicht – aber nicht, ohne eine Periode gefährlicher Spannungen durchzumachen.“⁶⁰

John F. Kennedy stand schon vor der Krise innenpolitisch unter Druck, härter gegen Kuba und Chruschtschow vorzugehen. Am 4. September warnte der US-Präsident die Sowjetunion und legte am 13. September 1962 noch einmal nach und ließ ausdrücklich wissen, dass die USA Raketenbasen auf Kuba nicht tolerieren werden: „this country will do whatever must be done to protect its own security and that of its allies.“⁶¹ Die Entschlossenheit der USA sollte der Sowjetunion unmissverständlich vermittelt werden.

Innerhalb der ExComm war es unumstritten, dass das Verhalten der Sowjetunion eine Reaktion von Seiten der USA unumgänglich machte. Die ExComm sollte nun beraten, in welcher Weise diese Reaktion der USA aussehen sollte. Sie sollten sich Lösungen überlegen und mögliche Folgen ausarbeiten um anhand dessen eine fundierte und hoffentlich richtige Entscheidung treffen zu können. Die Debatten und vor allem die Tatsache, dass sich Regierungsglieder treffen, wurde geheim gehalten, um genügend Zeit zu haben, zu reagieren, ohne von

⁵⁹ vgl. *Folly*, Dictionary of U.S. Diplomacy during the Cold War, 123-124.

⁶⁰ *Chruščëv*, Chruschtschow erinnert sich, 495.

⁶¹ Editorial Note. In: Louis J. *Smith* (Hg.), Foreign Relations of the United States (FRUS) 1961-1963. Cuba January 1961-September 1962, 10 (Washington 1997), Document 429, online unter <<https://history.state.gov/historicaldocuments/frus1961-63v10/d429>> (4.12.2018).

den Medien zerrissen zu werden. Um offene und ehrliche Diskussionen zu ermöglichen entschied der Präsident sogar, nicht an allen einzelnen Sitzungen teilzunehmen. Robert Kennedy lobte diese Entscheidung als „klug“, da so jeder wirklich seine eigene Meinung sagen konnte ohne den Präsidenten beeindrucken zu wollen.⁶² Die Optionen waren eine diplomatische Lösung des Problems, eine Seeblockade rund um Kuba oder ein Luftangriff mit oder ohne Bodentruppen.⁶³

Diskutiert wurden auch die möglichen Beweggründe der Sowjetunion, um diese besser zu verstehen. Außenminister Dean Rusk brachte eine Analogie ins Spiel: Chruschtschow könnte mit der Stationierung der Raketen auf Kuba eine Parallele beabsichtigt haben: Die Sowjetunion liegt in Reichweite der Raketen in der Türkei und Italien, die USA sollen jetzt mit Hilfe Kubas unter den gleichen Bedingungen stehen. Llewellyn Thompson, US-Botschafter in der Sowjetunion bis Juli 1962, danach Sonderbotschafter, versuchte ebenfalls mit diesen Raketen einen Ausgleich der Kräfte durch die Sowjets zu sehen. Und CIA-Chef John McCone vermutete einen Schachzug der Sowjetunion, die Raketen der USA in Europa und ihre Präsenz in Berlin in Frage zu stellen.⁶⁴

Während die Gruppe die verschiedenen Szenarien studierte und diskutierte, zeigten neue Luftaufnahmen vom Mittwoch, 17. Oktober, weitere Raketenanlagen: „mindestens 16, möglicherweise 32 Raketen mit einer Reichweite über 1600 Kilometer“⁶⁵, die innerhalb einer Woche einsatzbereit wären. Diese Aufnahmen und die Befürchtung, eine Rakete könne 80 Millionen US-Amerikaner innerhalb kürzester Zeit töten, heizten die Diskussionen der ExComm an. Wie verfahren und komplex die Situation war, zeigt ein eher gefühlsmäßiger Ausbruch und Vorschlag des Luftwaffenstabschefs General Curtis LeMay: er versuchte, den Präsidenten von einem Luftangriff zu überzeugen. Die Skepsis und Frage des Präsidenten, was eine mögliche Reaktion der Sowjetunion darauf sein könne, meinte dieser, keine Reaktion sei die Folge. Die Antwort John F. Kennedys war: „Die Russen sind genauso wie wir zum Handeln gezwungen. Nach all ihren Erklärungen können sie uns nicht ihre Raketen beseitigen und zahllose Russen töten lassen, ohne etwas dagegen zu tun. Wenn sie nicht in Kuba zum Gegenschlag ausholen, wird es zweifellos in Berlin sein.“⁶⁶

Die Mitglieder der ExComm hatten unterschiedliche Meinungen zu etwaigen Reaktionen der USA mit unterschiedlichen Begründungen. Die Idee einer Seeblockade oder Quarantäne, wie

⁶² vgl. *Kennedy*, Dreizehn Tage, 18-19.

⁶³ vgl. *Colman*, Cuban Missile Crisis 74.

⁶⁴ vgl. ebd., 72.

⁶⁵ *Kennedy*, Dreizehn Tage, 22-23.

⁶⁶ ebd., 23-24.

die USA es bezeichneten, war am ersten Tag schon aufgekommen und deren heftigster Vertreter war Verteidigungsminister McNamara. Robert Kennedy war laut seiner eigenen Aussage ebenfalls zunächst gegen einen Luftangriff und bevorzugte eine Quarantäne. Jedoch spricht er selbst im ExComm Meeting vom 16. Oktober von einer Invasion und nimmt dabei auch zivile Opfer in Kauf: „You're covering most of Cuba. You're going to kill an awful lot of people, and, uh, we're going to take an awful lot of heat on it ...“⁶⁷ Robert Kennedy war anfangs so überzeugt von einem Luftangriff, dass er sogar in Erwägung zog, einen Vorfall zu erzeugen, der einen Angriff moralisch rechtfertigen würde, wie das im Spanisch-Amerikanischen Krieg 1898 der Fall war: Eine angeblich von den Spaniern herbeigeführte Explosion an Bord der SS Maine im Hafen von Havanna war Auslöser für eine Kriegserklärung der USA an Spanien, mit der Folge, dass Kuba ein US-Protectorat wurde.⁶⁸ Interessanterweise erklärt er in seinen Memoiren hingegen, dass er McNamaras Vorschlag einer Blockade unterstützte. Seine Beweggründe dafür waren nicht die Aussicht auf Erfolg, sondern die Flexibilität und geringe Anzahl an Nachteilen gegenüber einer militärischen Aktion. Darüber hinaus könne er nicht vertreten, dass die USA „viele Tausende von Zivilisten“ töten, er könne ein solches „Vorgehen für unser Land [nicht] akzeptieren.“⁶⁹ Hier waren also die Selbstdarstellung Robert Kennedys und seine tatsächlich in der ExComm vorgebrachten Argumente weit voneinander entfernt. McNamara verwarf den Luftangriff nicht grundsätzlich, vielmehr ließ er eine Invasion als letzten Ausweg, als Hintertür offen. Aber er wollte diesen durch eine Quarantäne und mit Hilfe von Diplomatie verhindern, auch weil er überzeugt war, dass ein Luftangriff nicht ausreichen würde: Man müsste sicherstellen, dass man alle militärischen Einrichtungen auf Kuba zerstören könne, was ziemlich teuer sei, auch viele zivile Opfer miteinschließen würde und der Erfolg könne nicht garantiert werden. Weiter müsste man den Luftangriff starten bevor die Raketen auf Kuba einsatzbereit seien.⁷⁰

Ein gewichtiges Argument der Befürworter des Luftangriffs war, dass er im Gegensatz zu einer Quarantäne die Raketen zerstören und beseitigen würde, während die Quarantäne für die schon auf Kuba befindlichen Raketen nichts ausrichten könne. Eine weitere Befürchtung war die Möglichkeit einer Forderung der Sowjetunion, im Gegenzug die US-Raketen in Berlin abzubauen: Wenn die Sowjetunion gezwungen wird, ihre Raketen vor dem US-Festland zu

⁶⁷ vgl. Transcript of a Meeting at the White House, October 16, 1962. In: Edward C. Keefer, Charles S. Sampson, Louis J. Smith (Hg.), FRUS 1961-1963. Cuban Missile Crisis and Aftermath, 11 (Washington 1996), Document 18, online unter <<https://history.state.gov/historicaldocuments/frus1961-63v11/d18>> (4.12.2018)

und vgl. Colman, Cuban Missile Crisis, 75.

⁶⁸ vgl. Farber, Origins of the Cuban Revolution Reconsidered, IX. Und vgl. Colman, Cuban Missile Crisis, 75 und 87, Fußnote Nr. 62.

⁶⁹ vgl. Kennedy, Dreizehn Tage, 25.

⁷⁰ vgl. ebd., 20. und vgl. Transcript of a Meeting at the White House, October 16, 1962.

entfernen, werden sie die USA zwingen, ihre Raketen in Reichweite zur Sowjetunion abzubauen.⁷¹ So war McGeorge Bundy für einen Luftangriff, um die Rampen in a „clean surgical operation“⁷² zu beseitigen. Eine Quarantäne würde die Raketen nicht beseitigen und außerdem würde dann der Druck der Vereinten Nationen steigen, den Konflikt friedlich beizulegen. Er bevorzugte vielmehr einen Luftangriff, um der Welt ein „fait accompli“⁷³ präsentieren zu können. Finanzminister Douglas Dillon ebenfalls war für militärisches Eingreifen.⁷⁴ CIA-Chef John McCone erörtere in einem Memorandum seine Sicht der Situation: Die USA könne die Situation als Status quo nicht akzeptieren und sei zu einer Reaktion fast gezwungen. Er forderte aber Vorsicht vor einem Pearl Harbor Effekt: Ein Überraschungsangriff wie damals auf Pearl Harbor stehe für die USA außer Frage, die negativen Folgen eines derartigen gegen alle Regeln verstoßenden Vorgehens für das Ansehen der USA seien zu groß. Deswegen empfahl er, ein Schreiben an Gromyko und Castro zu richten, in dem die Kenntnisse über die Raketenstationierungen mitgeteilt werden. Allerdings sollte der Sowjetunion 24 Stunden Zeit gelassen werden, um mit dem Abbau zu beginnen. Die US-Bevölkerung und die Welt sollten auch informiert werden. Sollten die Raketen nicht abgebaut werden, rät er zu einem massiven Überraschungsangriff auf die Mittelstreckenraketen (MRBM) und Flugabwehrraketen (SAM sites).⁷⁵ Dean Rusk war zunächst für einen Luftangriff, hat aber im Zuge der Diskussionen seine Meinung geändert. Einerseits sei er für eine Reaktion, weil sonst die USA als schwach dastehen könnte. Man müsse aber mit einer Gegenreaktion der Sowjetunion in Berlin, Korea oder sogar gegen das Festland der USA selbst rechnen. Wie McNamara fürchtet er die Folgen, „the final outcome“ der Situation, bevorzugt aber einen Versuch, die Situation politisch zu klären. Auch Charles Bohlen, US-Botschafter in Moskau von 1953-1957, der nicht anwesend war, aber eine Nachricht schickte, bevorzugte eine diplomatische Lösung. Jede militärische Aktion vorher sei falsch. Er meinte auch, ein schneller Überraschungsangriff sei eine Illusion und würde unweigerlich in einer Invasion enden.⁷⁶

⁷¹ vgl. *Kennedy*, Dreizehn Tage, 20.

⁷² Record of Meeting, October 19, 1962. In: Edward C. *Keefer*, Charles S. *Sampson*, Louis J. *Smith* (Hg.), FRUS 1961-1963. Cuban Missile Crisis and Aftermath, 11 (Washington 1996), Document 31, online unter <<https://history.state.gov/historicaldocuments/frus1961-63v11/d31>> (4.12.2018).

⁷³ vgl. ebd.

⁷⁴ vgl. Memorandum for the File, October 19, 1962. In: Edward C. *Keefer*, Charles S. *Sampson*, Louis J. *Smith* (Hg.), FRUS 1961-1963. Cuban Missile Crisis and Aftermath, 11 (Washington 1996), Document 28, online unter <<https://history.state.gov/historicaldocuments/frus1961-63v11/d28>> (4.12.2018).

⁷⁵ vgl. Memorandum for Discussion, October 17, 1962. In: Edward C. *Keefer*, Charles S. *Sampson*, Louis J. *Smith* (Hg.), FRUS 1961-1963. Cuban Missile Crisis and Aftermath, 11 (Washington 1996), Document 26, online unter <<https://history.state.gov/historicaldocuments/frus1961-63v11/d26>> (5.12.2018).

⁷⁶ vgl. Memorandum for the File, October 19, 1962.

Robert Kennedy war also eigentlich, wie schon erwähnt, für einen Angriff. Präsident Kennedy, Ball und McNamara hingegen sahen zwar die Möglichkeiten eines Angriffs, fürchteten aber die damit verbundenen kaum einschätzbaren Risiken.⁷⁷

Während dieser Diskussionen, noch bevor man sich auf eine Reaktion geeinigt hatte, fand am Donnerstag, 18. Oktober 1962, ein schon lange vereinbartes Treffen zwischen dem sowjetischen Außenminister Gromyko und dem US-Präsidenten statt. Dieses Treffen ist interessant, da Kennedy bereits von den Offensivwaffen auf Kuba Bescheid wusste, die USA aber die Entdeckung noch nicht öffentlich gemacht haben und die Sowjetunion auch noch im Dunkeln über den Wissenstand der USA war. Gromyko versicherte einmal mehr, dass nur Defensivwaffen nach Kuba geliefert werden, um die Insel zu schützen und die Sowjetunion nur Hilfe für die Landwirtschaft schicke, damit die Bevölkerung ernährt werden könne. Er beteuerte sogar, die Sowjetunion würde niemals Offensivwaffen nach Kuba schicken, sondern vielmehr an Frieden interessiert sein. Gromyko appellierte an Kennedy, ebenfalls dazu beizutragen, was den US-Präsidenten angesichts der Sachlage verständlicherweise ärgerte.⁷⁸

Beim Treffen der ExComm am 19. Oktober reduzierte Robert Kennedy zusammenfassend die Optionen auf drei mögliche, wobei der Präsident anfangs einen Luftangriff bevorzugte, aber nach Abwägung der Risiken doch umschwenkte. Die Optionen waren folgende: untätig bleiben, was aber undenkbar war, ein Luftangriff oder eine Blockade. Mit Bezug auf die Debatten rund um Pearl Harbor meinte aber der Justizminister, ein Überraschungsangriff käme nicht in Frage, denn „a sneak attack was not in our traditions“⁷⁹. Die Nachteile eines Luftangriffes waren demnach auch zu viele: es sei schwierig, alles zu zerstören; es könnte Basen geben, die noch nicht entdeckt wurden und eine Invasion wäre dann unumgänglich, denn man behielte nicht mehr die Oberhand.⁸⁰ McNamara meinte, er habe bereits Anweisungen für das Militär gegeben, für einen eventuellen Militärschlag bereit zu sein: Am 16. Oktober wurde beschlossen, die Alarmbereitschaft zu erhöhen und so wurden die Streitkräfte im Südosten der USA zusammengezogen.⁸¹ Der Verteidigungsminister bestätigte dem Präsidenten, dass die Armee am 23. Oktober bereit wäre, zuzuschlagen, wenn die Entscheidung dafür fallen sollte, auch wenn er persönlich nicht für einen Luftangriff sei.⁸²

⁷⁷ vgl. *Colman*, Cuban Missile Crisis, 77.

⁷⁸ vgl. *Kennedy*, Dreizehn Tage, 27-30.

⁷⁹ Record of Meeting, October 19, 1962

⁸⁰ vgl. ebd.

⁸¹ vgl. *Colman*, Cuban Missile Crisis, 96.

⁸² vgl. Record of Meeting, October 19, 1962 und *Kennedy*, Dreizehn Tage, 24-25.

Eine Blockade hingegen wäre ein Kompromiss zwischen diplomatischem Dialog mit Untätigkeit und direkter Gewaltanwendung mittels eines Angriffes. Gleichzeitig öffne eine Blockade einen weiteren Handlungsspielraum. Schiffe, die auf Kuba zusteuern, würden gestoppt, geentert und auf Offensivwaffen durchsucht werden. Sollten Waffen gefunden werden, würde der Kapitän aufgefordert werden, einen anderen Kurs einzuschlagen, oder das Schiff würde beschlagnahmt. Der Begriff Quarantäne sollte verwendet werden, um jeglichen Vergleich zu der Blockade der Sowjetunion von Berlin 1948-1949 zu vermeiden und um internationales Recht nicht zu verletzen. Die Grenzlinie der Quarantäne solle 800 Meilen rund um Kuba liegen, außer Reichweite der IL-28 Bomber.⁸³

Samstagmorgen, am 20. Oktober 1962, wurde der Präsident von seinem Bruder verständigt, er möge nach Washington zu einer Sitzung kommen. Die Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates im Weißen Haus begann um 14:30 und dauerte bis 17:10. Es wurden die Argumente für eine Blockade und für einen militärischen Angriff dargelegt, die in den letzten Tagen erörtert worden waren.⁸⁴ Letztendlich fiel die Entscheidung des Präsidenten zugunsten der Quarantäne. Um dieser Entscheidung noch mehr Rückhalt zu geben, fand am Sonntag noch ein Treffen mit dem Kommandeur des Taktischen Luftkommandos, Walter C. Sweeney, statt. Dieser führte aus, dass eine hundertprozentige Sicherheit der Ausschaltung aller stationierten Abschussrampen und Raketen auf Kuba mittels eines Luftangriffs nicht gewährleistet werden könne. Es bestehe also immer noch die Gefahr eines Vergeltungsangriffs von Kuba.⁸⁵ Keine der beiden Optionen sei also eine Garantie für eine vollständige Beseitigung der Gefahr, die von den Raketen ausgehe. Diese Tatsache dürfte den Präsidenten, laut Berichten seines Bruders, in der Komplexität der Situation doch beruhigt haben. Ein starkes Argument für die Quarantäne dürfte das Einbüßen des moralischen Vorbilds gewesen sein, das die USA auf der Welt genoss. Ein Überraschungsangriff hätte dies zweifellos beschädigt und unweigerlich Vergleiche zu Pearl Harbor aufkommen lassen.⁸⁶ Die moralische Frage und die Vorreiterrolle der USA waren demnach relevant. Der ehemalige Außenminister Dean Acheson warf ein, der Präsident der Vereinigten Staaten habe eine Verantwortung für die Bürger der Vereinigten Staaten und der ganzen Welt. Er müsse alle nötigen Schritte unternehmen, um diese Sicherheit zu garantieren, und in der konkreten Situation bedeute das die Beseitigung der Raketen.

⁸³ vgl. Office Memorandum, Katzenbach to Attorney General Kennedy, October 23, 1962, In: Edward C. Keefer, Louis J. Smith, Charles S. Sampson (Hg.), FRUS 1961-1963. Microfiche Supplement. American Republics. Cuba 1961-1962. Cuban Missile Crisis and Aftermath, 10/11/12 (Washington, 1998) Document 347, online unter <<https://static.history.state.gov/frus/frus1961-63v10-12mSupp/pdf/d374.pdf>> (4.12.2018).

⁸⁴ vgl. Kennedy, Dreizehn Tage, 35-36.

⁸⁵ vgl. ebd., 37.

⁸⁶ vgl. Kennedy, Dreizehn Tage, 37.

Robert Kennedy unterstrich das mit dem Verweis auf das moralischen Vorbild, das die USA in der Welt genieße, und die eigenen Ideale, die man hochhalten müsse. Alles würde durch einen Überraschungsangriff auf ein kleines Land durch eine Großmacht wie die USA verloren gehen. Zu viel stünde hier auf dem Spiel.⁸⁷

Nachdem die Wahl für die Quarantäne gefallen war, wurden andere Regierungsmitglieder, der Kongress und die ehemaligen US-Präsidenten Hoover, Truman und Eisenhower auf den aktuellen Stand gebracht.⁸⁸ Verkündet werden soll die Quarantäne durch den US-Präsidenten am Montag, dem 22. Oktober in einer Fernsehansprache. Schon vor der Fernsehansprache am 22. Oktober waren jedoch von der Öffentlichkeit außerordentliche Tätigkeiten bemerkt worden, sowohl von der amerikanischen Presse als auch von Seiten der Sowjetunion, das hohe Militäraufkommen in der Karibik blieb nicht unbemerkt. Was aber genau vor sich ging und warum das Militär zusammengezogen wurde, blieb Sache von Spekulationen. Dennoch war die Öffentlichkeit ziemlich sicher, dass Kuba der Grund für diese angespannte Situation war.⁸⁹

Vor der Fernsehansprache wurde Dobrynin, der Botschafter der Sowjetunion in den USA, von Dean Rusk auf den aktuellen Stand gebracht und über das weitere Vorgehen der USA informiert. Tatsächlich wusste Dobrynin nichts von den offensiven Waffen auf Kuba, er hatte keinerlei Informationen bekommen. Seine Anweisungen lauteten lediglich, auf den defensiven Charakter der Waffen auf Kuba hinzuweisen ohne auf weitere Details einzugehen.⁹⁰

Am 23. Oktober kam es zum ersten Treffen zwischen Robert Kennedy und Dobrynin, dem Botschafter der Sowjetunion in den USA.⁹¹ Robert Kennedy suchte Dobrynin auf und verhielt sich eher aufgeregt. Er agierte laut eigener Aussage auf eigene Faust und wurde nicht vom Präsidenten geschickt. Im Gespräch, von dem Dobrynin ein Telegramm an Chruschtschow schickte, fragte Kennedy Dobrynin, ob er von den Raketen wusste. Kennedy schilderte die ersten Eindrücke des Präsidenten. Schon fast bei der Tür fragte Robert Kennedy eher beiläufig, welche Befehle die sowjetischen Schiffe angesichts der Seeblockade hätten. Darauf meinte Dobrynin, dieselben Befehle wie früher, nämlich unrechtmäßige Forderungen, die gegen internationales Recht und Freiheit gerichtet sind, zu ignorieren, worauf Kennedy beim Weggehen sagte: „I don't know how all this will end, for we intend to stop your ships.“⁹² Robert

⁸⁷ vgl. *Kennedy*, Dreizehn Tage, 25-27.

⁸⁸ vgl. *Colman*, Cuban Missile Crisis, 80-81.

⁸⁹ vgl. ebd., 78-79 und 81-82.

⁹⁰ vgl. ebd., 92.

⁹¹ vgl. Telegram from Soviet Ambassador to the USA Dobrynin to the USSR MFA, 24 October 1962. In: James G. Hershberg (Hg.) CWIHP Bulletin 5 (Spring 1995), 71-73, online unter <https://www.wilsoncenter.org/sites/default/files/CWIHPBulletin5_p2.pdf>

⁹² Telegram from Dobrynin to the USSR, 24 October 1962, 73.

Kennedy hat Dobrynin gegenüber zum Ausdruck gebracht, der US-Präsident habe Chruschtschow vertraut und ihn geschätzt. Trotz mehrmaliger Dementi von Seiten der Sowjetunion wurden ihm harte Fakten vorgelegt, die offensive Raketen auf Kuba bezeugten. Der Präsident und sein Bruder fühlten sich hintergangen und getäuscht, doch sein Vertrauen in Chruschtschow sei immer noch da. „The President felt himself deceived, and deceived intentionally“⁹³ wird Robert Kennedy von Dobrynin zitiert, aber das Vertrauen sei immer noch da.⁹⁴

Als Antwort auf die Fernsehansprache Kennedys kam ein Brief von Chruschtschow, in dem er die Vorwürfe der USA als unwahr darstellt. Die Quarantäne stelle eine Bedrohung des Friedens dar und sei auch gegen internationales Recht. Gleichzeitig bekräftigte Chruschtschow sein Argument, die Waffen dienen ausschließlich der Verteidigung Kubas gegen eine Invasion.⁹⁵ Chruschtschow selbst war auch der Meinung, die Waffen helfen nur Kuba, sich vor einer Invasion durch die USA zu schützen, deswegen seien sie also defensiv.⁹⁶ Interessant ist auch die Betonung Colmans, Kennedy und seine Berater betrachteten die Raketen in der Türkei als Defensivwaffen, während sie die Raketen auf Kuba als Offensivwaffen einstufen. Tatsächlich waren die Waffen ziemlich ähnlich.⁹⁷ Chruschtschow nahm diese Tatsache in seinem Schreiben an Kennedy vom 26. Oktober auf, wenn er darauf hinweist, dass sie beide die Waffenart unterschiedlich deklarieren und interpretieren.⁹⁸ Die US-Regierung schickte sogar ein Schreiben an alle Diplomaten und Konsulate, in dem sie jeglichen Vergleich mit diesen Raketen verwarf. Die USA argumentierten, dass ihre Raketenstellungen in anderen Ländern „in cooperation with our allies in face of threat of Soviet expansion and aggression“⁹⁹ stattgefunden haben. Diese Bedrohung von Seiten der Nachbarstaaten Kubas existiere zurzeit nicht. Ein anderes Argument, das einen Vergleich unmöglich machen sollte, waren die unterschiedlichen Umstände des Aufbaus der Raketen: US-Stützpunkte wurden offen

⁹³ Jim Hershberg, More on Bobby and the Cuban Missile Crisis. In: CWIHP Bulletin 8-9 (Winter 1996-97) 274, 344-47, online unter <https://www.wilsoncenter.org/sites/default/files/CWIHP_Bulletin_8-9.pdf>, hier 344.

⁹⁴ vgl. Telegram from Dobrynin to the USSR, 24 October 1962, 72.

⁹⁵ vgl. Telegram From the Embassy in the Soviet Union to the Department of State, October 23, 1962, In: Edward C. Keefer, Charles S. Sampson, Louis J. Smith (Hg.), FRUS 1961-1963. Cuban Missile Crisis and Aftermath, 11 (Washington 1996), Document 48, online unter <<https://history.state.gov/historicaldocuments/frus1961-63v11/d48>> (4.12.2018).

⁹⁶ vgl. Chruščëv, Chruschtschow erinnert sich, 495.

⁹⁷ vgl. Colman, Cuban Missile Crisis, 73.

⁹⁸ vgl. Telegram From the Embassy in the Soviet Union to the Department of State, October 26, 1962, In: Edward C. Keefer, Charles S. Sampson, Louis J. Smith (Hg.), FRUS 1961-1963. Cuban Missile Crisis and Aftermath, 11 (Washington 1996), Document 84, online unter <<https://history.state.gov/historicaldocuments/frus1961-63v11/d84>> (4.12.2018)

⁹⁹ Telegram to all diplomatic and consular posts, October 24, 1962. In: Edward C. Keefer, Louis J. Smith, Charles S. Sampson (Hg.), FRUS 1961-1963. Microfiche Supplement. American Republics. Cuba 1961-1962. Cuban Missile Crisis and Aftermath, 10/11/12 (Washington 1998), Document 390, online unter <<https://static.history.state.gov/frus/frus1961-63v10-12mSupp/pdf/d390.pdf>> (4.12.2018).

und mit Vereinbarungen souveräner Regierungen vollzogen. Die Raketen auf Kuba wurden im Geheimen aufgebaut. Der Grund der Stützpunkte sei auch ein anderer: Die USA hätten auf die aggressive und gefährliche Expansion der Sowjetunion reagiert und somit die Vormachtstellung gesichert. Die Sowjetunion hingegen habe ein neues und gefährliches Ungleichgewicht herbeigeführt und den Weltfrieden gefährdet.¹⁰⁰ Colman behauptete, die USA erkennen und akzeptieren ein solches Ungleichgewicht der Mächte nur, wenn es zu Gunsten der USA sei.¹⁰¹ Auch das Argument der Öffentlichkeit der Aktion geißelt Colman, wenn er sagt, „Washington was no stranger to underhand practices“¹⁰², indem er auf die Aktion in der Schweinebucht hinwies und auf andere CIA-Manöver auf Kuba.

Die US-amerikanischen Streitkräfte wurden im Moment der Ansprache Kennedys in Alarmstufe DEFCON-3 versetzt, was erhöhte Einsatzbereitschaft bedeutet. Am 24. Oktober wurde das sogar auf DEFCON-2, kurz vor einem Krieg, erhöht.¹⁰³ Auch die Sowjetunion bereitete ihre Truppen auf mögliche Kampfhandlungen vor, die Führung bewahrte aber Ruhe, um die Bevölkerung nicht zu sehr zu verunsichern. Um Ruhe und Gelassenheit in dieser Situation zu signalisieren, besuchte Chruschtschow sogar mit vier Kollegen die Oper, was die Zeitungen gerne aufgriffen.¹⁰⁴

Am 23. Oktober war die Kubakrise Thema im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Adlai Stevenson, der Vertreter der USA, legte nach Aufforderung seines sowjetischen Kollegen Valerian Zorin den photographischen Beweis der Raketenbasen auf Kuba vor.¹⁰⁵

Am 24. Oktober, an dem Tag an dem die Quarantäne in Kraft trat, änderten sowjetische Schiffe, die Kuba angesteuert hatten, ihren Kurs. Während in der US-Regierung eine gewisse Erleichterung über diesen Umstand entstand, war Chruschtschow entschlossen, kein Schiff mit sowjetischer Technologie an Bord in die Hände der USA zu geben, denn das widerspräche internationalem Recht.¹⁰⁶

Kennedy legte noch einmal in einem Brief vom 25. Oktober an Chruschtschow dar, wie Chruschtschow und seine Regierung die USA und auch ihn persönlich fälschlicherweise be-

¹⁰⁰ vgl. Telegram to all diplomatic and consular posts, October 24, 1962. In: Edward C. Keefer, Louis J. Smith, Charles S. Sampson (Hg.), FRUS 1961-1963. Microfiche Supplement. American Republics. Cuba 1961-1962. Cuban Missile Crisis and Aftermath, 10/11/12 (Washington 1998), Document 390, online unter <<https://static.history.state.gov/frus/frus1961-63v10-12mSupp/pdf/d390.pdf>> (4.12.2018).

¹⁰¹ vgl. Colman, Cuban Missile Crisis, 73.

¹⁰² ebd., 73.

¹⁰³ vgl. ebd., 96-97.

¹⁰⁴ vgl. Colman, Cuban Missile Crisis, 99.

¹⁰⁵ vgl. ebd., 116-117.

¹⁰⁶ vgl. Colman, Cuban Missile Crisis, 104-105.

ruhigt und seine Drohungen vom September offensichtlich nicht ernst genug genommen haben. Obwohl sie beteuerten, niemals Offensivwaffen nach Kuba zu schicken, existieren diese bereits dort.¹⁰⁷

Am 26. Oktober verfasste Chruschtschow einen Brief an Kennedy mit einem Angebot, die Situation zu entschärfen. In diesem appellierte er an Präsident Kennedy zu beachten, dass sie nicht unklug handeln würden: „we are of sound mind and understand perfectly well that if we attack you, you will respond the same way“¹⁰⁸. Ihm war also vollkommen bewusst, dass ein kriegerischer Angriff auf die USA einen Gegenschlag nach ziehen würde. Aber ebenso würde das, was Kennedy gegen die Sowjetunion unternähme, so schreibt er, auf ihn zurückkommen. Dabei bezog er sich auf die Gespräche in Wien im Herbst 1961, die ihm jetzt erlauben, mit dem Präsidenten in diesem Ton zu reden. Er kam auf das Angebot vom Generalsekretär der Vereinten Nationen zu sprechen: Die Sowjetunion versichert für eine bestimmte Zeit lang keine Waffen mehr nach Kuba zu schicken (was aus Sicht der USA nicht mehr nötig war, denn sie waren ja schon dort), während die USA es unterlassen sollten, sowjetische Schiffe zu untersuchen. In der Zwischenzeit sollten Gespräche stattfinden. Gleichzeitig brachte er klar zum Ausdruck, dass die Sowjetunion bereit wäre, auf dieses Angebot einzugehen. In Wien hatte Chruschtschow sein Bedauern über die Invasion der Schweinebucht zum Ausdruck gebracht. Deswegen habe er auch die Waffen zur Verteidigung nach Kuba geschickt, „to help the Cubans build their life as they themselves wish“¹⁰⁹. Danach folgte sein Angebot: Die Sowjetunion versichert, dass die Schiffe mit Kurs auf Kuba keine Waffen schicken würden, während die USA garantieren, nicht auf Kuba einzumarschieren und auch kein anderes Land bei diesem Vorhaben zu unterstützen. Denn somit wäre die Stationierung sowjetischer Raketen auf Kuba nicht mehr nötig.¹¹⁰

Der 27. Oktober ging als „Schwarzer Samstag“ in die Geschichte ein. Gleich mehrere brandgefährliche Situationen, die zu einer Eskalation führen hätten können, spielten sich an diesem Tag ab. Der Pilot eines U-2 Aufklärungsflugzeuges drang am 27. Oktober aus Versehen in den sowjetischen Luftraum ein. Sowjetische Abfangjäger stiegen auf, der US-Pilot konnte

¹⁰⁷ Telegram From the Department of State to the Embassy in the Soviet Union, October 25, 1962. In: Edward C. Keefer, Charles S. Sampson, Louis J. Smith (Hg.), FRUS 1961-1963. Cuban Missile Crisis and Aftermath, 11 (Washington 1996), Document 68, online unter <<https://history.state.gov/historicaldocuments/frus1961-63v11/d68>> (4.12.2018)

¹⁰⁸ Telegram From the Embassy in the Soviet Union to the Department of State, October 26, 1962.

¹⁰⁹ vgl. ebd.

¹¹⁰ vgl. Telegram From the Embassy in the Soviet Union to the Department of State, October 26, 1962.

aber den Luftraum wieder verlassen.¹¹¹ Ein anderer Zwischenfall betraf eine andere U-2 Aufklärungsmaschine auf Kuba. Der Pilot Major Rudolf Anderson wurde von Kennedy ermächtigt, weitere Fotos zu machen. Allerdings wurde er entdeckt, und die zwei zuständigen Generäle auf Kuba entschieden, die Maschine abzuschießen. Sie wussten, Castro habe den Befehl gegeben, auf amerikanische Flugzeuge, die tief fliegen, zu schießen. Gleichzeitig sollten die Fotos der Maschine auch nicht in die USA kommen. Dazu kam, dass sie nicht unterscheiden konnten, ob es ein Aufklärungsflugzeug oder schon der Beginn eines Luftangriffes auf Kuba war. Wenn es ein Angriff gewesen wäre, hätten sie ebenfalls die Ermächtigung gehabt, auf das Flugzeug zu schießen. So feuerten sie SAM-Raketen ab und zerstörten das Flugzeug, der Pilot starb.¹¹²

Eine andere hochgefährliche Situation spielte sich mit U-Booten ab, als die US-amerikanische Marine das sowjetische U-Boot B-59 zum Auftauchen zwang. Was die Amerikaner damals nicht wussten, war, dass die B-59 einen Nukleartorpedo von der Stärke der Hiroshima-Bombe an Bord hatte, die der Offizier schon zum Abschuss vorbereiten ließ. Das U-Boot war von der Kommunikation mit Moskau abgeschnitten und musste eigenständig entscheiden. Sie wussten also nicht, ob der Krieg bereits begonnen hatte oder nicht. Erst 2002 wurde bekannt, dass sich ein Offizier damals weigerte, den Abschussbefehl zu geben und der Torpedo dadurch nicht abgefeuert wurde.¹¹³

Diese Zwischenfälle gossen weiter Öl ins Feuer in dieser angespannten Lage: Obwohl die sowjetischen Schiffe die Quarantäne respektierten und sie nicht überquerten, bedeutete das für die USA keine Verbesserung der Lage auf Kuba, denn die Raketen waren immer noch dort und wurden immer noch aufgebaut, die Gefahr bestand also weiterhin. Der Druck auf Kennedy, einen Luftangriff oder sogar eine Invasion zu starten, wurde immer größer.¹¹⁴ Die Zwischenfälle vom 27. Oktober mit dem U-2 Flugzeug und dem B-59 U-Boot, in denen es ohne weiteres zu Kampfhandlungen kommen hätte können, verstärkten ebenso den Druck auf Kennedy.

Chruschtschows Brief vom 26. Oktober signalisierte mit dem Angebot laut Dean Rusk „real hope“, während er doch polemisch war. Doch dann sei diese Hoffnung durch seinen weiteren,

¹¹¹ vgl. Rolf *Steining*, Die Kubakrise 1962. Dreizehn Tage am atomaren Abgrund (München 2011), 97-98 und *Colman*, Cuban Missile Crisis, 151.

¹¹² vgl. ebd., 97-98 und *Colman*, Cuban Missile Crisis, 153.

¹¹³ vgl. *Steining*, Die Kubakrise, 102.

¹¹⁴ vgl. Jim *Hershberg*, Anatomy of a Controversy: Anatoly F. Dobrynin's Meeting With Robert F. Kennedy, Saturday, 27 October 1962. In: James G. *Hershberg* (Hg.), CWIHP Bulletin 5 (Spring 1995), 75, 77-80, online unter <https://www.wilsoncenter.org/sites/default/files/CWIHP_Bulletin_5.pdf> (4.4.2019), hier 75.

diesmal öffentlichen, Brief vom 27. Oktober¹¹⁵ zerstört worden, in dem er das Angebot mit einem Abzug der NATO Raketen in der Türkei verknüpfte. In diesem forderte er den analogen Abbau der Raketen auf Kuba und in der Türkei. Danach gewähre er, vorausgesetzt Kuba und die Türkei stimmten jeweils zu, eine UNO-Inspektion in beiden Ländern, um den Abzug zu sichern. Und schließlich kündigte er an, dass die Sowjetunion im Sicherheitsrat der UNO folgende Zusicherung machen werde: to „respect the inviolability of the borders and sovereignty of Turkey, not to interfere in its internal affairs, not to invade Turkey, not to make available our territory as a bridgehead for such an invasion, and that it would also restrain those who contemplate committing aggression against Turkey, either from the territory of the Soviet Union or from the territory of Turkey's other neighboring states.“¹¹⁶ Dieselbe Zusicherung auf Kuba bezogen sollten die USA geben. Trotz dieses neuen Briefes wollten die USA weiterhin auf eine Lösung pochen, die nur Kuba betraf und sozusagen den zweiten Brief ignorieren.¹¹⁷ Warum Chruschtschow zwei verschiedene Briefe geschickt hatte und am darauffolgenden Tag sein Angebot erhärtet hat, bietet Raum für verschiedene Theorien. Eine Theorie meint, der Brief vom 27. Oktober sei geschrieben worden, damit der Druck auf die USA erhöht werde und das Angebot vom 26. Oktober als einzige realistische Lösung angenommen werde. Eine andere Theorie besagt, der Brief vom 26. Oktober sei von Chruschtschow persönlich verfasst worden, der Brief vom nächsten Tag von Hardlinern in seiner Partei, die ihn überrollt hätten. Dies dachten zunächst auch einige innerhalb US-Regierung. Die dritte Theorie besagt, Chruschtschow habe auf amerikanische Hinweise reagiert, allen voran auf den Zeitungsartikel von Lippman, der den Tausch mit den Jupiter-Raketen als akzeptabel erklärt hatte, und habe seine Forderungen dementsprechend ausgeweitet. Die vierte Theorie besagt, Chruschtschow habe ganz einfach seine Meinung geändert. Untersuchungen von Naftali hingegen ergeben, Chruschtschow habe den Brief vom 27. Oktober schon zwei Tage früher verfasst und dann den moderateren Brief geschickt, als ein Angriff auf Kuba als sehr wahrscheinlich galt. Nachdem er vom Gegenteil versichert worden war, habe er nun den anderen Brief nachgeschickt.¹¹⁸

¹¹⁵ vgl. Message From Chairman Khrushchev to President Kennedy, October 27, 1962, In: Edward C. Keefer, Charles S. Sampson, Louis J. Smith (Hg.), FRUS 1961-1963. Cuban Missile Crisis and Aftermath, 11 (Washington 1996), Document 91, online unter <<https://history.state.gov/historicaldocuments/frus1961-63v11/d91>> (4.12.2018).

¹¹⁶ Message From Chairman Khrushchev to President Kennedy, October 27, 1962.

¹¹⁷ vgl. Telegram From the Department of State to the Mission to the North Atlantic Treaty Organization, October 28, 1962, In: Edward C. Keefer, Charles S. Sampson, Louis J. Smith (Hg.), FRUS 1961-1963. Cuban Missile Crisis and Aftermath, 11 (Washington 1996), Document 100, online unter <<https://history.state.gov/historicaldocuments/frus1961-63v11/d100>> (4.12.2018).

¹¹⁸ vgl. Aleksandr Fursenko, Timothy Naftali, Khrushchev's Cold War. The Inside Story of an American Adversary (New York 2006), 488. und Colman, Cuban Missile Crisis, 148-149.

In dieser äußerst angespannten Situation am Schwarzen Samstag entschied sich der US-Präsident für eine Strategie mit einem gewissen Backup: Einerseits verfasste er eine Antwort auf den ersten Brief Chruschtschows, in dem er dem Vorschlag zur Zusicherung der Nicht-Invasion gegen einen Raketenabzug zustimmte. Andererseits schickte er seinen Bruder zu einem Treffen mit Dobrynin, in dem er ihm unmissverständlich die Bereitschaft der USA zum Abzug der Jupiter-Raketen signalisieren sollte. Diese Bereitschaft sei aber nur gegeben, wenn der Abzug im Geheimen geschehe.¹¹⁹

Am frühen Abend des 27. Oktober traf sich der US-Präsident nach einer ExComm Sitzung im Geheimen für rund 20 Minuten mit McGeorge Bundy, Dean Rusk, Robert McNamara, Robert F. Kennedy, George Ball, Theodore Sorensen, Roswell Gilpatric und Llewellyn Thompson, um das weitere Vorgehen zu besprechen.¹²⁰ Nach dieser Sitzung fand das Treffen zwischen Robert Kennedy und Dobrynin im Justizministerium um zirka 19:45 Uhr statt, um Dobrynin den Deal vorzulegen. Zunächst setzte er ihn in Kenntnis darüber, dass die USA von den beiden U-2 Flügen wisse, die abgeschossen wurden beziehungsweise abgeschossen werden sollten, die aber unbewaffnet geflogen seien. Dies sollte wohl die Bereitschaft der USA unterstreichen, auf Kampfhandlungen zu verzichten, obwohl beide Zwischenfälle eine Reaktion von Seiten der USA gerechtfertigt hätten, international und auch innenpolitisch, vor allem weil es einen Toten auf Seiten der USA gab. Robert Kennedy führte weiter an: „those missile bases had to go and they had to go right away.“¹²¹ Des Weiteren drängte er auf eine Lösung bis zum nächsten Tag, denn die USA wären bereit, die Raketen selbst zu entfernen sollte die Sowjetunion dazu nicht bereit sein. „Meine Erklärung bedeute kein Ultimatum, sondern eine Feststellung der Tatsachen. Wenn die Sowjetunion diese Basen nicht entferne, würden wir sie entfernen.“¹²² Robert Kennedy sagte Dobrynin, die USA wären bereit, auf das Angebot einzugehen, eine Garantie gegen jegliche Invasion auf Kuba abzugeben. Auf die nachträgliche Forderung der Jupiter-Raketen von Dobrynin angesprochen, meinte Kennedy, die USA können das nicht selbst entscheiden, das liege in der Hand der NATO, die wahrscheinlich in Anbetracht der Bedrohung der Sowjetunion dem nicht zustimmen werde. Allerdings könne der US-Präsident hier doch eine Lösung anbieten: der geheime Abzug der Raketen in der Türkei. Robert Kennedy gab Dobrynin sogar eine Telefonnummer direkt ins Weiße Haus, um eine

¹¹⁹ vgl. *Hershberg*, *Anatomy of a Controversy: Anatoly F. Dobrynin's Meeting With Robert F. Kennedy*, 75.

¹²⁰ vgl. *Colman*, *Cuban Missile Crisis*, 158.

¹²¹ Memorandum From Attorney General Kennedy to Secretary of State Rusk, October 30, 1962, In: Edward C. Keefer, Charles S. Sampson, Louis J. Smith (Hg.), *FRUS 1961-1963. Cuban Missile Crisis and Aftermath*, 11 (Washington 1996), Document 96, online unter <<https://history.state.gov/historicaldocuments/frus1961-63v11/d96>> (4.4.2019).

¹²² *Kennedy*, *Dreizehn Tage*, 100.

Antwort Chruschtschows sofort übermitteln zu können.¹²³ Gleichzeitig dazu wurde eine andere Lösung eingeleitet, falls es nötig sein sollte. Rusk erzählte davon erst 1987: Er wurde von Präsident Kennedy persönlich beauftragt, Andrew Cordier, einem ehemaligen UN-Beamten, eine Note an UN-Generalsekretär U Thant zu überbringen. Dabei sollte er die Quelle geheim halten. U Thant wurde informiert, es könnte für den Frieden hilfreich sein, wenn er in seinem Namen die Supermächte öffentlich aufforderte, die Raketen aus der Türkei und aus Kuba ab-zuziehen. Für die eventuelle Notwendigkeit solch einer öffentlichen Aufforderung sollte er auf entsprechende Anweisungen und Zeichen der USA warten. Dieses eventuelle Eingreifen von U Thant hätte für Kennedy bedeutet, nicht auf eine Forderung der Sowjetunion mit einem Zugeständnis eingehen zu müssen, sondern auf eine Aufforderung der UNO zu reagieren.¹²⁴ Das Einschreiten U Thants war letztendlich nicht nötig.

Dobrynins Bericht zu dem Treffen mit Robert Kennedy gelangte direkt zu Chruschtschow: „Robert Kennedy sah erschöpft aus. An seinen Augen konnte man sehen, daß er seit Tagen nicht geschlafen hat. Er sagte selbst, er sei seit sechs Tagen und Nächten nicht mehr zu Hause gewesen. <Der Präsident ist in einer schwierigen Lage>, sagte Robert Kennedy, <und er weiß nicht, wie er da herauskommen soll. Wir stehen unter sehr starkem Druck. Tatsächlich werden wir von unserem Militär gedrängt, gegen Kuba Gewalt anzuwenden. Wahrscheinlich hat sich der Präsident in eben diesem Augenblick hingesezt, um eine Botschaft an den Vorsitzenden Chruschtschow zu schreiben. Wir möchten Sie bitten, Mr. Dobrynin, die Botschaft Präsident Kennedys an den Vorsitzenden Chruschtschow über inoffizielle Kanäle weiterzuleiten. Präsident Kennedy bittet den Vorsitzenden Chruschtschow dringend, sein Angebot anzunehmen und die Eigentümlichkeiten des amerikanischen Systems in Betracht zu ziehen. Obwohl der Präsident selbst sehr dagegen ist, um Kuba einen Krieg zu beginnen, könnte gegen seinen Willen eine unabänderliche Kette von Ereignissen eintreten. Deshalb appelliert der Präsident direkt an den Vorsitzenden Chruschtschow und bittet ihn um seine Hilfe bei der Beilegung dieses Konflikts. Falls die Situation noch länger andauert, ist der Präsident nicht sicher, daß das Militär ihn nicht stürzen und die Macht ergreifen wird. Die amerikanische Armee könnte außer Kontrolle geraten.>“¹²⁵ Tatsächlich hat Chruschtschow die Schwäche des Präsidenten in den eigenen Reihen erkannt und lobte gleichzeitig dessen Ehrlichkeit in dieser schwierigen Situation. Ob es nicht auch ein wenig Taktik war, um rasch zu einer Lösung zu kommen,

¹²³ vgl. Memorandum From Attorney General Kennedy to Secretary of State Rusk, October 30, 1962.

¹²⁴ vgl. James G. *Hershberg*, *The United States, Brazil, and the Cuban Missile Crisis, 1962 (Part 2)*. In: *Journal of Cold War Studies* 6/3 (2004) 5-67, online unter <<https://muse-jhu-edu.uaccess.univie.ac.at/article/171162/pdf>> (4.4.2019) hier 37.

¹²⁵ *Chruščëv*, Chruschtschow erinnert sich, 497-498.

kann man nicht sagen. Chruschtschow wiederholte seine Aussagen, die Raketen dienen einzig und allein der Verteidigung Kubas, sie wollen eine Invasion Kubas verhindern und garantieren, dass sie Kuba den Kurs weitergehen lassen werden, den das kubanische Volk möchte.¹²⁶

Der US-Präsident wollte die Abrüstung in der Türkei nicht öffentlich machen. Als Begründung gibt es mehrere Annahmen. Eine ist, Kennedy wollte nicht als schwach gelten, innenpolitisch wie international: Die verbündete Türkei sollte ihn nicht als nachgebenden Staatsmann sehen, der das bilaterale Abkommen Eisenhowers in einer schwierigen Situation eintausche.¹²⁷ Nach Robert Kennedys Memoiren habe er über die Jupiter-Raketen lediglich Folgendes gesagt: „Ich sagte, daß unter dieser Art von Druck oder Drohung kein Tauschhandel oder irgendeine andere Vereinbarung in Frage kommen könne und daß die Entscheidung darüber durch die NATO getroffen werden müßte. Präsident Kennedy habe jedoch schon seit langem darauf gedrängt, diese Raketen aus Italien und der Türkei abzuziehen. Er habe den Abbau vor einiger Zeit angeordnet, und wir rechneten damit, daß die Raketen bald nach Beendigung dieser Krise entfernt sein würden.“¹²⁸

Adlai Stevenson drückte den Tausch der Jupiter-Raketen in der Türkei als schlechten Deal ziemlich plastisch aus: the “effect of Khrushchev's Turkey proposal was that, as the result of his own clandestine nuclear intrusion into the Western Hemisphere, he gets a guarantee of Cuban integrity and the removal of the Turkey base, whereas all we get is removal of intrusion which he should not have made anyway.”¹²⁹ Obwohl die Jupiter-Raketen laut McNamara nicht mehr auf dem aktuellsten Stand waren und lange Zeit brauchten, um überhaupt einsatzbereit zu sein, könne man diese Forderung nicht so ohne Weiteres erfüllen.¹³⁰

Laut Robert Kennedy war Adlai Stevenson der erste, der einen Tausch gegen die Jupiter-Raketen in der Türkei ins Spiel gebracht hat. In den entscheidenden Sitzungen am Samstag, dem 20. Oktober 1962 brachte er das Thema noch einmal auf, nachdem er es dem Justizminister gegenüber schon vorher gesagt hatte. Man solle der Sowjetunion andeuten, man könne über einen Tausch verhandeln. Als Einsatz wären die Jupiter-Raketen und der Stützpunkt Gu-

¹²⁶ vgl. ebd., 498.

¹²⁷ vgl. Barton J. *Bernstein*, The Cuban Missile Crisis. Trading the Jupiters in Turkey? In: Political Science Quarterly, 95/1 (Spring 1980) 97-125, online unter <[https://www.jstor-org.uaccess.univie.ac.at/stable/pdf/2149587?seq=1](https://www.jstor.org/uaccess.univie.ac.at/stable/pdf/2149587?seq=1)> (4.4.2019)

¹²⁸ *Kennedy*, Dreizehn Tage, 101.

¹²⁹ Telegram From the Mission to the United Nations to the Department of State, October 27, 1962, In: Edward C. *Keefer*, Charles S. *Sampson*, Louis J. *Smith* (Hg.), FRUS 1961-1963. Cuban Missile Crisis and Aftermath, 11 (Washington 1996), Document 93, online unter <<https://history.state.gov/historicaldocuments/frus1961-63v11/d93>> (4.4.2019).

¹³⁰ vgl. *Colman*, Cuban Missile Crisis, 155.

antánamo, den die Kubaner zurück wollten, möglich.¹³¹ CIA-Chef John McCone vermutete schon in seinem Memorandum vom 17. Oktober, Chruschtschow könnte die Raketen stationiert haben, um sie als Verhandlungsbasis für Raketen der USA in Europa und die Berlin-Frage zu benutzen.¹³² Die Darlegung in den Debatten über dieses Thema löste teils heftige Reaktionen aus und John F. Kennedy lehnte diesen Vorschlag ab, erklärte aber gleichzeitig, er habe über diese Raketen bereits seit Sommer 1962 nachgedacht. Der Wert der Raketen sei zu überprüfen und eine Beseitigung zu überlegen.¹³³ Obwohl Stevensons Vorschlag zunächst nicht gut angenommen und auch in der Presse kritisiert wurde¹³⁴, wird er dann doch später durchgeführt werden, wenn auch ohne die Öffentlichkeit davon in Kenntnis zu setzen.

Die Jupiter-Raketen waren zunächst nicht von der US-Regierung ins Spiel gebracht worden, sondern durch einen Artikel des renommierten Zeitungskolumnisten, Walter Lippmann. Der damalige österreichische Außenminister Dr. Bruno Kreisky hat diesen Vorschlag aufgenommen und nochmals formuliert. In der ExComm blieb dieser Umstand auch nicht unkommentiert. Thompson erklärte am 27. Oktober in Bezug auf das Rätseln, warum zwei Briefe von Chruschtschow gekommen sind mit unterschiedlichen Forderungen: „Either Khrushchev was overruled - or Khrushchev and/or his colleagues were deceived by the Lippmann piece and the fact that Kreisky put this out which made them think that we were putting this out, that we were willing to-to make a trade.”¹³⁵ Thompson war also der Ansicht, Chruschtschow habe nach dem Verfassen des ersten Briefes vom Vorschlag Kreiskys gehört und aufgrund seiner internationalen Vernetzung angenommen, der Vorschlag käme direkt von den USA. Thompson suggeriert hier, dass Kreiskys Vorschlag den USA zu ihrem Nachteil geworden ist, denn Chruschtschow habe dadurch verstanden, er könne seine Forderungen höher schrauben. Porter brachte in einem Telegramm an das State Department vom 26. Oktober die Lage des Vorschlags des Raketentausches auf den Punkt: Der Lippmann-Artikel erschien in der Washington Post am 25. Oktober.¹³⁶ Am selben Tag hatte sich Kreisky in seiner Rede in Hallein für eine Abschaffung der Raketenbasen stark gemacht. Porter schrieb daraufhin in seinem Telegramm, dass zwar Kreisky ein „creative mind of his own“¹³⁷ hätte, es jedoch sehr wahrscheinlich sei, dass er die Idee von Lippmann aufgenommen habe, oder durch ihn ermutigt worden wäre, diesen Vorschlag ebenfalls zu machen. Als Erklärung seiner Theorie schreibt Porter

¹³¹ vgl. *Kennedy*, Dreizehn Tage, 37-38.

¹³² vgl. Memorandum for Discussion, October 17, 1962.

¹³³ vgl. *Colman*, Cuban Missile Crisis, 73.

¹³⁴ vgl. *Kennedy*, Dreizehn Tage, 38.

¹³⁵ *Bundy, Blight*, October 27, 1962. Transcripts of the Meetings of the ExComm, 81.

¹³⁶ Ernest R. May, Philip D. Zelikow (Hg.), *The Kennedy Tapes. Inside the White House During the Cuban Missile Crisis* (Cambridge, MA 1997), 394.

¹³⁷ Zit. nach *Kofler*, Kennedy und Österreich, 74.

auch, dass Kreisky eine große Bewunderung für Lippmann habe und sie ein längeres Gespräch während seiner letzten US-Reise gehabt haben.¹³⁸ Es wurde also bezweifelt, dass der Vorschlag von Kreisky selbst kam.

Das Geheimgespräch zwischen Robert Kennedy und Dobrynin wurde lange als Schlüsselereignis für die Lösung des Konflikts betrachtet, obwohl anfangs einige Unklarheiten über den exakten Verlauf des Treffens geherrscht haben. Es war lange nicht klar, wie der Tausch der Jupiter-Raketen vermittelt wurde und welche Worte genau gesagt wurden, ob es sich um ein Abkommen, einen Deal oder eine Zusicherung handelt. Fakt ist, McGeorge Bundy und Dean Rusk haben lange behauptet, keiner der Kennedy Brüder habe versprochen, die Raketen als Zugeständnis oder Ausgleich gegen die Raketen auf Kuba abzuziehen, noch seien sie Teil eines Deals oder einer Vereinbarung gewesen. Robert Kennedy habe nur „an informal assurance rather than an explicit promise or agreement“¹³⁹, also eher nur eine Zusicherung gegeben. Kennedy informierte Dobrynin lediglich über die Tatsache, dass die USA ohnehin schon geplant haben, die Raketen abzuziehen. So schilderte zunächst Robert Kennedy in seinen Memoiren dieses Treffen. Dazu ist zu bedenken, dass sich Robert Kennedy mitten im Wahlkampf befand als er das Buch verfasste, bevor es posthum veröffentlicht wurde, mit Änderungen von Sorensen.¹⁴⁰ Sorensen gibt später nach Äußerungen Dobrynins, der das Treffen in Kennedys Tagebuch nicht korrekt geschildert sieht, zu, dass Kennedy die Jupiter-Raketen explizit erwähnt hat. Da aber zur Zeit der Veröffentlichung des Buches der Deal öffentlich nicht bekannt war und nur die sechs erwähnten Politiker des geheimen Treffens auf US-Seite davon Bescheid wussten, nahm Sorensen die besagte Stelle aus dem Buch heraus.¹⁴¹

In Chruschtschows Memoiren werden die Jupiter-Raketen nicht erwähnt. Er bemerkte lediglich, dass die Kommunikation über offizielle Kanäle stattfand, und „die vertraulichen Briefe durch den Bruder des Präsidenten übermittelt“ wurden.¹⁴² Über die Übereinkunft der Jupiter-Raketen gibt es keine offiziellen schriftlichen Aufzeichnungen und die Übermittlung von Robert Kennedy an Dobrynin geschah ebenfalls nur mündlich, zusätzlich zu dem Brief mit der Antwort auf die Forderung der Zusicherung keine Invasion zu starten. Das fehlende schriftliche Material darüber lässt Raum für Unklarheiten und Spekulationen.

¹³⁸ vgl. Kofler, Kennedy und Österreich, 74.

¹³⁹ Hershberg, *Anatomy of a Controversy: Anatoly F. Dobrynin's Meeting With Robert F. Kennedy*, 75.

¹⁴⁰ vgl. ebd., 75 und 77.

¹⁴¹ vgl. Bruce J. Allyn, James G. Blight, David A. Welch (Hg.), *Back to the Brink. Proceedings of the Moscow Conference on the Cuban Missile Crisis, January 27-28, 1989* (Lanham 1992), 92-93.

¹⁴² Chruščëv, Chruschtschow erinnert sich, 498.

Colman ist der Ansicht, Kennedy und Chruschtschow haben jeweils beide zu viel nachgegeben. Forschungen haben gezeigt, Chruschtschow hätte auch ohne den Jupiter-Deal der Lösung zugestimmt, was bedeutet, dass die Kennedy Regierung zu viel Zugeständnisse gemacht habe. McNamara war der Ansicht, dass auch mit einer Verschärfung der Quarantäne die Sowjetunion nicht angegriffen hätte. Sogar einer der Mitglieder der ExComm, Llewellyn Thompson, meinte, und da widersprach er dem Präsidenten, dass Chruschtschow mit der Zusicherung, Kuba nicht anzugreifen, zufrieden gewesen wäre. Thompson war der Ansicht, Chruschtschows Motiv sei es, Kuba zu retten und eine Invasion zu stoppen um sich dessen dann auch öffentlich rühmen zu können.¹⁴³ Chruschtschow wiederum habe sich vor einer Invasion gefürchtet und hätte vielleicht sogar eine öffentliche Zusage des Abzugs der Jupiter-Raketen erreichen können. Ein westlicher Diplomat bringt es folgendermaßen auf den Punkt: „The Russians realized immediately that an American air strike against the bases in Cuba, with the consequent loss of Soviet lives, or an American landing, with the overthrowing of Castro’s regime, would have left them with no other choice between a nuclear war—which they are not willing to face— and accepting a defeat much worse than the withdrawal of the missiles.”¹⁴⁴ Bei einem Abzug der Raketen konnte sich Chruschtschow trotzdem als Sieger darstellen, was bei einem Krieg nicht der Fall gewesen wäre. Außerdem konnten sich letztendlich beide rühmen, Kampfhandlungen durch Diplomatie vermieden zu haben.¹⁴⁵

Nach der friedlichen Beilegung der Krise bewahrte Chruschtschow Haltung, trotz chinesischer und amerikanischer Presseberichte, die ihn als feige darstellten. Die USA forderten später, eine unabhängige Prüfungskommission nach Kuba zu schicken, wofür sie laut der Sowjetunion eine Genehmigung Kubas brauchten und was Castro nicht dulden wollte. Chruschtschow war sich der Unumgänglichkeit von Konzessionen um den Frieden zu bewahren bewusst: So stimmten sie einer Inspektion sowjetischer Schiffe zu, ohne einen US-Amerikaner eines ihrer Schiffe betreten zu lassen. Die Beziehungen zu den USA normalisierten sich wieder, wenngleich Castro nicht mehr mit der Sowjetunion kommunizierte.¹⁴⁶

¹⁴³ vgl. Stephen S. Rosenfeld, „I don’t agree, Mr. President” In: Washington Post October 30, 1987, online unter <https://www.washingtonpost.com/archive/opinions/1987/10/30/i-dont-agree-mr-president/b222d237-cd53-4f41-b0a3-a551f92f6b19/?noredirect=on&utm_term=.2141947172e6> (4.12.2018).

¹⁴⁴ The Italian Foreign Ministry assesses the causes and consequences of the crisis, December 1962, In: James G. Hershberg, Christian F. Ostermann (Hg.), CWHIP Bulletin 17/18 (Fall 2012), 671-673, hier 671, online unter <https://www.wilsoncenter.org/sites/default/files/CWHIP_Bulletin_17-18_Cuban_Missile_Crisis_v2_COMPLETE.pdf> (4.4.2019).

¹⁴⁵ vgl. Colman, Cuban Missile Crisis, 162-163.

¹⁴⁶ vgl. Chruščëv, Chruschtschow erinnert sich, 499-500.

Während der Krise wurde die Kontrolle über die Schießbefehle nicht aus der Hand gegeben: Chruschtschow und sein Verteidigungsminister Malinovsky autorisierten weder sowjetische noch kubanische Militärs eigenhändig auf einen Angriff der USA auf Kuba zu reagieren. Sie sollten auf Befehle direkt von Moskau warten.¹⁴⁷ Dasselbe galt auch für die USA: John F. Kennedy war sich bewusst, dass er die Schießbefehle nicht aus der Hand geben und Militärs oder Soldaten eigenhändig schießen lassen durfte. McNamara machte dies auch George Anderson, dem Oberbefehlshaber der Marinestreitkräfte, deutlich: „You’re not going to fire a single shot at anything without my express permission, is that clear?“ Seine Reaktion auf diese, für einen Oberbefehlshaber nicht erfreuliche Nachricht, fasst McNamara folgendermaßen zusammen: „That is when he made his famous remark about how the Navy had been running blockades since the days of John Paul Jones, and if I would leave them well alone they would run this one successfully as well“.¹⁴⁸ Anderson erinnert sich an diese Begegnung, anders als McNamara, nicht so dramatisch, aber eines war klar: Die Krise sollte vom US-Präsidenten und dem sowjetischen Generalsekretär aus geleitet werden, nicht von einem Militärbefehlshaber.¹⁴⁹

Chruschtschow schreckte ebenso wie die USA vor einem Atomkrieg zurück. Er bemerkte dies auch am Verhalten der USA, die die Sowjetunion mit einer regen Aktivität der Kriegsmarine einschüchtern wollte. „Ich glaube nicht, daß Amerika je zuvor einer so realen Gefahr der Vernichtung gegenübergestanden hatte wie in diesem Augenblick.“¹⁵⁰ In den besonders gefährlichen Situationen der Krise standen der Kreml-Chef und Kennedy in direktem Kontakt miteinander.¹⁵¹ Dobrynin schilderte es in einem Bericht folgendermaßen: „On the relationships between the heads of our governments, on which history has placed special responsibility for the fate of the world, a lot really does depend; in particular, whether there will be peace or war.“¹⁵²

Im Jänner 1992 wurde auf einer Konferenz in Havanna das Ausmaß der stationierten Raketen auf Kuba erst deutlich: Mittelstreckenraketen und 80 taktische Atombomben, die jeweils so stark waren wie die Hiroshima-Bombe und deren Einsatz ohne vorherige Rücksprache mit

¹⁴⁷ vgl. Colman, Cuban Missile Crisis, 82.

¹⁴⁸ James G. Blight, David A. Welch, On the Brink. Americans and Soviets reexamine the Cuban Missile Crisis (New York 1989), 63-64.

¹⁴⁹ vgl. Colman, Cuban Missile Crisis, 103.

¹⁵⁰ Chruščëv, Chruschtschow erinnert sich, 496.

¹⁵¹ vgl. ebd., 497.

¹⁵² Telegram from Dobrynin to the USSR, 24 October 1962. In: James G. Hershberg (Hg.) CWIHP Bulletin 5 (Spring 1995), 71-73, hier 72, online unter <
https://www.wilsoncenter.org/sites/default/files/CWIHPBulletin5_p2.pdf>

Moskau bei einer Invasion autorisiert war.¹⁵³ Raymond Garthoff, damaliger Mitarbeiter im Außenministerium, erklärt, die USA wussten damals nicht, ob die Atomsprenköpfe tatsächlich schon auf Kuba stationiert waren oder nicht, haben es jedoch angenommen.¹⁵⁴ Die USA haben das Potential ihres Gegners unterschätzt und glücklicherweise nicht überstürzt gehandelt, sonst wäre es unweigerlich zu einem Atomkrieg gekommen.

Robert F. Kennedy, Verteidigungsminister und als Bruder des Präsidenten ein sehr enger Vertrauter, spielte bei den Sitzungen in zwei besonders entscheidenden Momenten eine wichtige Rolle. Anfangs zogen die meisten einen Luftangriff gegen die Raketenstellungen als einzige Möglichkeit in Betracht. Robert Kennedy schreibt in seinen Memoiren, er habe von Anfang an Bedenken gehabt. Er meinte sogar leise zum Präsidenten: „Jetzt weiß ich, wie Tojo zumute war, als er Pearl Harbor plante“, beziehend auf den japanischen Premierminister zur Zeit des Angriffs auf Pearl Harbor.¹⁵⁵ Dieser Vergleich und die Tatsache, dass es nicht moralisch wäre, half den Debatten in der ExComm einer Blockade den Vorzug zu geben, einer Quarantäne¹⁵⁶, zumindest berichtet das Robert Kennedy in seinen Memoiren. Anhand der Kennedy-Tapes kann man sehen, dass Robert Kennedy anfangs doch für einen Luftangriff war und seine Schilderung in seinen Memoiren mit Vorsicht gelesen werden muss.¹⁵⁷ Trotzdem war die moralische Debatte von Wichtigkeit für den Ausgang der Krise.

Ein weiterer Moment, in dem Robert Kennedy den Verlauf der Ereignisse maßgebend beeinflusst hat, war das Geheimgespräch am Abend des 27. Oktober 1962, des Schwarzen Samstags, mit dem sowjetischen Botschafter Dobrynin im Justizministerium. Die beiden haben ein geheimes Abkommen ausgehandelt und damit das Ende der Krise eingeläutet: Washington sei bereit die Jupiter-Raketen aus der Türkei abzugeben, wenn hingegen die Sowjetunion die Raketen auf Kuba zurücknimmt. In der Vereinbarung wurde auch die Geheimhaltung dieses Teiles des Deals festgelegt.¹⁵⁸

Nach Chruschtschows Einschätzung waren die Vereinigten Staaten, allen voran Robert Kennedy „im ganzen gesehen uns gegenüber offen und aufrichtig gewesen“.¹⁵⁹ Beide Seiten waren sich der Komplexität der Situation bewusst, die unweigerlich Reaktionen in Berlin hervorgerufen hätte. Chruschtschow schreibt in seinen Memoiren ein kurzes Loblied auf John F.

¹⁵³ vgl. Garthoff, Havana Conference On the Cuban Missile Crisis, 3.

¹⁵⁴ vgl. ebd., 2.

¹⁵⁵ Kennedy, Dreizehn Tage, 18.

¹⁵⁶ vgl. Hershberg, More on Bobby and the Cuban Missile Crisis, 274.

¹⁵⁷ vgl. Gioe, Scott, Andrew, An International History of the Cuban Missile Crisis, 2.

¹⁵⁸ vgl. Hershberg, More on Bobby and the Cuban Missile Crisis, 274.

¹⁵⁹ Chruščëv, Chruschtschow erinnert sich, 500.

Kennedy, nicht ohne sich als Sieger darzustellen: „Die beiden mächtigsten Nationen der Welt waren zum Kampf gegeneinander angetreten, jede mit dem Finger auf dem Knopf. Man hatte gedacht, daß ein Krieg unvermeidlich war. Aber beide Seiten zeigten, daß selbst die dringlichste Meinungsverschiedenheit durch einen Kompromiß gelöst werden kann, wenn der Wunsch, einen Krieg zu vermeiden, stark genug ist. Und ein Kompromiß hinsichtlich Kubas wurde tatsächlich gefunden. Die Episode endete mit einem Triumph des gesunden Menschenverstandes. Ich werde mich an den verstorbenen Präsidenten immer mit tiefem Respekt erinnern, da er sich letzten Endes als besonnener Mann erwies, entschlossen, einen Krieg zu vermeiden. Er überschätzte Amerikas Macht nicht, und er hielt sich einen Ausweg aus der Krise offen. Er bewies wirklich Klugheit und echtes staatsmännisches Können, als er den rechtsgerichteten Kräften in den Vereinigten Staaten, die ihn zu einer militärischen Aktion gegen Kuba aufzustacheln versuchten, den Rücken kehrte. Doch war es ein großer Sieg für uns, daß wir in der Lage gewesen waren, Kennedy das Versprechen abzurufen, daß weder Amerika noch einer seiner Verbündeten Kuba angreifen werde.“¹⁶⁰ Chruschtschow sieht sich selbst, trotz aller Vorwürfe der Feigheit, dennoch als großen Sieger, denn Kuba existiert und es gab die Versicherung eine Invasion Kubas zu unterlassen: „Mein Brief an Castro beendete eine Episode der Weltgeschichte: Indem wir die Welt an den Rand eines Atomkriegs brachten, gewannen wir ein sozialistisches Kuba. Für mich persönlich ist es sehr tröstlich zu wissen, daß unsere Seite korrekt handelte und daß wir eine große revolutionäre Tat vollbracht haben, weil wir uns vom amerikanischen Imperialismus nicht einschüchtern ließen. Die Karibische Krise war ein Triumph der sowjetischen Außenpolitik und ein persönlicher Triumph in meiner eigenen Laufbahn als Staatsmann und als Mitglied der kollektiven Führung. Wir errangen, so möchte ich sagen, einen spektakulären Erfolg, ohne einen einzigen Schuß abfeuern zu müssen!“¹⁶¹ Hier wird noch einmal betont, was Chruschtschows Absichten für sein Handeln waren, ein unabhängiges Kuba zu garantieren und das ohne Waffengewalt. Weiter führt Chruschtschow aus: „Heute existiert Kuba als unabhängiges sozialistisches Land, direkt vor dem offenen Rachen des räuberischen amerikanischen Imperialismus. Allein schon die Existenz Kubas ist eine gute Propaganda für andere lateinamerikanische Länder, die dadurch ermutigt werden, dem Beispiel Kubas zu folgen und den Weg des Sozialismus zu wählen. Andere lateinamerikanische Völker erkennen bereits, welche Schritte sie unternehmen können, sich von den amerikanischen Imperialisten und Monopolisten zu befreien. Kubas Beispiel

¹⁶⁰ ebd., 500-502.

¹⁶¹ ebd., 502.

wird hoffnungsvoll weiterleuchten.“¹⁶² Dies war die sowjetische Sicht auf den Sieg. Chruschtschow verweist auf die staatsmännische Vernunft der beiden mächtigsten Personen in diesem Konflikt. Die Sowjetunion hatte nicht nur ihre eigenen Interessen gefördert, sondern dem Sozialismus auf der ganzen Welt geholfen, indem sie sich ausdrücklich gegen den Imperialismus stellte. Chruschtschow sieht einen wichtigen Erfolg darin, dass Kuba eine Vorreiterrolle für andere lateinamerikanische Länder hat und seine bloße Existenz in unmittelbarer Nähe zu den USA ein bedeutender Gewinn ist. Doch Castro war ein Verbündeter Chruschtschows und mit diesem Ergebnis für Kuba war er alles andere als zufrieden. Er hatte sich mehr Hilfe und mehr Respekt erwartet, denn auch er hatte Forderungen. Im nächsten Kapitel werden diese seine Motive, Erwartungen und Forderungen, seine „five points“, geschildert.

4. Die Sicht Kubas

Bei der Konferenz von Havanna 1992, in der neue Erkenntnisse ans Licht kamen, war auch Fidel Castro persönlich anwesend. Dabei erklärte Castro seine Beweggründe, sowjetische Raketen auf Kuba zu stationieren. Vordergründig war sein Anliegen nicht die Verteidigung Kubas gegenüber den Bedrohungen von Seiten der USA, sondern der Wunsch, den Sozialismus auf der Welt zu stärken. Im Nachhinein habe er verstanden, dass es die Sowjetunion vor allem auf ein Gleichgewicht mit den USA abgesehen hatte. Zum Erstaunen vieler US-amerikanischer Historiker bekannte er auch, dass er damals der sowjetischen Propaganda Glauben geschenkt hatte, der USA militärisch überlegen zu sein. Er hätte demnach anders gehandelt: „If I had known, I would have counseled prudence“.¹⁶³

Fidel Castro fühlte sich von Chruschtschow verraten und hintergangen, denn dieser hatte die Krise ohne vorherige Absprache mit ihm gelöst.¹⁶⁴ Chruschtschow entschuldigte dies damit, dass er schnell und unkompliziert handeln wollte.¹⁶⁵ Er musste eine Entscheidung treffen und wegen eines drohenden Angriffs der USA wäre die logische Antwort ein Atomkrieg gewesen. Dies war aber nicht seine Absicht, denn er ahnte die entsetzlichen Folgen und eine Niederlage wäre viel schmerzlicher zu ertragen gewesen als der Abzug der Raketen.¹⁶⁶ Interessant ist auch, dass Castros Einschätzung der Bereitschaft der USA, in 24 Stunden eine Invasion zu starten (was einen Atomkrieg bedeutet hätte) Chruschtschow erst recht zu einer friedlichen

¹⁶² Chruščëv, Chruschtschow erinnert sich, 504.

¹⁶³ Garthoff, Havana Conference On the Cuban Missile Crisis, 2.

¹⁶⁴ vgl. Colman, Cuban Missile Crisis, 161.

¹⁶⁵ vgl. ebd., 175.

¹⁶⁶ vgl. Colman, Cuban Missile Crisis, 161.

Lösung getrieben hat. Castro drängte Chruschtschow in einem Brief zu einem Krieg: „Fidel Castro proposed that we ourselves should be the first to start an atomic war. Do you know what that would mean? That probably cannot even be expressed at all. We were completely aghast. Castro clearly has no idea about what thermonuclear war is. After all, if a war started, it would primarily be Cuba that would vanish from the face of the Earth.“¹⁶⁷ Chruschtschow wusste ein Angriff bedeutete einen Gegenangriff und das wollte er nicht riskieren. Wenn die USA wirklich bereit gewesen wäre, musste er vorher die Krise lösen ohne einen Nuklearkrieg zu starten. Chruschtschow wollte eine schnelle friedliche Lösung und nichts riskieren. Chruschtschow wusste, dass Millionen Menschen in einem Atomkrieg sterben würden und wollte den Sozialismus nicht riskieren. „Only a person who has no idea what nuclear war means, or who has been so blinded, for instance, like Castro, by revolutionary passion, can talk like that. [...] What the Americans feared most, by the way, was that the missiles were in the hands of the Cubans and that the Cubans would start a war.“¹⁶⁸ Fidel Castro war schwer einzuschätzen, die USA verkalkulierten sich schon bei der Revolution, und auch in den Tagen der Krise kam es zu Wutanfällen Castros.¹⁶⁹ Man kann wahrscheinlich von Glück und staatsmännischer Raison reden, dass Chruschtschow von Castro nicht beeindruckt war und ihn in seine Schranken wies. Forschungen schlussfolgern daraus, dass Chruschtschow auch ohne Jupiter-Deal zu einer friedlichen Lösung bereit gewesen sei. Das impliziert, wie bereits oben erwähnt, dass die Kennedy Regierung zu viele Konzessionen gemacht habe. Beide Gegenspieler dürften sich also der prekären Lage durchaus bewusst gewesen sein und wollten einen Krieg verhindern.¹⁷⁰ Kuba hingegen wollte in den Entscheidungsprozess einbezogen und als sowjetischer Verbündeter ernster genommen werden. Guantánamo hätten sie dann auch mitverhandeln wollen, was ihnen ein Dorn im Auge war.¹⁷¹

Chruschtschow erklärte auch, warum er zu einem Rückzug bereit und was seine Absicht mit den Kuba-Raketen war: „We agreed to dismantle the missiles also because their presence in Cuba is essentially of little military importance to us. The missiles were meant to protect Cuba from attack; they helped us to wrench out of the imperialists the statement that they would not attack Cuba, and they thus served their main purpose.“¹⁷² Hauptgrund der Stationierung

¹⁶⁷ We Were Truly on the Verge of War. A Conversation with Nikita Khrushchev, 30 October 1962, In: James G. Hershberg, Christian F. Ostermann (Hg.), CWIHP Bulletin 17/18 (Fall 2012), 400-403, hier 401, online unter <https://www.wilsoncenter.org/sites/default/files/CWHIP_Bulletin_17-18_Cuban_Missile_Crisis_v2_COMPLETE.pdf> (5.4.2019).

¹⁶⁸ ebd. 401.

¹⁶⁹ vgl. Colman, Cuban Missile Crisis, 176.

¹⁷⁰ vgl. ebd., 162.

¹⁷¹ vgl. ebd., 175-176.

¹⁷² We Were Truly on the Verge of War. A Conversation with Nikita Khrushchev, 401.

der Raketen sei demnach der Schutz Kubas gewesen, was mit der Zusicherung der USA nicht anzugreifen letztendlich erfolgreich gewesen war. Das wiederum gefiel Fidel Castro nicht, der der Sowjetunion im Gespräch mit Mikoyan Vorwürfe machte. Er verglich ihr Handeln mit dem der USA. Das Zugeständnis des Raketenabzugs und einer Inspektion, ohne die kubanische Regierung zu konsultieren, stieß in Kuba sauer auf und untergrub laut Castro die Souveränität seines Volkes. Die geforderte und zugesicherte Inspektion verglich Castro mit dem Platt Amendment: Die USA würden wie damals auch jetzt kontrollieren und bestimmen, was auf Kuba stationiert werden und was nach Kuba importiert werden darf.¹⁷³ Das größte Ärgernis für Castro und das kubanische Volk bestehe darin, dass diese Abmachung „behind the back of the Cuban people“¹⁷⁴ getroffen wurde.

Fidel Castro brachte in einem Brief an UNO-Generalsekretär U Thant fünf Forderungen von Seiten Kubas vor, ohne welche jede Zusicherung der USA hinfällig wäre: das Ende des wirtschaftlichen Druckes auf Kuba, jegliche Versuche und Pläne eines Sturzes der Castro-Regierung zu unterlassen, Unterlassung jeder „pirate attacks“, keine Aufklärungsflüge, die den kubanischen Luftraum verletzen, die Schließung des US-Stützpunktes in Guantánamo und die Rückgabe dieses Gebietes an Kuba.¹⁷⁵

5. Neutralität Österreichs

Von Neutralität oder neutralen Staaten spricht man im Allgemeinen in einer kriegerischen Auseinandersetzung: Staaten, die sich jeglicher Einmischung enthalten wollen, können sich als neutral erklären. Es ist also zunächst ein Begriff im Kriegsrecht. Bei der Neutralität unterscheidet man aber drei Arten. Die „gewöhnliche Neutralität“ erlaubt es einem Staat, sich in einem konkreten Krieg nicht zu beteiligen. Die „dauernde“ oder „immerwährende“ Neutralität hingegen schließt jegliche zukünftige Kriege im Allgemeinen mit ein, gleichgültig um welche kriegsführende Staaten es sich dabei handelt. Zusätzlich gibt es noch die „faktisch dauernde“ Neutralität als „Maxime der Außenpolitik ohne völkerrechtliche Bindung“¹⁷⁶. Der neutrale Staat darf sich in einem Kriegsfall nicht an militärischen Operationen beteiligen, ebenso muss

¹⁷³ vgl. Memorandum of conversation between Mikoyan and Fidel Castro, 4 November 1962. In: James G. Hershberg, Christian F. Ostermann (Hg.) CWIHP Bulletin 5 (Spring 1995), 94-101, hier 95, online unter <https://www.wilsoncenter.org/sites/default/files/CWIHPBulletin5_p2.pdf> (5.4.2019).

¹⁷⁴ Memorandum of conversation between Mikoyan and Fidel Castro, 4 November, 95.

¹⁷⁵ vgl. Message from the Prime Minister of Cuba (Castro) to the U.N. Acting Secretary-General (Thant), October 28, 1962, In: Department of State Publication 8007 (Hg.) American Foreign Policy. Current Documents 1962 (Washington D.C. 1966), 447-448, online unter <<https://babel.hathitrust.org/cgi/pt?id=mdp.39015013346716;view=1up;seq=5>> (4.4.2019).

¹⁷⁶ Marcel Kau. Der Staat und der Einzelne als Völkerrechtssubjekte. In: Wolfgang Graf Vitzthum, Alexander Proeßl (Hg.), Völkerrecht (7. überarb. und aktual. Aufl. Berlin/New York 2010), 133-246, hier 193.

ein neutraler Staat sicherstellen, dass militärische Handlungen der kriegsführenden Staaten nicht auf seinem Staatsgebiet stattfinden.¹⁷⁷

Über das Zustandekommen der Neutralität Österreichs gibt es zahlreiche Meinungen. Dies liegt einerseits an der Komplexität dieses Themas und der langen Zeit der Verhandlungen, andererseits an unterschiedlichen Aussagen der beteiligten Personen: Die einen meinen, es sei die Initiative Österreichs und ein freier Entschluss gewesen, andere sagen, es sei als Bedingung für einen Staatsvertrag aufgezwungen worden, wenn auch indirekt. Ein wichtiges Dokument für die Klärung dieser Frage ist das „Memorandum über die Ergebnisse der Besprechungen zwischen der Regierungsdelegation der Republik Österreich und der Regierungsdelegation der Sowjetunion“¹⁷⁸ vom 15. April 1955 (im weiteren Verlauf der Arbeit „Moskauer Memorandum“ genannt). Das Moskauer Memorandum hat aber keinen rechtlich bindenden Charakter und die Neutralität wurde erst mit dem Bundesverfassungsgesetz vom 26. Oktober 1955 verkündet¹⁷⁹, „aus freien Stücken“, wie darin betont wird.

Es muss festgehalten werden, dass der Gedanke der Neutralität Österreichs nicht neu gewesen ist. Neu war das Bemühen, „Neutralität und Staatsvertrag miteinander zu verknüpfen“.¹⁸⁰ So hat die Bundesregierung „schon im Sommer 1953 in Erfahrung zu bringen versucht, ob eine vom österreichischen Parlament allenfalls zu erklärende Neutralität Österreichs den Abschluß des Staatsvertrages fördern könnte.“¹⁸¹ Dieser Versuch startete anfangs mit vertraulichen Gesprächen und zaghaften Zugeständnissen in Bezug auf die Militärbündnisse und Militärstützpunkte.¹⁸² Die Sowjetunion hat fünf Jahre lang mit unterschiedlichen Argumenten Verhandlungen über einen Staatsvertrag verhindert.¹⁸³

Kreisky ist der Meinung, Österreich habe die Neutralität selbst gewählt und erklärt: „Es wird oft gesagt, daß Österreich die Neutralität durch den Staatsvertrag auferlegt wurde. Darauf kann man antworten, daß die österreichische Neutralität als solche nicht im Staatsvertrag erwähnt wird; sie ist durch ein Verfassungsgesetz begründet, das vom österreichischen Parlament *nach* Abschluß des Staatsvertrages und *nach* Abzug aller Besatzungstruppen angenommen wurde. Wir selbst haben zuallererst die dauernde Neutralität Österreichs vorgeschla-

¹⁷⁷ vgl. ebd., 193.

¹⁷⁸ vollständig abgedruckt in: *Stourzh, Einheit und Freiheit*, 667-670.

¹⁷⁹ 211. Bundesverfassungsgesetz vom 26. Oktober 1955 über die Neutralität Österreichs, BGBl. Nr. 211/1955, online unter <http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1955_211_0/1955_211_0.pdf> (20.6.2018).

¹⁸⁰ *Stourzh, Einheit und Freiheit*, 283.

¹⁸¹ zit. nach *Stourzh, Einheit und Freiheit*, 283.

¹⁸² vgl. *Stourzh, Einheit und Freiheit*, 283.

¹⁸³ vgl. Gerald *Stourzh*, *The Austrian State Treaty and the International Decision Making Process in 1955*. In: *Austrian History Yearbook* 38 (2007), 208-228, hier 212.

gen.“¹⁸⁴ Kreiskys Erörterung ist korrekt und durch seine Betonung lässt er keinen Zweifel aufkommen, ob der Vorschlag von Österreich selbst gekommen ist oder von außen oktroyiert wurde. Tatsächlich werden im Staatsvertrag¹⁸⁵ die Worte „Neutralität“ beziehungsweise „neutral“ nicht einmal erwähnt. Erst im Bundesgesetzblatt, ausgegeben am 4. November 1955¹⁸⁶, wird die Neutralität Österreichs eingeführt. Darin wird die Freiwilligkeit Österreichs zu diesem Schritt betont sowie die Verpflichtung, weder einem militärischen Bündnis beizutreten, noch einen militärischen Stützpunkt anderer Staaten auf Staatsgebiet zu billigen:

- (1) Zum Zwecke der dauernden Behauptung seiner Unabhängigkeit nach außen und zum Zwecke der Unverletzlichkeit seines Gebietes erklärt Österreich aus freien Stücken seine immerwährende Neutralität. Österreich wird diese mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln aufrechterhalten und verteidigen.
- (2) Österreich wird zur Sicherung dieser Zwecke in aller Zukunft keinen militärischen Bündnissen beitreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiete nicht zulassen.¹⁸⁷

Genau auf diese Verpflichtung „keinem militärischen Bündnis beizutreten“ berufen sich die Politiker in ihren Reden rund um die Kubakrise. Mehr dazu in Kapitel 8, bei der Analyse der Zeitungen.

Kreisky zitiert in seiner Rede Außenminister Figl, der bei der Außenministerkonferenz in Berlin 1954 Folgendes im Namen der österreichischen Bundesregierung gesagt hat: „Das österreichische Volk möchte in Frieden und Eintracht mit allen Staaten leben. Ich kann also in diesem Augenblick mit Nachdruck den von der Bundesregierung und der österreichischen Gesetzgebung vertretenen Standpunkt erneut bekräftigen, nämlich daß Österreich keinerlei Absicht hat, eine wie immer geartete militärische Allianz einzugehen“¹⁸⁸. Daraus schließt Kreisky: „Die österreichische Neutralität ist also gänzlich freiwillig, und nur wir allein können deren Bedeutung festlegen.“¹⁸⁹ Eine militärische Allianz würde einer Neutralität Österreichs widersprechen, da Neutralität, wie zu Beginn des Kapitels erläutert wurde, als Nicht-einmischung in kriegerischen Auseinandersetzungen zu verstehen ist. In einem militärischen Bündnis ist man im Kriegsfall gezwungen, seinem Partner zur Seite zu stehen und gegen ei-

¹⁸⁴ Bruno Kreisky, Reden, Bd. 1 (Wien 1981), Neutralität und Neutralismus, 389, Hervorhebungen im Original.

¹⁸⁵ vgl. Staatsvertrag, betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreichs, BGBl. Nr. 152/1955, online unter

<https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1955_152_0/1955_152_0.pdf> (20.6.2018).

¹⁸⁶ 211. Bundesverfassungsgesetz vom 26. Oktober 1955 über die Neutralität Österreichs, BGBl. Nr. 211/1955.

¹⁸⁷ ebd.

¹⁸⁸ Kreisky, Reden, Neutralität und Neutralismus, 389.

¹⁸⁹ ebd., 389.

nen anderen Staat zu kämpfen. Tatsächlich kann Österreich die Neutralität selbständig interpretieren, da es keinen Vertrag darstellt, sondern ein Bundesgesetz ist, das nicht durch bilaterale oder internationale Verträge oder Ähnliches festgelegt wurde. Das Herausstreichen des Wunsches des österreichischen Volkes „in Frieden und Eintracht mit allen Staaten zu leben“ steht also im Prinzip ganz im Einklang mit der Neutralität und ist in diesem Sinne nichts Außergewöhnliches.

Kreisky zählt am Schluss seiner Rede die Aufgaben der Neutralität Österreichs auf, wie Verpflichtungen in internationalen Verträgen zu erfüllen, mit den Nachbarstaaten eine friedliche Beziehung zu führen sowie deren Aufrechterhaltung zu sichern und eine militärische Einsatzbereitschaft zu gewährleisten, die das Land und seine Neutralität verteidigen kann.¹⁹⁰ Abschließend sagt er, dass „Österreich der Auffassung [ist], daß es seine Aufgabe ist, nach besten Möglichkeiten dazu beizutragen, internationale Spannungen zu mildern, an der wirtschaftlichen Integration teilzunehmen und die internationale Zusammenarbeit zu fördern.“¹⁹¹ Die Bemühung, „Spannungen zu mildern“, kann als Konsequenz der Verpflichtung, ein militärisches Bündnis nicht einzugehen, verstanden werden. Wenn man weder für die eine noch für die andere Seite Partei ergreifen soll, besteht der beste Beitrag darin, zu versuchen beide Parteien zu versöhnen. Eine andere Rede schließt Kreisky mit den Worten: „Ich habe mich bemüht, meine Bemerkungen möglichst unparteiisch zu formulieren, und ich hoffe, klar genug aufgezeigt zu haben, daß die Weigerung, in den großen ideologischen Streit einbezogen zu werden, der Demokratie und Kommunismus gegenüberstellt, ein Wesenszug des Neutralismus ist.“¹⁹² Tatsächlich würde die Neutralität Kreisky es doch erlauben, eine ideologische Seite zu beziehen. Dennoch verzichtet er darauf, vielleicht auch, um seine Stellung als Vermittler hochzuhalten.

Genau das, was Kreisky in diesen Reden sagt, versuchen österreichische Politiker im Zuge der Kubakrise umzusetzen: Spannungen mildern und nicht am Streit teilnehmen, sowie alles zu tun, um eine nukleare Katastrophe zu verhindern.

„Eine Tatsache allein genügt, um zu beweisen, daß die Neutralität, das heißt die Weigerung, an einem Militärbündnis teilzunehmen, nicht ein von den Ereignissen überholter Grundsatz ist.“¹⁹³ Der Beweis, den er hierfür anführt, ist die Tatsache, dass von 108 Mitgliedstaaten der

¹⁹⁰ vgl. *Kreisky*, Reden, Neutralität und Neutralismus, 389-390.

¹⁹¹ ebd., 390.

¹⁹² ebd., 388.

¹⁹³ ebd., 386.

Vereinten Nationen 45 Staaten einem politischen oder militärischen Bündnis angehören.¹⁹⁴ Wie Kreisky aber später in seiner Rede noch ausführlicher betont, versteht er unter Neutralität nicht nur die Bündnisfreiheit. Diese Aussage aber, die sich relativ weit am Anfang in der Rede findet, suggeriert den Eindruck, dass Neutralität nur Bündnisfreiheit meint. Dennoch kann man sagen, dass Kreisky sich der weiteren Bedeutung des Begriffs sehr wohl bewusst ist und dies auch gegen Ende seiner Rede weiter ausführt, wenn er die Aufgaben des neutralen Österreich aufzählt.¹⁹⁵ Die Interpretation der Neutralität als Aufgabe „internationale Spannungen zu mildern“¹⁹⁶ kann als Grundlage für diverse mahnende Worte und Aktionen österreichischer Politiker gesehen werden, die im Rahmen der Neutralität stattfinden.

5.1. Rechtlicher Status der Neutralität

Die Frage der rechtlichen Umsetzung und Verankerung der österreichischen Neutralität wurden durch die österreichischen Politiker rund um Figl, Kreisky und dem Völkerrechtsexperten Verosta geklärt. Molotow hatte schon in Berlin vorgeschlagen, es nicht im Staatsvertrag zu verankern. Figl, Kreisky, Verosta und andere hohe Beamte des Außenamtes einigten sich darauf, dass „es eine einseitige Erklärung unsererseits sein sollte“ die „von den anderen Mächten respektiert wird“¹⁹⁷.

Anfang April wurde dann festgestellt, dass als rechtliche Form entweder ein Beschluss des Parlaments oder ein Bundesgesetz in Frage kämen. Außenminister Figl beharrte darauf, dass das Parlament die Erklärung absegnen solle. Somit käme die Erklärung direkt vom österreichischen Volk aus.¹⁹⁸ Die Sowjetunion wollte die Neutralitätserklärung ursprünglich gleichzeitig mit der Unterzeichnung des Staatsvertrages durchsetzen. Die Österreicher pochten aber erfolgreich auf ein „unmittelbar danach“¹⁹⁹. Die Neutralitätserklärung, die dem Parlament vorgelegt wurde, sollte aber erst zu jenem Zeitpunkt in Kraft treten, in dem Österreich wirklich frei ist und der letzte fremde Soldat das Land verlassen hat.²⁰⁰

Dies wurde dann auch noch einmal nach Frankreich kommuniziert, als Bundespräsident Schörf die Absicht bekräftigte, ein Verfassungsgesetz zur Neutralität Österreichs zu beschließen.²⁰¹ Die österreichische Bundesregierung sollte nach der Ratifikation des Staatsvertrages

¹⁹⁴ vgl. Kreisky, Reden, Neutralität und Neutralismus, 386.

¹⁹⁵ vgl. ebd., 389-390.

¹⁹⁶ ebd., 390.

¹⁹⁷ Zit. nach Stourzh, Einheit und Freiheit, 550.

¹⁹⁸ vgl. Stourzh, Einheit und Freiheit, 550.

¹⁹⁹ Moskauer Memorandum, in Einheit und Freiheit, 667.

²⁰⁰ vgl. Stourzh, Einheit und Freiheit, 551-552.

²⁰¹ vgl. ebd., 551-552.

dem österreichischen Parlament eine Deklaration vorlegen und alles unternehmen, dass diese Deklaration auch international anerkannt wird. Die österreichische Regierungsdelegation um Raab, Schärff, Figl und Kreisky verpflichtete sich dazu, „keinen militärischen Bündnissen beizutreten und militärische Stützpunkte auf seinem Gebiet nicht zuzulassen“²⁰² und gleichzeitig eine „Deklaration in einer Form ab[zu]geben, die Österreich international dazu verpflichtet, immerwährend eine Neutralität der Art zu üben, wie sie von der Schweiz gehandhabt wird.“²⁰³ Tatsächlich sollte das Bundesverfassungsgesetz über die Neutralität Österreichs am Tag, nachdem der letzte Besatzungssoldat Österreich verlassen hatte und somit die Freiheit Österreichs wiederhergestellt worden war, verabschiedet werden, also am 26. Oktober 1955.²⁰⁴

5.2. Neutralität – freiwillig oder Zwang?

Anders als es die offizielle Leseart der österreichischen Regierung tut, erzählt der österreichische Diplomat Herbert Grubmayer seine Überlegungen zum Zustandekommen der Neutralität Österreichs. Er meint, es sei ein gewisses Eingeständnis dem Druck aus Moskau gegenüber. Er berichtet als Zeitzeuge von seinem Einsatz als 26-Jähriger in Moskau, als zweithöchster Mann nach dem Botschafter.²⁰⁵ Dabei spricht er von seinem Eindruck, das Ziel der österreichischen Gespräche in Moskau war, die Sowjetunion „aus dem Land zu bekommen“²⁰⁶, da man befürchtete, eine Krise im Ostblock könnte die Sowjetunion dazu bringen, Österreich hinter den Eisernen Vorhang zu ziehen. Grubmayers Einschätzung der österreichischen Politiker war, dass genau diese Befürchtung die Politiker dazu antrieb, eine Neutralität Österreichs anzunehmen, falls das eine Bedingung für den Staatsvertrag und die daraus resultierende Freiheit darstellen sollte. Seiner Meinung nach war die Mehrheit der österreichischen Politiker damals für einen NATO-Beitritt als Zeichen der Annäherung an den Westen, was aber angesichts des Kalten Krieges ein irrationaler und irrealer Wunsch war.²⁰⁷

Stourzh berichtet von einem informellen Treffen im Herbst 1952 zwischen einem österreichischen und sowjetischen Berater der jeweiligen Botschaft in Washington. Der sowjetische Diplomat habe klar gemacht, dass die Sowjetunion bereit wäre, die Verhandlungen zum Staatsvertrag abzuschließen und seine Besatzungstruppen abzuziehen, wenn die anderen drei Mäch-

²⁰² Stourzh, *Einheit und Freiheit*, 667.

²⁰³ ebd., 667.

²⁰⁴ vgl. ebd., 549.

²⁰⁵ vgl. Herbert Grubmayer, *Heißer Frieden – Kalter Krieg? Als österreichischer Diplomat zwischen Ost und West*. In: Stefan Karner, Erich Reiter, Gerald Schöpfer (Hg.), *Kalter Krieg. Beiträge zur Ost-West-Konfrontation 1945 bis 1990* (Graz 2002) 161-176.

²⁰⁶ Grubmayer, *Heißer Frieden – Kalter Krieg?*, 166.

²⁰⁷ vgl. ebd., 166.

te dasselbe täten und danach keine Macht in Österreich Einfluss ausübte oder Schutz bieten würde. Zwei Wochen später legte er noch nach und meinte, eine Deklaration zu einer Neutralität wie die der Schweiz würde alle Probleme lösen.²⁰⁸

Grubmayer stellt die offizielle Erklärung für die Neutralität in Frage: „Die österreichische Neutralität war (und ist?) nach der offiziellen Lesart eine frei gewählte, die nicht von außen oktroyiert wurde.“²⁰⁹ Tatsächlich konnte er in den Verhandlungen, die dem Staatsvertrag vorausgegangen sind, erkennen, dass die Sowjetunion diese Garantie für die „Unverletzlichkeit und Unversehrtheit des österreichischen Staatsgebietes“²¹⁰ verlangte, beziehungsweise war die Sowjetunion bereit, an dieser Garantie durch die Vier Großmächte teilzunehmen, was im Zusammenhang mit der Neutralität gesehen wurde. Österreich verlautbarte in dem Moskauer Memorandum, dass es „eine Garantie der Unversehrtheit und Unverletzlichkeit des österreichischen Staatsgebietes durch die vier Großmächte begrüßen“²¹¹ werde. Als Gegenleistung wird in diesem Memorandum festgehalten, dass die Sowjetunion den „österreichischen Staatsvertrag unverzüglich [...] unterzeichnen“ werde und damit einverstanden ist, dass die vier Besatzungsmächte nach dem „Inkrafttreten des Staatsvertrages, nicht später als am 31. Dezember 1955, aus Österreich abgezogen werden.“²¹² Kreisky wusste von Informationen des österreichischen Botschafters in Moskau, Norbert Bischoff, „that *neutrality* was the magical word for the final breakthrough“.²¹³ Trotz dieser Umstände machte Kreisky in den Reden genau darauf aufmerksam, dass die Neutralität Österreichs gänzlich freiwillig sei.

Grubmayer nennt die Neutralität sogar einen „Katalysator oder notwendiges Übel, mit dem man den Abzug [der Besatzungsmächte] erkaufte“ und „der [uns] helfen sollte, uns die Freiheit zu bringen.“²¹⁴ Somit widerspricht er den Darstellungen Kreiskys und meint, Österreich habe es zwar selbst vorgeschlagen, aber unter Zwang. Inwiefern aber dann die Neutralität nicht als Zugeständnis zu den Verhandlungen im Vorfeld des Staatsvertrages vereinbart wurde oder wirklich, wie Kreisky meinte, der Vorschlag von den Österreichern kam, bleibt interessant. Die Darstellungen von Grubmayer allerdings scheinen sehr plausibel und auch fundiert zu sein. Bei Kreiskys Darstellungen scheint eine Wunschvorstellung mitzuschwingen; er hat seine Ausführungen nicht begründet, was allerdings im Zuge einer Rede auch nicht verwunderlich scheint.

²⁰⁸ vgl. Stourzh, *The Austrian State Treaty*, 213.

²⁰⁹ Grubmayer, *Heißer Frieden – Kalter Krieg?*, 167.

²¹⁰ Moskauer Memorandum, in *Einheit und Freiheit*, 668.

²¹¹ Stourzh, *Einheit und Freiheit*, 667.

²¹² ebd., 668.

²¹³ Stourzh, *The Austrian State Treaty*, 220.

²¹⁴ Grubmayer, *Heißer Frieden – Kalter Krieg?*, 171.

Pfeifer drückt es sogar noch drastischer aus, als er Folgendes meint: Österreich, das als Staat weder im Ersten noch im Zweiten Weltkrieg existiert hat, hätte durch einen Abzug der Besatzungstruppen jederzeit seine Souveränität wiederherstellen können. Die Nichtigkeitserklärung des Anschlusses und die Unabhängigkeitserklärung von Österreich am 27. April 1945 hätten rein rechtlich dazu ausgereicht. Dadurch wäre der Zustand vor 1938 wieder erreicht, als Österreich als freier Staat existierte. Einzig und allein die Besatzungstruppen waren ein Hindernis für die erneute Souveränität, Unabhängigkeit und Freiheit. Erst bei der Berliner Außenministerkonferenz im Jänner 1954 wurde Österreich als gleichwertiger Verhandlungspartner gesehen und Figl gab zu verstehen, Österreich sei bereit, auf militärische Bündnisse mit anderen Ländern zu verzichten und auch keine militärischen Stützpunkte anderer Länder auf österreichischem Territorium zu dulden. Nach dieser Erklärung flog im April 1955 eine österreichische Regierungsdelegation nach Moskau und verabschiedete dort das Moskauer Memorandum. Die Erklärung Figls hatte das Einlenken Moskaus beschleunigt, denn im Mai wurde dem Staatsvertrag mit der vereinbarten Neutralitätserklärung von allen vier Besatzungstruppen zugestimmt.²¹⁵

Wie wichtig für die Sowjetunion das nicht bindende Moskauer Memorandum war, zeigen die Diskussionen rund um einen möglichen EU-Beitritt Österreichs: Während der Diskussionen der Komptabilität der österreichischen Neutralität und einem EU-Beitritt Ende der 80er Jahre meinte man von sowjetischer Seite zu Grubmayer: „Wir haben Ihnen zwar im Jahre 1955 erlaubt (sic!) [Betonung des Verfassers], die Neutralität freiwillig anzunehmen, man hat davon abgesehen, die Neutralität in den Staatsvertrag zu schreiben, aber wir haben hier auf Grund des Moskauer Memorandums ein wichtiges Wort mitzureden [...] politisch ist das alles sehr eng verbunden [...]“²¹⁶ Die auch von Seiten der Sowjetunion gewünschte Lesart der Neutralität war demnach die Freiwilligkeit Österreichs.

Es ist auch auffällig, wie die Politiker das Zustandekommen der Neutralität je nach der gewünschten Leseart der jeweiligen Länder unterschiedlich bewerten: Die Österreicher stellen es als eigene Idee dar, genauso wie die Sowjetunion, während die USA die Sowjetunion beschuldigt, Druck ausgeübt zu haben. George Ball, der Unterstaatssekretär im State Department, entschuldigt Österreich und bemerkt, dass es neutral sein muss, weil es seine Neutralität

²¹⁵ vgl. Helfried Pfeifer, Der österreichische Staatsvertrag. In: Archiv des Völkerrechts 5/3 (1955), 296 – 307, hier 297-299.

²¹⁶ Grubmayer, Heißer Frieden – Kalter Krieg? 169.

im Staatsvertrag verkünden musste.²¹⁷ Der US-Politiker stellt den Zwang zur Neutralität in den Raum, die als Folge des Drucks der Sowjetunion in den Verhandlungen gefordert und so auferlegt wurde. Die Sowjetunion hingegen ist konform zur österreichischen Meinung, die Neutralität freiwillig angenommen zu haben. Allerdings mit dem Beigeschmack, diesen freiwilligen Akt ‚erlaubt‘ zu haben.

6. Österreich als neutraler Boden und Vermittler vor der Kubakrise

Schon vor der Kubakrise hatten österreichische Politiker die Neutralität Österreichs hervorgehoben und versucht, diese auch international anzupreisen und internationale Organisationen in Wien anzusiedeln. Kurz nach der Unterzeichnung des Österreichischen Staatsvertrages kam es zu ersten Bemühungen in dieser Richtung. Man wollte die Neutralität bekräftigen und Österreich nach dem Anschluss 1938 und der Besatzungszeit das Image eines ernstgenommenen Partners in der internationalen Gemeinschaft verschaffen. Gerade in dieser Zeit wollten Politiker und Diplomaten Österreichs Neutralität zwischen den Blockstaaten bekräftigen, indem sie ganz offiziell dieser Neutralität Ausdruck verliehen und Österreich als Standort internationaler Organisationen zu etablieren versuchten.²¹⁸ Schon vor dem Staatsvertrag hatte sich Österreich bemüht, Brückenbauer zwischen Ost und West zu werden. 1954 kam ein entsprechendes Angebot von Leopold Figl: Wenn es zu der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa kommen würde, das sich die Sowjetunion gewünscht hat, wäre Österreich bereit diese abzuhalten. Ein Jahr später wurde Österreich jedoch von Genf ausgebootet, als dort das Treffen der Staats- und Regierungschefs Frankreichs, Großbritanniens, der Sowjetunion und der USA stattfand. Interessanterweise haben sich gerade die USA gegen Österreich ausgesprochen.²¹⁹ In weiteren Bemühungen ging es vor allem um die Ansiedlung der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA in Wien, die 1957 dort ihre Arbeit aufnahm. Nach ersten Sitzungen der IAEA war der Vermittlungsversuch von 1961 ein weiteres wichtiges Ereignis, das Österreichs Neutralität unterstrich. US-Präsident John F. Kennedy und der Regierungschef der Sowjetunion, Nikita Chruschtschow, trafen sich erst zum zweiten Mal zu einem Gipfeltreffen seit dem Ausbruch des Kalten Krieges. Am 3. und 4. Juni 1961 war das neutrale Österreich als Austragungsort des Gipfeltreffens der Mittelpunkt des weltweiten medialen Interesses. Dieses Treffen unterstützte somit Österreichs Bemühungen um Anerken-

²¹⁷ vgl. Oliver Rathkolb, *Washington ruft Wien. US-Großmachtpolitik und Österreich 1953-1963* (Wien/Köln/Weimar 1997), 53.

²¹⁸ Eric Frey, *Konferenzplatz Wien. Vienna as an International Conference Site*. In: Günter Bischof, Fritz Plasser, Anton Pelinka, Alexander Smith (Hg.), *Global Austria. Austria's place in Europe and the world* (Contemporary Austrian Studies 20, New Orleans 2011) 147-160, hier 149.

²¹⁹ vgl. Stefan Karner, *Der Wiener Gipfel 1961. Kennedy – Chruschtschow* (Innsbruck, Wien 2011), 24-26.

nung als neutraler Vermittler zwischen West und Ost.²²⁰ Die Große Koalition konnte durch dieses Gipfeltreffen Prestige gewinnen und der ganzen Welt seine „Politik der Neutralität“²²¹ präsentieren. Man konnte die Bemühungen der letzten Jahre in Taten sehen.

Es war genau dieses Versprechen der immerwährenden Neutralität, dem letztendlich Österreich den Zuschlag für das Gipfeltreffen verdankte. Llewellyn Thompson übergab am 9. März einen Brief Kennedys indem er ein Treffen in Wien oder Stockholm als mögliche Austragungsorte vorschlug. Chruschtschow wählte Wien, da er der Meinung war, die österreichische Regierung bemühe sich besonders um die Neutralität, auch wenn sie die sowjetische Politik nicht so gut verstehen würde wie die Schweden.²²² Warum letztendlich doch Wien den Vorzug bekommen hatte, war Thompson nicht mehr ganz sicher, anfangs hätten nämlich weder Kennedy noch Chruschtschow einen Ort bevorzugt, später sprach man aber nur mehr von Wien und wann genau man Stockholm fallengelassen hat, wusste er selbst auch nicht.²²³ Diese Bevorzugung Österreichs gegenüber Stockholm scheint, wie Chruschtschow bestätigt, tatsächlich die Folge der Bemühungen der österreichischen Politiker um die Neutralität gewesen zu sein.

Eine Konversation zwischen dem damaligen US-Verteidigungsminister Dean Rusk und seinem Nachfolger Clark Clifford im Jahr 1968 zeigt ihre Einschätzung des Gipfeltreffens:

Clifford: I think that President Kennedy's meeting in Vienna with Khrushchev was a calamity.

Rusk: It was.

Clifford: Boy, it was a real zero from President Kennedy's standpoint”²²⁴

Das Gipfeltreffen lieferte nicht die erwartete Entspannung, sondern hat eher im Gegenteil die Situation noch mehr angespannt. Kennedy wollte über Atomteststopps und Abrüstung reden, während Chruschtschow die Berlin-Frage lösen wollte. Letztendlich konnten sie durch die unterschiedlichen Prioritäten keine Lösungen erzielen. Dieses Treffen hat aber auch zum ge-

²²⁰ Karner, Der Wiener Gipfel, 149-150.

²²¹ Kofler, Kennedy und Österreich, 53.

²²² vgl. ebd., 53 und vgl. Martin Kofler, Juni 1961: Das „Wiener Gipfeltreffen“ Chruschtschow – Kennedy. In: Monika Sommer, Michaela Lindinger (Hg.), Die Augen der Welt auf Wien gerichtet. Gipfel 1961 Chruschtschow – Kennedy (Sonderausstellung des Wien Museums „John F. Kennedy“, Wien 2005) 14-33, hier 19-22.

²²³ vgl. Kofler, Wiener Gipfeltreffen, 21.

²²⁴ Record of Meeting, July 29, 1968, In: David C. Humphrey, Charles S. Samson (Hg.), FRUS 1964-1968. Soviet Union, 14 (Washington 2001), Document 282, online unter <<https://history.state.gov/historicaldocuments/frus1964-68v14/d282>> (5.4.2019).

gegenseitigen Kennenlernen gedient, allerdings unterschätzte Kennedy seinen Eindruck auf Chruschtschow: Seiner Meinung nach habe Chruschtschow nun eine Bestätigung erhalten, der US-Präsident sei schwach und unerfahren, was sich in dem Desaster der Schweinebucht gezeigt habe.²²⁵ Chruschtschow würde Kennedy als „politisches Leichtgewicht“²²⁶ einschätzen. Doch Chruschtschow ist mit einem anderen Eindruck geblieben: Kennedy „obviously studied all the questions we were likely to exchange views on, and he had absolutely full command of the material. [...] Here was a counterpart to whom I could relate with enormous respect, even though we held completely different positions and in fact were adversaries. I valued his qualities.“²²⁷ Kennedy war also für ihn ein ernstzunehmendes Gegenüber, der sich gründlich vorbereitete und den Sachen gewachsen zu sein schien.

Chruschtschows frühere Einschätzungen von Kennedy hatte folgendermaßen gelautet: „Nicht lange, bevor sich die Ereignisse in Berlin zuspitzten, war ich mit ihm in Wien zusammengetroffen. Ich hatte den Eindruck, er sei ein besserer Staatsmann als Eisenhower. Im Gegensatz zu Eisenhower hatte Kennedy zu jedem Thema eine präzise formulierte Meinung. Ich sagte scherzend zu ihm, daß er seinen Wahlsieg über diesen verfluchten Nixon nur uns zu verdanken habe. Er fragte, wie ich das meinte, und ich erklärte ihm, wir hätten mit der Freilassung des U-2 Piloten Gary Powers bis nach den amerikanischen Wahlen gewartet und auf diese Weise verhindert, daß Nixon sich rühmen könnte, er wisse mit den Russen umzugehen; durch unsere Taktik seien Nixon mindestens eine halbe Million Wählerstimmen entgangen, die Kennedy den Vorsprung gaben, den er benötigte. Übrigens war ich Kennedy schon zwei Jahre zuvor begegnet, und zwar während meines Besuches in Amerika. Bei einem mir zu Ehren gegebenen Empfang eines Senatsausschusses für Internationale Beziehungen machte mich Lyndon Johnson mit dem jungen Senator bekannt. Kennedy beeindruckte mich. Ich weiß noch, daß sein Gesicht mir gefiel; es hatte mitunter einen strengen Ausdruck, der aber ebenso oft von einem gutmütigen Lächeln abgelöst wurde.“²²⁸ Weiters: „Ich war sehr froh, daß Kennedy die Wahl gewonnen hatte“, weil er Nixon als „prinzipienlose Marionette“ einschätzte, der zunächst McCarthy folgte, sich dann aber opportunistisch von ihm abwandte, als sein „Stern zu sinken begann“.²²⁹ Chruschtschow erkannte in Kennedy einen vernünftigen Mann,

²²⁵ vgl. *Colman*, Cuban Missile Crisis, 26-27 und vgl. *Kofler*, Wiener Gipfeltreffen, 24-27.

²²⁶ *Manfried Rauchensteiner*, Unter Beobachtung. Österreich seit 1918 (Wien/Köln/Weimar 2017), 335.

²²⁷ *Chruščëv*, Chruschtschow erinnert sich, 305.

²²⁸ ebd., 459-460.

²²⁹ ebd., 460.

dem „daran lag, eine friedliche Lösung für internationale Probleme zu finden und einen Konflikt mit der Sowjetunion zu vermeiden“. ²³⁰

Im Gesamteindruck des Treffens zwischen Kennedy und Chruschtschow hat sich die österreichische Regierung sehr wohl um Neutralität bemüht, man wollte die Delegationen beider Länder gleich behandeln und bot ein abwechslungsreiches kulturelles Programm. Die Große Koalition jedenfalls war zufrieden mit dem Treffen und das Ziel, der Welt das neutrale Österreich zu präsentieren, ging auf und man erhoffte sich weitere derartige Treffen. ²³¹ Kreisky bekräftigte dies 1962 gegenüber Gromyko, dass man sich um weitere internationale Konferenzen und internationale Organisationen bemühe, denn das sei „ein wichtiger Bestandteil der außenpolitischen Konzeption Österreichs“. ²³²

Kreisky bezeichnete in einem Rundbrief an alle österreichischen Botschaften dieses Gipfeltreffen als „Erfolg“. ²³³ Auf Grund der Begeisterung für Kennedy und seine Entourage kann man aber diese Einschätzung als nicht objektiv sehen, sondern wieder eher als Wunschvorstellung. Kreisky hat es mit einer gewissen Gutgläubigkeit wahrhaben wollen, dass Kennedy als Sieger hervorging. Dies war aber nicht wirklich so, denn während Chruschtschow auf eine Einigung im Berlin Streit pochte, wollte Kennedy viel mehr einen Atomwaffenteststopp erreichen. Beide Staatsmänner blieben hart und gingen keinen Kompromiss ein und die unterschiedlichen Prioritäten während des Gipfeltreffens resultierten schlussendlich in einem Debakel. Den Misserfolg einer Entspannung kann man auch daran messen, dass im August die Schließung der Grenze zwischen Ost- und West-Berlin und der Bau der Mauer die Folge waren. Kreisky hat also in diesem Punkt nicht Recht behalten. So sah es auch der US-Verteidigungsminister Rusk. ²³⁴ Abgesehen von der Einschätzungsfähigkeit der beiden Staatsmänner Kennedy und Chruschtschow ist dieses Treffen also tatsächlich nicht so erfolgreich gewesen. Die besprochenen Themen wurden nicht gelöst und der Status quo blieb aufrecht.

Obwohl das Treffen als ein Rückschlag deklariert wurde, blieb es dennoch in Erinnerung. Im kollektiven Gedächtnis blieb die Tatsache, dass es stattgefunden hat. Der Nutzen ist nicht mehr so relevant. Ebenfalls im Kopf geblieben sind Bilder, auf denen die Kennedys in den Stephansdom zur Sonntagsmesse gehen. Österreich ist endgültig ein ernstzunehmender inter-

²³⁰ Chruščëv, Chruschtschow erinnert sich, 460.

²³¹ vgl. Kofler, Kennedy und Österreich, 55-57.

²³² ebd., 57.

²³³ Zit. nach Kofler, Kennedy und Österreich, 54.

²³⁴ vgl. ebd., 53-54.

nationaler, neutraler Player auf der Weltbühne geworden. Insofern kann man durchaus sagen, dass es die die Krönung von Bemühungen war, Österreich zu etablieren.

Österreich sieht sich aber auch als das Land, das als eines der wenigen einen Status hat, den sowohl der Westen als auch der Osten gebilligt haben und deswegen habe es „das Recht und auch die Pflicht, seine zum Frieden mahnende Stimme zu erheben“, wie Bundeskanzler Alfons Gorbach in seiner Rede festhielt.²³⁵ Diese mahnende Stimme gründet in der Neutralität und versucht beide Länder anzusprechen. Es wird hier keine Partei genommen, sondern bloß an beide appelliert, Frieden zu bewahren und keine unüberlegten Taten zu setzen. Das ist die Grundeinstellung Gorbachs während der Krise, die „exakte Einhaltung der Verpflichtungen gemäß Staatsvertrag und Neutralitätsgesetz“²³⁶.

Die geographische Lage Österreichs als Bollwerk gegen den Kommunismus darf man nicht aus den Augen verlieren. Dies ist auch maßgebend für das Interesse an guten Beziehungen zwischen Österreich und den USA sowie Österreich und der Sowjetunion. Österreichische Politiker selbst waren auch unterschiedlich stark bemüht, die Beziehungen zu den USA zu verstärken, worauf im folgenden Kapitel mehr eingegangen wird.

Aufgrund einer ausgebliebenen Erklärung, welche Seite Österreich bevorzugt, kann man sagen, dass Österreich während der Krise neutral geblieben ist. Der US-amerikanische Geschäftsträger Porter betonte am Anfang der Kubakrise, die USA haben „volles Vertrauen in die österreichische Interpretation seiner Neutralität“.²³⁷ Kreisky meinte sogar nach dem friedlichen Ende der Krise Folgendes: „Es war richtig, daß sich Österreich von allem Anfang an doch strikte neutral verhalten hat und nicht besonders aktiv geworden ist.“²³⁸ Der proamerikanische Außenminister blieb in der Tat neutral und hat in seinen Reden keine der beiden Mächte bevorzugt. Darüber hinaus haben einige österreichische Politiker Österreich als potentiellen Austragungsort eines erneuten Gipfeltreffens ins Spiel gebracht, was sie als Österreichs Beitrag zum Beenden der Krise sehen.

Österreich, Schweden und Finnland äußerten sich nicht dazu, ob die UdSSR für die Krise verantwortlich sei, durch ihre Haltung gaben österreichische Vertreter bei der UNO aber dennoch ihre Meinung kund. Österreich und andere neutrale Länder gaben der UNO ihre Zu-

²³⁵ Gorbach zu Kuba-Krise: Ruhe bewahren! In: Kurier (25.Oktober 1962), Titelseite.

²³⁶ Kofler, Kennedy und Österreich, 71.

²³⁷ ebd., 74.

²³⁸ ebd., 74.

stimmung, die Situation zu entschärfen²³⁹. So war der österreichische Vertreter bei den Vereinten Nationen Franz Matsch Teil einer Delegation von 43 blockfreien Staaten, die eine Vermittlung von UNO-Generalsekretär U Thant vorbereitete. Nachdem sich dort aber Tendenzen gegen die USA zeigten, zog sich Matsch gemeinsam mit seinen Kollegen aus Schweden und Finnland zurück.²⁴⁰ Ob diese Handlungsweise wirklich als neutral eingestuft werden kann, sei dahingestellt. Denn durch das Fernbleiben wurde ebenso klar Stellung bezogen, dass man nicht gegen die USA stimmen wollte.

1962 zeigte Kreisky seine Bereitschaft, zur Lösung des Konflikts beitragen zu wollen. Der Geschäftsträger der US-Botschaft Dwight Porter schrieb an das State Department, er habe erfahren, dass zwei Angehörige der sowjetischen Botschaft zu Kreisky meinten, Österreich habe eine Mission in der Krise: den Vorschlag einer Vermittlung des neutralen Österreich oder sogar eines Gipfeltreffens. Porter durchschaute Kreiskys innenpolitisches Kalkül angesichts der bevorstehenden Nationalratswahl. Kreisky schlug später einen Raketentausch vor, allerdings ist nicht ganz klar, ob es sein eigener Vorschlag oder der eines amerikanischen Journalisten war. Auch Bundespräsident Schärp bot jede Hilfe Österreichs an und Bundeskanzler Gorbach hob Wien als neutralen Konferenzort hervor. Allerdings kam sehr schnell eine Abschwächung der sowjetischen Anregung für einen solchen Gipfel, da die Diplomaten ohne Anweisungen vom Kreml agiert hatten und womöglich sogar alkoholisiert waren.²⁴¹ Kirchschräger, der damals im Außenministerium arbeitete, bekräftigte diese Auffassung und hielt die USA bezüglich der ausbleibenden sowjetischen Kontaktaufnahme wegen des Gipfeltreffens am Laufenden.²⁴² Obwohl also Kirchschräger und Porter den Anstoß von sowjetischen Diplomaten in Frage stellten, wurde der Vorschlag vorerst weiter verfolgt, da der Vorschlag Kreiskys die Runde machte und auch durch den Bundespräsidenten Schärp die Dienste Österreichs angeboten wurden. Um dieses Missverständnis zu beseitigen, wies Porter Kirchschräger an, zu gegebenem Zeitpunkt das nicht vorhandene US-Interesse an einem weiteren Gipfeltreffen an die Sowjetunion weiterzuleiten. In den Augen Kirchschrägers war Kreiskys Aktion zu früh und ohne Aussicht auf Erfolg.

²³⁹ Wolfgang Strasser, Österreich und die Vereinten Nationen. Eine Bestandsaufnahme von 10 Jahren Mitgliedschaft (Wien 1967), 96f.

²⁴⁰ vgl. Kofler, Kennedy und Österreich, 71.

²⁴¹ vgl. ebd., 72-73.

²⁴² ebd., 72-74.

Die USA und die Sowjetunion haben in der Kubakrise nicht auf Kreisky als Vermittler gesetzt, sondern auf UN-Generalsekretär U Thant und andere Diplomaten. Chruschtschow lobte dieses Vorgehen des US-Präsidenten in seinem Brief vom 27. Oktober 1962.²⁴³

7. Österreich zwischen West und Ost

7.1. USA, Eisenhower und John F. Kennedy

Trotz des Bemühens um eine Vermittlerrolle sowie des Abhaltens eines neutralen Gipfeltreffens war die Orientierung Österreichs doch dem Westen zuzurechnen. Was die militärische Komponente betrifft, war Österreich prinzipiell neutral. Allerdings galt es in politischen Fragen als prowestlich und damit proamerikanisch.²⁴⁴ Auch die USA bemerkten diese Ausrichtung und versuchten, trotz Österreichs Neutralität und der damit einhergehenden Verpflichtungen, diese Orientierung zu unterstützen. In einem National Security Council Report von 1956 wird Folgendes geschrieben: „Austria’s post-Treaty neutrality as defined by law prevents it from entering military alliances or allowing the establishment of foreign military bases on Austrian territory. Austrian political leaders have interpreted this neutrality to mean that Austria is free to cooperate with the West in political, economic and cultural fields and to accept outside assistance in the establishment of its armed forces. The United States has encouraged Austria to adopt and maintain this interpretation of its neutrality to ensure Austria’s Western orientation and minimize the adverse influence on Austria and other nations of Soviet pressures to broaden Austria’s neutrality.”²⁴⁵

Die USA haben verstanden, dass die Neutralität Österreich daran hindert einem militärischen Bündnis beizutreten. Gleichzeitig haben sie das Interesse der österreichischen Politiker gesehen, die sich in politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Fragen sehr wohl am Westen orientieren und sich so vom Kommunismus abheben wollten. In diesem National Security Council Report wurde auch festgehalten, dass die USA Interesse habe, Österreich in diesem Bemühen weiter zu unterstützen und vor jeglichem Einfluss der Sowjetunion zu schützen. Interessant ist auch die Betonung der USA, dass Österreich zwar keine militärischen Stützpunkte anderer Länder auf seinem Terrain tolerieren darf, aber doch Unterstützung bei der Aufrüstung des Heeres in Anspruch nehmen kann. Die Ziele der USA für Österreich wurden

²⁴³ vgl. Message From Chairman Khrushchev to President Kennedy, October 27, 1962.

²⁴⁴ vgl. Rathkolb, Washington ruft Wien, 54.

²⁴⁵ National Security Council Report On U.S. Policy Toward Austria, March 23, 1956. In: Roberta Di Gangi, Lorraine Lees, Aaron Miller, Charles S. Sampson (Hg.), FRUS 1955-1957. Central and Southeastern Europe, 26 (Washington 1992), Document 19, online unter <<https://history.state.gov/historicaldocuments/frus1955-57v26/d19>> (13.4.2019)

in diesem Report folgendermaßen festgesetzt: „Maintenance of an independent and stable Austria, and encouragement of its continued pro-Western orientation and resistance to Communist pressures and subversion.“²⁴⁶ Die USA versuchten also, Österreich mehr an sich zu binden und als Bollwerk gegen den Kommunismus der Sowjetunion zu benutzen. War vorhin die Wortwahl eher neutraler gehalten, ist sie hier schon stärker fokussiert auf den Widerstand gegenüber der Sowjetunion und den festen Willen, jegliche sowjetische Einflussnahme zu verhindern, indem man Österreich in der prowestlichen Ausrichtung unterstützt. Diese Unterstützung wurde von US-Präsidenten Eisenhower und Kennedy unterschiedlich interpretiert und umgesetzt.

US-Präsident Eisenhower versuchte gemäß den Zielen, die in den Foreign Relations of the United States festgesetzt wurden, Österreich trotz seiner Neutralität und dem Staatsvertrag mehr an die USA zu binden und jeglichen Einfluss der Sowjetunion oder einer seiner Satellitenstaaten zu verhindern. So wurden enorme Mengen an Rüstungsgütern bereitgestellt, um sowjetische Waffenlieferungen zu verhindern, sowie Kredite gewährt.²⁴⁷ Die USA haben Österreichs Potential erkannt und die geografische Lage hervorgehoben: „Austria, an integral part of free Europe, is a symbol of resistance to the Soviets. Austria is strategically important because of its position controlling important approaches to Western and Southern Europe, and the Danube gateway to the satellites.“²⁴⁸ Das Interesse an Österreich aufgrund der geographischen Lage kann man mit dem Interesse an Kuba, das als Tor zur Karibik gilt, vergleichen.

Obwohl Eisenhower versuchte, Österreich mehr an die USA zu binden, war er Österreich weniger zugetan als Kennedy. Bilaterale Besuche hatten eher Höflichkeitscharakter und wurden nicht genutzt um Auseinandersetzungen zu klären oder wichtige Entscheidungen zu treffen. Probleme wurden auf diplomatischer Ebene gelöst, nicht direkt durch das Weiße Haus. Die Neutralität Österreichs war für ihn auch strategisch wichtig für die ganze NATO, da er Österreichs Ideologie und Wirtschaft als prowestlich auslegte und somit einen neutralen Staat, der sich keinem sowjetischen Einfluss beugen wird, in der Nähe der Staaten des Warschauer Paktes hatte.²⁴⁹

Sein Nachfolger John F. Kennedy verfolgte eine andere Politik. Schon ein Monat nach seiner Amtseinführung, am 22. Februar 1961, verfassten Llewellyn Thompson, der ehemalige US-

²⁴⁶ National Security Council Report On U.S. Policy Toward Austria.

²⁴⁷ ebd.

²⁴⁸ ebd.

²⁴⁹ vgl. Rathkolb, Washington ruft Wien, 48-49.

Botschafter in der Sowjetunion, und der Redenschreiber von Kennedy, Theodore Sorensen, einen ersten Entwurf des Vorschlages für ein informelles Treffen mit Chruschtschow.²⁵⁰

Österreichs Politiker haben die Neutralität ganz im Sinne der USA interpretiert und die USA ihrerseits machten Anstrengungen um diesen Status quo aufrecht zu erhalten. Österreichs Politiker versicherten auch immer wieder in verschiedenen Reden und Ansprachen, dass sie sich voll auf das Neutralitätsgesetz stützen und es richtig interpretieren werden, um ihre Stimme dann dennoch zu erheben.²⁵¹

7.2. Bundeskanzler Alfons Gorbach

Im Mai 1962 kam es unter John F. Kennedy zu einem ersten Treffen von Repräsentanten der österreichischen Bundesregierung in den USA. Bundeskanzler Alfons Gorbach hatte sich diese Gesprächsrunde gewünscht. Die USA vermuteten dahinter einen geschickten Schachzug, denn Gorbach war seit einem Jahr im Amt und im darauffolgenden Jahr sollten Nationalratswahlen stattfinden. Gorbach wollte offiziell den österreichischen Standpunkt zur europäischen Integration darlegen.²⁵² Die USA jedoch hatten andere Ziele für diese Gespräche im Auge: Österreich davon abzubringen, dem Gemeinsamen Markt beizutreten, dafür bilaterale Abkommen zu schließen und die Beziehungen zur nicht-politischen OECD zu verstärken. Dies würde eine Stärkung der Beziehungen zu den atlantischen Staaten zur Folge haben und der nicht-politische Charakter der OECD würde Österreich vor sowjetischer Einflussnahme schützen.²⁵³ Die USA vermuteten vor allem Kreisky als Initiator und Unterstützer dafür, dass die Neutralen der EWG beitreten, was aber deren politischen Ziele schwächen würde.²⁵⁴ Kennedy sollte die Österreicher davon überzeugen, dem zuzustimmen.

Die Diskussion über den Beitritt zur EWG zeigte auch den Sonderstatus, den Österreich gegenüber den USA einnahm. So äußerte George Ball, der Unterstaatssekretär im State Department, seine Ungeduld gegenüber der Schweiz und Schweden, denen er vorwarf, die Neutralität zu ihrem eigenen Nutzen zu missbrauchen, während er Österreich entschuldigt, das seine Neutralität im Staatsvertrag vereinbart hatte. Nach einer Attacke Kreiskys an Balls Haltung kritisierte dieser die Beitrittswünsche der Neutralen in einer öffentlichen Debatte. Dem österreichischen Botschafter Platzer gegenüber meinte Ball daraufhin, dass es in der Tat schlecht für Österreich sei, wenn es handelspolitisch ausgeschlossen wurde, betonte aber gleichzeitig,

²⁵⁰ vgl. Rathkolb, Washington ruft Wien, 49-50.

²⁵¹ vgl. Kapitel 8.

²⁵² vgl. Rathkolb, Washington ruft Wien, 51.

²⁵³ vgl. ebd., 52.

²⁵⁴ vgl. ebd., 52.

dass Sonderabkommen mit der EWG ebenso möglich und vielleicht sogar die bessere Option seien.²⁵⁵ Dieses Beispiel zeigt die Sonderstellung Österreichs, das durch die Aufrechterhaltung von Kontakten und Gesprächen gestärkt und sogar durch öffentliche Kritik an der US-Politik nicht gemindert wird.²⁵⁶ An diesem Beispiel wird noch einmal die Sicht der USA zum Zustandekommen der Neutralität klar: sie wurde Österreich aufgezwungen.

7.3. Raab und Gorbach

Die konservativen Politiker Raab und Bundeskanzler Dr. Gorbach waren eher nach Moskau offen und nicht auf einer Linie mit Kreisky. Deswegen waren sie auch dem US-Botschafter Matthews nicht so wohlgesonnen wie Kreisky.²⁵⁷ Kreisky meinte sogar, dass Bundespräsident Körner und Raab „zumindest im Unterbewußtsein, gewisse Aversionen gegen die USA [...] hegen.“²⁵⁸

7.4. Kreisky

Kreiskys Begeisterung für Kennedy und seine Regierung manifestierte sich schon früh. Er erklärte im März 1961 W. Tapley Bennet, Jr., dem Counselor der politischen Abteilung der US-Botschaft, die Ideen und Konzepte der neuen Administration beeindruckten ihn. Des Weiteren bekräftigte er seine Loyalität zu den USA, wäre er nicht Außenminister eines neutralen Staates sondern US-Bürger.²⁵⁹ Diesen Enthusiasmus sollte man also im Auge behalten, wenn man über Kreiskys Zustimmung und Einschätzung von Kennedys Erfolg urteilt, sei es bei Wiener Gipfeltreffen oder während der Kubakrise.

Der österreichische Außenminister zeigte auch seinen Eifer als Vermittler in Krisen, indem er die verschiedenen Politiker umgehend informierte. Das war bekannt und einige Politiker haben das für ihren eigenen Vorteil ausgenutzt. Chruschtschow hatte seinen eigenen Standpunkt in Wien noch einmal Kreisky klargemacht und wiederholt. Seine Absicht war, dass Kreisky seine Argumente gegenüber den USA und Willy Brandt erneut vorbrächte. Und tatsächlich tat Kreisky genau das, er traf den US-Botschafter in Wien, überbrachte ihm abermals Chruschtschows Standpunkt, der es dann wiederum nach Washington weiterleitete.²⁶⁰ Es ist nicht zu leugnen, dass eine Nachricht an Gewicht gewinnt, wenn sie von unterschiedlichen Personen oder Seiten mehrmals überbracht wird, was hier offensichtlich auch so beabsichtigt

²⁵⁵ vgl. Rathkolb, Washington ruft Wien, 53.

²⁵⁶ vgl. ebd., 53-54.

²⁵⁷ vgl. Kofler, Kennedy und Österreich, 58.

²⁵⁸ Bruno Kreisky, Im Strom der Politik. Der Memoiren zweiter Teil (Wien 1988), 76.

²⁵⁹ vgl. Kofler, Kennedy und Österreich, 54.

²⁶⁰ vgl. Kofler, Wiener Gipfeltreffen, 27.

war. Chruschtschow wollte Kreisky als Nachrichtenübermittler benutzen, weil er sicher war, Kreisky würde wirklich alles weiterleiten und letztendlich würde es dort landen, wo er es beabsichtigt: bei Kennedy und Brandt. Durch diese Betonung der sowjetischen Forderung hoffte er seine eigenen Standpunkte wiederum mit aller Bestimmtheit klarzumachen.

Chruschtschow benutzte Kreisky aber auch aktiv als Nachrichtenübermittler. Er wollte über Kreisky Willy Brandt ein Memorandum zu Berlin übergeben, das die schon bekannten Positionen der Sowjetunion zur Berlin-Frage wiederholte. Gromyko überbrachte Kreisky das Dokument und dieser gab es wirklich weiter, obwohl er im Zwiespalt war: Einerseits wollte er kein offizieller Vermittler sein, andererseits wollte er aber auch nicht untätig bleiben. Er wollte keine Missachtung dieses Memorandums und sich mit Vorwürfen der Passivität konfrontiert sehen oder sie sich selber machen müssen.²⁶¹ Das machte Kreisky auch dem US-Botschafter Matthews kurz danach klar: „he could not merely sit on [the] memorandum“²⁶². Das österreichische Außenministerium erließ daraufhin einen Runderlass, um deutlich zu machen, dass es keinen Vermittlungsversuch von Seiten Kreisky gäbe. Durch diese Fehlinformation wollte Kreisky eine Geheimhaltung seines Vermittlungsversuches garantieren. Die USA hingegen wollten Kreisky nicht als offiziellen Vermittler, und wenn, dann nur für ihre Zwecke. Schon gar nicht wollten sie Kreisky als Nachrichtenübermittler zwischen den USA und der Sowjetunion benutzen, denn das würde Schwäche zeigen. Allenfalls solle Kreisky dem sowjetischen Botschafter das Festhalten des Westens an ihren Forderungen in der Berlin-Frage vermitteln.²⁶³

Kreisky wurde aber auch, vor allem seiner eigenen Einschätzung nach, durch seinen Freund Brandt in einem Vermittlungsversuch öffentlich brüskiert. Kreisky hat in einem Zeitungsartikel ein Sonderstatut für Berlin vorgeschlagen, was die Sowjetunion als Vorschlag Brandts aufgefasst hatte. Deswegen versuchten sie über Kreisky mit Willy Brandt zu kommunizieren und ein Treffen zu vereinbaren. Doch Kreisky beging einen Fehler, er wartete weder auf Brandts Bestätigung noch auf die Zustimmung des österreichischen Außenministers Leopold Figl.²⁶⁴ In seinem Eifer informierte Kreisky Chruschtschow bevor Brandt zugestimmt hatte. Letztendlich hat Willy Brandt diesem Treffen nicht zugestimmt. Kreisky beschrieb die Absa-

²⁶¹ vgl. Kofler, Kennedy und Österreich, 60-61.

²⁶² Zit. nach Kofler, Kennedy und Österreich, 61.

²⁶³ vgl. ebd., 61.

²⁶⁴ vgl. Elisabeth Röhrlich, *A Century in a Lifetime. Biographical Approaches to Bruno Kreisky (1911-1990)*. In: Günter Bischof, Fritz Plasser, Eva Maltchnig (Hg.), *(Austrian Lives. Contemporary Austrian Studies 21, New Orleans/Innsbruck 2012) 147-163, hier 155.*

ge Brandts als „krasse Brüskierung“²⁶⁵ und meinte, er habe noch nie etwas Unangenehmeres in seiner Politiklaufbahn erlebt.²⁶⁶ Diese persönliche Einschätzung muss aber auch objektiver beurteilt werden: Kreisky hat eher zu rasch gehandelt und nicht auf die Antwort Brandts gewartet, sondern gleich Chruschtschow zugesagt. Hier sieht man seinen Eifer und auch Naivität, denn er wollte auf jeden Fall zum Dialog zwischen Ost und West beitragen, sicherlich auch mit dem Gedanken, die österreichische Neutralität zu festigen.²⁶⁷

Kreisky selbst spricht den Unterschied zwischen Bundespräsident Körner, Bundeskanzler Raab und ihm selbst an was die Vorstellungen von den USA anbelangt. So haben der Bundespräsident und der Kanzler „zumindest im Unterbewußtsein gewisse Aversionen gegen die USA“²⁶⁸. Kreisky selbst bemühte sich „zu einem anderen Amerikabild zu kommen“²⁶⁹. Zu diesem kam er durch amerikanische Autoren, die ihr eigenes Land zum Teil heftig kritisierten. Diese gesellschaftskritische Literatur hatte teilweise auch sozialistische Züge, was ihn besonders beeindruckte. Der Eifer, zu einem anderen Amerikabild zu kommen, resultierte in einer regelrechten Faszination von den USA, was er ja letztlich auch signalisiert hat bei dem Gipfeltreffen in Wien und in seinen teilweise falschen Einschätzungen.²⁷⁰ Er hatte regelmäßigen Kontakt mit US-amerikanischen Politikern, Diplomaten und Journalisten, für Lippmann hatte er eine große Bewunderung²⁷¹, und sogar für Studenten hegte er Begeisterung und traf sich mit verschiedenen Studentengruppen.²⁷²

Kreisky selbst sagt, er habe mit den US-amerikanischen Medien, besonders der New York Times, ein „herzliches“ Verhältnis gehabt, weil er die europäische und besonders die sowjetische Politik gut kannte.²⁷³ Dies war sicherlich ein Vorteil und hat auch zu dem regen Interesse an seiner Person beigetragen. Da Kreisky auch gute Kontakte zu anderen wichtigen sozialistischen Politikern in Europa hatte, wurde er zu einer interessanten Person für Kennedy, vor allem war er an der europäischen Einschätzung der USA interessiert. Die Meinungen der österreichischen Politiker über die Politik der Sowjetunion waren dem US-Präsidenten wichtig. Dabei bekräftigte Kreisky die Begeisterung unter den jungen Menschen für den neuen US-Präsidenten. Kreisky bestärkte zudem Kennedy darin, mit der Sowjetunion in einem ständigen

²⁶⁵ Zit. nach Kofler, Kennedy und Österreich, 60.

²⁶⁶ vgl. Kofler, Kennedy und Österreich, 60 und Röhrlich, A Century in a Lifetime, 155.

²⁶⁷ vgl. Röhrlich, A Century in a Lifetime, 155.

²⁶⁸ Kreisky, Im Strom der Politik, 76.

²⁶⁹ ebd., 76.

²⁷⁰ vgl. Röhrlich, A Century in a Lifetime, 157.

²⁷¹ vgl. Porter an Secretary of State, 26.10.1962, in: National Security Archive (Ed.), The Cuban Missile Crisis, 1962, Microfiche Collection 1990, 01458, zit. nach Kofler, Kennedy und Österreich, 74.

²⁷² vgl. Röhrlich, A Century in a Lifetime, 157 und Kreisky, Im Strom der Politik, 69-71.

²⁷³ Kreisky, Im Strom der Politik, 75.

Dialog zu bleiben.²⁷⁴ Sein Ansehen bei Kennedy war so gut, dass dieser ihn sogar nach der Kubakrise in die USA einlud zu einem persönlichen Gespräch. In diesem sollte Kreisky seine Ansichten zu weltpolitischen Fragen äußern.²⁷⁵

Kreisky selbst weist in seinen Memoiren darauf hin, dass seine Vermittlung und das Gipfeltreffen von 1961 wesentlich zur Beilegung des Konfliktes beigetragen haben. In einem Rund-erlass an die österreichischen Botschaften schrieb Kreisky den Erfolg dieses Gipfeltreffens Kennedy zu, der Chruschtschow „entschieden beeindruckt“ habe.²⁷⁶ So revidiert er die Meinung von vielen damaligen Beobachtern, dass dieses Treffen in Wien ohne Erfolg geblieben sei. Er macht darauf aufmerksam, dass es dazu beigetragen hat, dass sowohl Kennedy als auch Chruschtschow klargestellt haben, dass sie „bis zum Äußersten“ gehen würden: „Die scheinbar sinnlose Begegnung in Wien hatte beide davon überzeugt, daß der jeweils andere bis zum Äußersten entschlossen war, und diese Erkenntnis hat dazu geführt, daß letztlich das Ärgste verhindert wurde.“²⁷⁷ Tatsächlich war, wie schon in Kapitel 6 gezeigt, diese Erkenntnis durchaus ein wichtiger Beitrag dafür, dass die Situation nicht eskaliert ist. Entgegen Kreiskys Begeisterung für Kennedy versuchte die österreichische Regierung beide Delegationen während des Treffens gleich zu behandeln, wenngleich die österreichische Bevölkerung die amerikanischen Politiker mehr bejubelten als Chruschtschow. Dies dürfte wohl auch am historischen Gedächtnis der Bevölkerung liegen.²⁷⁸

Bruno Kreisky war mit seinem Vorschlag zur Beendigung der Krise auch Thema der ExComm. Wie schon in Kapitel 3 erwähnt, kam der Vorschlag des Tausches gegen die Jupiter-Raketen in der Türkei von Lippmann und von Kreisky. Darauf weist er auch in seinen Memoiren hin.²⁷⁹ Sonderbotschafter Llewellyn Thompson, mit reichlicher diplomatischer Erfahrung mit der Sowjetunion, warf öfter die Frage auf, wie man mit dem Vorschlag von Kreisky umgehen solle. So sagte er dreimal in verschiedenen Momenten, Chruschtschow könne meinen, der Vorschlag stamme von den USA selbst.²⁸⁰ Als Thompson das erste Mal seine Vermutung äußerte, wirft ein nicht identifizierbarer Teilnehmer ein, dass vielleicht sogar die Sowjetunion selbst die Drahtzieher hinter dem Vorschlag sein könnten.²⁸¹ In einem anderen Moment widersprach der US-Präsident Thompson, indem er meint, die Sowjetunion

²⁷⁴ vgl. Rathkolb, Washington ruft Wien, 56-57.

²⁷⁵ vgl. ebd., 55.

²⁷⁶ Kofler, Kennedy und Österreich, 54.

²⁷⁷ Kreisky, Im Strom der Politik, 122.

²⁷⁸ vgl. Kofler, Kennedy und Österreich, 55.

²⁷⁹ vgl. Kreisky, Im Strom der Politik., 122.

²⁸⁰ vgl. May, Zelikow, The Kennedy Tapes, 502, 513, 593. und vgl. Bundy, Blight, October 27, 1962. Transcripts of the Meetings of the ExComm, 41, 81, 83.

²⁸¹ vgl. May, Zelikow, The Kennedy Tapes, 502.

hätte das nicht öffentlich gemacht, wenn sie die USA dahinter vermuten würden.²⁸² Ob und wie Kreisky tatsächlich diesen Tausch vorgeschlagen hat, darüber sind sich Historiker nicht sicher, sondern verweisen auf seine Memoiren.²⁸³

Der Vermittlungsversuch von Kreisky in der Krise wurde wieder deutlich, als er am 26. Oktober dem sowjetischen Botschafter vorschlug, ein Gipfeltreffen in Wien abzuhalten, so ähnlich wie ein Jahr davor. Die CIA ihrerseits leitete diesen Vorschlag an den Nationalen Sicherheitsrat weiter.²⁸⁴ Kreisky sah eine Möglichkeit zur Vermittlung und einer Lösung in einer neuerlichen Begegnung der beiden Staatsmänner. Er informierte Porter und meinte, dass zwei Angehörige der sowjetischen Botschaft den Wunsch nach einem Gipfeltreffen in Wien äußerten, beziehungsweise suggerierten, dass doch Kreisky diesen Vorschlag machen solle. Porter leitete diese Mitteilung weiter nach Washington, nicht ohne eine eigene Interpretation anzuschließen: Er meinte Kreisky durchschaut zu haben, der nicht zu sehr zu einem Gipfeltreffen zu drängen schien es aber doch befürwortete, einerseits für Österreich aber auch für sein eigenes Image in Bezug auf die nächsten Nationalratswahlen.²⁸⁵ Der Vorschlag war eben nicht direkt von Österreich ausgegangen, aber Österreich wusste die Gunst der Stunde zu nutzen.²⁸⁶ Robert Kennedy berichtete, dass der Präsident Dienstagabend, den 23. Oktober, auch ein sofortiges Gipfeltreffen in Erwägung gezogen hat. Diese Idee verwarf er allerdings mit dem Verweis darauf, dass die USA zunächst reagieren und durch ihre Reaktion ihre Stärke gegenüber der Sowjetunion zeigen sollten.²⁸⁷

Trotz des Ansehens Kreiskys als Brückenbauer und seinen Bemühungen in dieser Krise Ruhe zu bewahren und neutral zu sein, waren seine Initiativen in der Kubakrise nicht ausschlaggebend für die friedliche Lösung, wie er das selbst schildert. In der ExComm wurde der Jupiter-Deal zwar diskutiert, der dann letztendlich umgesetzt wurde, Lippmann wird aber als Urheber gesehen. Kreiskys Anteil in dieser Causa ist zu Recht umstritten und war anders als er es selbst in seinen Memoiren schreibt. Ebenso wenig ist es zu einem weiteren Gipfeltreffen gekommen.

Obwohl Österreichs Politiker in der Kubakrise nichts bewegt haben, haben sie doch Österreichs Neutralität gut und richtig interpretiert und dementsprechend Aktionen gesetzt. Untätigkeit kann man ihnen nicht vorwerfen. Es war sicherlich wichtig für Österreich, in einer

²⁸² vgl. May, *Zelikow*, The Kennedy Tapes., 513.

²⁸³ vgl. Manfred *Rauchensteiner*, Unter Beobachtung, 414-415.

²⁸⁴ vgl. *Rathkolb*, Washington ruft Wien, 55.

²⁸⁵ vgl. *Kofler*, Wiener Gipfeltreffen, 71-72.

²⁸⁶ vgl. Manfred *Rauchensteiner*, Unter Beobachtung, 335.

²⁸⁷ vgl. *Kennedy*, Dreizehn Tage, 56.

Weltkrise mitzusprechen und auch die Bevölkerung zu mobilisieren. Für zukünftige Krisen und Konflikte war dies sicherlich ein bedeutungsvolles Vortasten in internationale Verhandlungen. Kreiskys Einsatz und Bemühen als Außenminister eines kleinen, scheinbar unbedeutenden Staates soll nicht unterschätzt werden. Sein Weitblick und Engagement für den Weltfrieden soll ihn später noch als Mittler zu weiteren Konflikten führen, zum Beispiel zum Nahostkonflikt. Dies kam nicht nur seiner Person zu Gute, sondern hat auch das Prestige Österreichs gehoben.

8. Zeitungen

Die Darstellung der Artikel erfolgt chronologisch nach Tagen. Die Zeitungen lagen in der Österreichischen Nationalbibliothek auf. Einige Exemplare waren in gedruckter und gebundener Form vorhanden, andere als Mikrofilm mit der Möglichkeit einzelne Seiten auszudrucken. Leider ist die Qualität der Zeitungen teilweise nicht gut und die Artikel sind nicht gut leserlich. Das Studium dieser Quellen erfolgte in den Lesesälen der Nationalbibliothek.

Die Tageszeitung „Die Presse“ wäre auch in der Auswahl der zu analysierenden Zeitungen gewesen, aber gerade für den Zeitraum der Kubakrise gibt es in der Nationalbibliothek keine Exemplare, womit sie ausgeschieden wurde. Online gibt es diese Zeitspanne auch nicht.

Anhand von Zeitungsartikeln wird die Wahrnehmung der Kubakrise in den österreichischen Medien aufgezeigt und besonderes Augenmerk auf österreichische Politiker gelegt, die in Reden zu den aktuellen Ereignissen Bezug genommen haben. Der Zeitpunkt der Kubakrise fällt mit dem österreichischen Nationalfeiertag am 26. Oktober zusammen. Zahlreiche Politiker nahmen das zum Anlass, noch dringlicher über die Neutralität, den Frieden und die Rolle Österreichs in der Krise zu sprechen.

Von der Kubakrise wurde mit verschiedenen Schwerpunkten und unterschiedlich langen Artikeln berichtet. Während einige Zeitungen, darunter die „Salzburger Nachrichten“ und „Neues Österreich“ ganze Reden druckten, fassten andere Zeitungen, wie das „Volksblatt“, die wichtigsten Aussagen zusammen. Waren manchen Zeitungen die Reden einzelner Politiker die Titelseite wert, (beispielsweise in der Zeitung Neues Österreich) erschienen sie bei einigen in einer kleinen Randnotiz auf einer der nächsten Seiten. Manche Nachrichten, die die Kubakrise betrafen, befanden sich in einer Ausgabe auf der Titelseite, und auf Seite 2 oder 3 wurde in einem kurzen Statement berichtet, mit wem Kreisky gesprochen hat. Dadurch, dass teilweise ganze Inhalte der Artikel in den verschiedenen Zeitungen gleich waren, da sie auf Reden der Politiker beruhen, ist manchmal ein Vergleich schwierig. Die Autoren gaben ohne viel Kom-

mentare das Gesagte wieder. Bei den Titeln sieht man dann aber doch, dass es Unterschiede gibt. Der Kurier bevorzugte eher reißerische Titel, wie „Neutrale fordern: Sofort an den Verhandlungstisch“²⁸⁸. Doch auch die Arbeiterzeitung unterstrich die Aufforderung: „Neutrale fordern: Die Waffen nieder!“²⁸⁹. Die Salzburger Nachrichten und das Volksblatt waren in ihrer Titelwahl eher informativ als sensationell. Das Neue Österreich konnte auch aufreizendere Titel wählen: „Österreich und der große Konflikt: Strikteste Einhaltung der Neutralität.“²⁹⁰ und „Schwierige Verhandlungen der Weltmächte über Kuba. Dr. Schärf: Österreich bietet seine guten Dienste an.“²⁹¹

Die „Arbeiterzeitung“, die als Zusatztitel „Zentralorgan der Sozialistischen Partei Österreichs“ führt, wurde ihrem Namen gerecht. Sozialistischen Politikern wurde hier ein Sprachrohr geboten und Reden zitiert, in denen SPÖ Politiker ihre Kollegen der ÖVP kritisieren. Des Weiteren versuchte die Arbeiterzeitung auch Kreisky als glaubwürdig darzustellen und streute ihm Lorbeeren, indem sie darauf hinwies, er habe die internationale Entspannung in einer Rede vorhergesagt. Als Zeitung für die Arbeiter ist sie im Gegensatz zu den anderen Zeitungen auch online frei zugänglich.

Die Salzburger Nachrichten scheinen am objektivsten zu sein und brachten vermehrt lange Artikel zur Entwicklung der Kubakrise und als einzige die Rede Kennedys, in der er die Quarantäne ankündigte. Die Objektivität mag zum Teil auch daran liegen, dass manche Artikel nur aus Reden bestehen ohne Kommentar (so zum Beispiel am 25. Oktober Gorbach: Besonnenheit und klare Politik²⁹² und am 26. Oktober Schärf: Ruf nach Frieden²⁹³, hier folgt zunächst eine kurze Einleitung zur Ansprache).

Der „Kurier“ brachte am Donnerstag, 25.10. einen Artikel²⁹⁴, in dem er direkt auf Österreich als Teilnehmer der „Neutralen-Aktion“ im Titel verweist. So brachte diese Zeitung als eine der wenigen die Bemühungen Österreichs auf den Punkt. Nicht nur auf Österreichs Aktionen wurde eingegangen, sondern auch andere Regierungen wurden erwähnt: Frankreich, Großbritannien, Argentinien, Kolumbien, Panama, und andere Mittel- und Lateinamerikanische Staaten, die Türkei, Norwegen und Bonn fanden sich in dem Artikel. Abgesehen vom Kurier

²⁸⁸ Neutrale fordern: Sofort an den Verhandlungstisch. In: Kurier (Morgen 25. Oktober 1962), Seite 2.

²⁸⁹ Neutrale fordern: Die Waffen nieder! In: Arbeiter Zeitung (25. Oktober 1962), Titelseite.

²⁹⁰ Österreich und der große Konflikt: Strikteste Einhaltung der Neutralität. In: Neues Österreich (26. Oktober), Seite 2.

²⁹¹ Schwierige Verhandlungen der Weltmächte über Kuba. Dr. Schärf: Österreich bietet seine guten Dienste an. In: Neues Österreich Nr. 249 (27. Oktober 1962), Titelseite.

²⁹² vgl. Gorbach: Besonnenheit und klare Politik! In: Salzburger Nachrichten, Jg 18, Nr. 246 (25.10.1962) 2.

²⁹³ vgl. Schärf: Ruf nach Frieden. In: Salzburger Nachrichten, Jg. 18, Nr. 248 (26.10.1962) 2.

²⁹⁴ vgl. Österreich als Beobachter bei Neutralen-Aktion. In: Kurier (25. Oktober 1962), 2.

brachten auch die Salzburger Nachrichten die Reaktionen und Maßnahmen anderer Staaten²⁹⁵. Kreiskys Rede in Hallein, von der die Zeitung am 26. Oktober 1962 berichtete, wurde in einem Artikel gebracht der die Leser beruhigen sollte. Kreisky habe eine gute Einschätzung der Weltpolitiker und konnte sich von deren „Verantwortungsbewußtsein ‚in Dutzenden Gesprächen‘ überzeugen“²⁹⁶. Ebenso wurde Schärf zitiert, der der „Welt Österreichs Dienste an[bot]“²⁹⁷.

Das Neue Österreich druckte am 25. Oktober Ausschnitte der Rede des Bundeskanzlers Dr. Gorbach vom 24. Oktober und verwies auch auf eine Stellungnahme von Viz Kanzler Dr. Pittermann.²⁹⁸ Ebenso wurde Kreiskys Rede am 26. Oktober²⁹⁹ zitiert, auch dieser Artikel bestand fast nur aus seiner Rede. Der Titel dieses Artikels ist doch recht interessant, denn er stellte Österreich in den „große[n] Konflikt“ und damit einen Bezug zur Neutralität her. Die Neutralität wurde also als Rechtfertigung zum Eingreifen der österreichischen Regierung in den großen Streit gebracht. In die gleiche Richtung ging es am nächsten Tag, 27. Oktober auf der Titelseite: Angesichts der „schwierige[n] Verhandlungen“ „bietet [Österreich] seine guten Dienste an“³⁰⁰.

Interessant ist auch, wie unterschiedlich die Zeitungen mit den Reden der österreichischen Politiker umgegangen sind. So wurde in den Salzburger Nachrichten³⁰¹ die Rede von Bundespräsident Dr. Schärf in einer kleinen Randnotiz auf Seite 2 gebracht, während es dem Neuen Österreich³⁰² ein längerer Artikel auf der Titelseite wert war und die Arbeiterzeitung³⁰³ ebenfalls auf der Titelseite darüber berichtete.

8.1. Mittwoch, 24. Oktober

Am Mittwoch, 24. Oktober, beschrieben die Salzburger Nachrichten die Reaktion der österreichischen Bevölkerung in Wien auf die Ankündigung Kennedys, eine Fernsehrede zu hal-

²⁹⁵ vgl. Moskau will mit Washington verhandeln. In: Salzburger Nachrichten, Nr. 247 (25. Oktober 1962), Titelseite.

²⁹⁶ Kreisky: Pessimismus nicht am Platz. In: Kurier (Morgen 26. Oktober 1962), Titelseite.

²⁹⁷ Dr. Schärf bietet der Welt Österreichs Dienste an. In: Kurier (Morgen 27. Oktober 1962), 2.

²⁹⁸ vgl. Bundeskanzler zur Verschärfung der Weltlage: „Österreichs Neutralität brauch klare Konturen“. In: Neues Österreich (25. Oktober 1962), Seite 2.

²⁹⁹ vgl. Österreich und der große Konflikt: Strikteste Einhaltung der Neutralität. In: Neues Österreich (26. Oktober), Seite 2.

³⁰⁰ Schwierige Verhandlungen der Weltmächte über Kuba. Dr. Schärf: Österreich bietet seine guten Dienste an. In: Neues Österreich Nr. 249 (27. Oktober 1962), Titelseite.

³⁰¹ vgl. Schärf: Ruf nach Frieden. In: Salzburger Nachrichten, Jg. 18, Nr. 248 (26.10.1962) 2.

³⁰² vgl. Schwierige Verhandlungen der Weltmächte über Kuba. Dr. Schärf: Österreich bietet seine guten Dienste an. In: Neues Österreich Nr. 249 (27. Oktober 1962), Titelseite.

³⁰³ vgl. Schärf: Österreich bereit, zu vermitteln. In: Arbeiter Zeitung Nr. 249 (27. Oktober 1962), Titelseite.

ten. In den Morgenstunden war ein „Run auf Nachrichten“³⁰⁴ zu verzeichnen. Das offizielle Österreich jedoch hielt sich noch bedeckt. Der Rede Kennedys wurde viel Platz eingeräumt. Mit Grafiken und einer Gliederung im Text wurde sie auf der ganzen Seite 3 wiedergegeben.

8.2. Donnerstag, 25. Oktober

Am nächsten Tag, dem 25. Oktober, erschien ein Artikel in den Salzburger Nachrichten³⁰⁵, in dem klarer als am Tag davor die Neutralität ausgedrückt wurde. Die Rede von Bundeskanzler Alfons Gorbach wurde auch in anderen Zeitungen gebracht, wobei in den Salzburger Nachrichten und in Neues Österreich³⁰⁶ der Artikel fast vollständig aus Ausschnitten der Rede bestand. Auch das Volksblatt³⁰⁷ brachte Inhalte dieser Rede, die sie aus einer Erklärung des ÖVP-Pressedienstes bezogen hatten: „Derzeit ist noch nicht mit Sicherheit festzustellen, ob die in West und Ost abgegebenen Erklärungen und eingeleiteten Maßnahmen nur dazu dienen sollen, bestimmte Standpunkte zu unterstreichen, oder ob diese Erklärungen und Maßnahmen eine ernste Gefährdung des Friedens in der Welt zur Folge haben werden.“³⁰⁸ Die Worte „Besonnenheit und Ruhe bewahren“, die manchmal in umgekehrter Reihenfolge zitiert werden, sind von solcher Eindringlichkeit, dass sie in allen Artikeln vorkamen: „Uns Österreichern bleibt in dieser Situation nichts anderes zu tun, als Besonnenheit und Ruhe zu bewahren und uns so wie bisher strikt an die im Staatsvertrag und im Neutralitätsgesetz vom Jahre 1955 festgelegten Verpflichtungen zu halten.“³⁰⁹ Bundeskanzler Dr. Gorbach betonte in seiner Rede einige Wesenszüge der Neutralität Österreichs. Österreich solle sich strikt an die Verpflichtungen der Neutralität halten und „Besonnenheit und Ruhe“ bewahren. Außer Frage stehen dabei die Verpflichtung und auch der Wille Österreichs, sich strikt von „militärischen Bündnissystemen fern[zuh]alten und keinerlei militärische Stützpunkte fremder Mächte auf unserem Boden [zu] dulden.“³¹⁰ Diese beiden Auffassungen sind ganz im Sinne der Bedeutung der Neutralität, wie am Anfang des Kapitels 5 erörtert. „Gerade Österreich als eines der wenigen im Einvernehmen zwischen West und Ost gelösten Probleme hat auch die Pflicht, seine zum Frieden mahnende Stimme zu erheben.“³¹¹ Der Ausdruck die „zum Frieden mahnende Stimme zu erheben“ wurde ebenfalls in Artikeln rund um diese Rede gerne verwendet und steht

³⁰⁴ Nach der Kennedy-Rede: Run auf Nachrichten. In: Salzburger Nachrichten, Jg. 18, Nr. 246 (24.10.1962) 2.

³⁰⁵ vgl. Gorbach: Besonnenheit und klare Politik! In: Salzburger Nachrichten, Jg. 18, Nr. 246 (25.10.1962) 2.

³⁰⁶ vgl. Bundeskanzler zur Verschärfung der Weltlage: „Österreichs Neutralität braucht klare Konturen“. In: Neues Österreich (25. Oktober 1962), Seite 2.

³⁰⁷ Bundeskanzler Gorbach: Jetzt erst recht klare Neutralitätspolitik!. In: Volksblatt, Nr. 247 (25. Oktober 1962), Titelseite.

³⁰⁸ Bundeskanzler zur Verschärfung der Weltlage: „Österreichs Neutralität braucht klare Konturen“. In: Neues Österreich (25. Oktober 1962), Seite 2.

³⁰⁹ ebd.

³¹⁰ ebd.

³¹¹ ebd.

ebenfalls im Sinne der österreichischen Neutralität. Der Bundeskanzler sah es als Pflicht Österreichs an einzuschreiten, gerade weil sich die Sowjetunion und die USA 1955 einig waren, wie man das Problem mit Österreich lösen sollte. Im Großen und Ganzen betonte Dr. Gorbach die Aufgabe und vor allem Kompetenz Österreichs innerhalb der Krise und verwies ausdrücklich darauf, dass Österreich „alles tun“ werde, um zu helfen die Krise beizulegen. „Darüber hinaus aber wollen wir mit den bescheidenen Kräften unseres kleinen Landes, im Verein mit anderen friedliebenden Völkern, alles tun, um die weltbeherrschenden Mächte vor unüberlegten Schritten abzuhalten“.³¹² Diese Aktionen Österreichs würden voll und ganz im Einklang mit der Neutralität stehen, wie er mehrmals ausdrücklich sagte. Diese Rede signalisierte Bereitschaft zum Mitwirken an einer Lösung der Krise. Die Bevölkerung sollte wissen, den österreichischen Politikern ist der Ernst der Lage durchaus bewusst und sie wollen Österreichs Möglichkeit als Friedensstifter gerecht werden.

Im Kurier wurde Gorbachs Rede nur kurz auf der Titelseite erwähnt. Er mahnte das Neutralitätsgesetz zu halten, klare Konturen zu bewahren und die Großmächte vor „unüberlegten Schritte abzuhalten“.³¹³ Der Artikel brachte nur diese Aspekte seiner Rede und nicht mehr.

Abgesehen von der Rede Gorbachs war in den Zeitungen auch die Rede von Österreichs Verhalten bei der UNO. Die Salzburger Nachrichten berichteten am Titelblatt von der Sitzung des UN-Sicherheitsrates. Darin wurde beschrieben, dass 40 blockfreie Staaten, „unter einiger Mitwirkung Österreichs, Schwedens und Finnlands bemüht“ waren, „eine Beilegung des Kuba-Konflikts herbeizuführen“.³¹⁴ Der Kurier berichtete in zwei Artikeln auf Seite 2 von Österreich: „Neutrale fordern: Sofort an den Verhandlungstisch“ und „Österreich als Beobachter bei Neutralen-Aktion“.³¹⁵ Österreich war so wie Schweden und Finnland als Beobachter bei Beratungen der Neutralen Staaten dabei. Die Forderung der Neutralen an den Verhandlungstisch zu kommen wurde in diesem Artikel eher stark ausgedrückt. Aber auch die Arbeiterzeitung brachte einen Artikel auf der Titelseite um davon zu berichten: „Neutrale fordern: Die Waffen nieder!“.³¹⁶ Hier wurde ebenso die Entschlossenheit der neutralen Länder betont. „Vertreter der 40 neutralen Staaten [nahmen] in der Nacht Besprechungen auf, um Kompromißvorschläge auszuarbeiten“, in denen Österreich neben Schweden und Finnland als Be-

³¹² Bundeskanzler zur Verschärfung der Weltlage: „Österreichs Neutralität braucht klare Konturen“. In: Neues Österreich (25. Oktober 1962), Seite 2.

³¹³ Gorbach zu Kuba-Krise: Ruhe bewahren! In: Kurier (25. Oktober 1962), Titelseite.

³¹⁴ Moskau will mit Washington verhandeln. In: Salzburger Nachrichten, Nr. 247 (25. Oktober 1962), Titelseite.

³¹⁵ Neutrale fordern: Sofort an den Verhandlungstisch. In: Kurier (Morgen 25. Oktober 1962), Seite 2. und Österreich als Beobachter bei Neutralen-Aktion. In: Kurier (Morgen 25. Oktober 1962), Seite 2.

³¹⁶ Neutrale fordern: Die Waffen nieder! In: Arbeiter Zeitung (25. Oktober 1962), Titelseite.

obachter teilnahm.³¹⁷ Sie wollten anschließend einen Appell an UNO-Generalsekretär U Thant richten.

Vizekanzler Pittermann wurde in der Arbeiterzeitung zitiert, dabei unterstrich er in einer Wählerversammlung in Brunn am Gebirge den „Wert der immerwährenden Neutralität“³¹⁸ und machte gleichzeitig Werbung für die SPÖ. Dabei kritisierte er ÖVP Politiker, die die Zusammenarbeit durch „Alleinherrschaft“ ersetzen möchten. In Kriegszeiten und der Nachkriegszeit, so betonte er, konnten die österreichischen Politiker nur durch Zusammenarbeit die Freiheit erkämpfen und nun, in dieser international angespannten Situation, brauche Österreich „diese Zusammenarbeit, und eine verstärkte Sozialistische Partei ist der beste Garant dafür“. Pittermann unterstrich den Wert der Sozialistischen Partei und schärfte den Menschen ein, nur mit der SPÖ und einer Koalition gebe es Frieden. Bundeskanzler Gorbach kam ebenfalls zu Wort und es wurde ein Auszug seiner Rede zitiert, in dem er Österreichs Bemühen zu einer Konfliktlösung betonte.

8.3. Freitag, 26. Oktober, Nationalfeiertag

Am 26. Oktober, dem österreichischen Nationalfeiertag, berichteten die Zeitungen von der Rede Kreiskys zur internationalen Lage in Hallein am 25. Oktober 1962. Diese ist auch in dem Sammelband von Kreiskys Reden abgedruckt. Die Zeitungen brachten unterschiedlich viel von dieser Rede, aber alle übernahmen zumindest den Kern. Am längsten wiedergegeben wird die Rede in Neues Österreich. In dieser Rede sprach Kreisky aber erstaunlicherweise nicht von Österreichs Beitrag oder Willen zur Lösung beitragen zu wollen. Er versuchte vielmehr die Bevölkerung zu beruhigen. Sein eigenes Urteilsvermögen, das auf Unterhaltungen mit diversen Entscheidungsträgern beruht, zeigte ihm die vorhandene Vernunft der beiden Staatsmänner, die nach seiner Einschätzung keinen Atomkrieg beginnen würden.

Im Kurier wurde Kreiskys Rede zitiert und hervorgehoben, dass er die Menschen beruhigen möchte und darauf hinweist, dass „die führenden Staatsmänner der Welt [...] das Verantwortungsbewußtsein [besitzen], um eine tragische Entwicklung aufzuhalten“.³¹⁹ Gorbachs Rede vom Mittwoch wurde auch noch kurz in diesem Artikel erwähnt, nämlich dass wir „unsere Verpflichtungen zu erfüllen [haben], wir müssen uns gerade jetzt um eine Politik der striktesten Neutralität bemühen.“³²⁰

³¹⁷ Neutrale fordern: Die Waffen nieder! In: Arbeiter Zeitung (25. Oktober 1962), Titelseite.

³¹⁸ Weltkrise zeigt den Wert der Neutralität. In: Arbeiter Zeitung (25. Oktober 1962), Titelseite.

³¹⁹ Kreisky: Pessimismus nicht am Platz. In: Kurier (26. Oktober 1962), Titelseite.

³²⁰ ebd.

Das Volksblatt schrieb kurz, dass Kreisky den amerikanischen Geschäftsträger Porter empfangen und ihm dieser den Standpunkt der USA geschildert hatte. Kreisky wiederum sollte am Dienstag im Ministerrat über die Weltlage berichten.³²¹ Gleiches wurde in Neues Österreich geschrieben.³²²

Die Salzburger Nachrichten berichteten als einzige Zeitung am 26. Oktober vom Appell des UNO-Generalsekretärs U Thant an beide Großmächte. Er hatte auf „Intervention von mehr als 40 neutralen UNO-Staaten, darunter auch Österreich“³²³ die USA gebeten, die Blockade um zwei bis drei Wochen zu pausieren und die Sowjetunion aufgefordert, in dieser Zeit keine weitere Waffenlieferungen nach Kuba zu bringen.

Neues Österreich brachte die Rede Kreiskys in einem Artikel, der fast nur aus dieser Rede besteht, es ist aber nicht immer eindeutig als Zitat von Kreisky deklariert.³²⁴ Dennoch wurde hier mehr wiedergegeben als im Kurier.

Gerade während der Debatte der Neutralitätspolitik Österreichs in Bezug auf die Kubakrise erklärte am Donnerstag, 25. Oktober, der US-Botschaftsrat John Devine, dass Österreich die meisten Mittel aus dem Marshallplan erhalten habe und ab sofort der Fonds von Österreich selbst verwaltet werden kann. Dies wurde nur in den Salzburger Nachrichten berichtet. Er erklärte weiter, dass die „traditionellen Bindungen Österreichs mit dem Westen durch die Neutralitätspolitik Österreichs nicht gelockert“³²⁵ werde. Des Weiteren betonte er, dass nur Österreich seine Neutralität interpretieren kann und dafür keinen ausländischen Berater brauche³²⁶. Der Zeitpunkt für die Betonung der Kompetenzen und Neutralität Österreichs könnte kaum besser sein als in diesen Tagen.

Dr. Schärf richtete sich in einem eindringlichen und klaren Appell an versammelte Schüler und Schülerinnen in Wien, die aus allen Bundesländern anlässlich des Tages der Fahne gekommen waren, wie die Salzburger Nachrichten berichteten. Er sprach von der größten Gefahr seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Schärf betonte er habe „die Erklärung abgegeben, das neutrale Österreich müsse es als seine Aufgabe betrachten, in einer Zeit der Wirrnisse, in einer Zeit drohender Gefahren vom Himmel her, ich meine Atomgefahren, für den Frie-

³²¹ vgl. USA informieren die Wiener Regierung. In: Volksblatt (26. Oktober 1962), Seite 2.

³²² USA-Geschäftsträger bei Kreisky. In: Neues Österreich (26. Oktober 1962), Seite 2.

³²³ Symptome einer Entspannung um Kuba. In: Salzburger Nachrichten, Jg. 18, Nr. 248 (26.10.1962), Titelseite.

³²⁴ Österreich und der große Konflikt: Strikteste Einhaltung der Neutralität. In: Neues Österreich (26. Oktober), Seite 2.

³²⁵ USA: Österreich in Neutralität frei. In: Salzburger Nachrichten, Jg. 18, Nr. 248 (26.10.1962) 2.

³²⁶ vgl. ebd.

den und für die Verständigung der Völker zu wirken.“³²⁷ Daher sollte von Österreich „der Ruf nach Frieden für die Welt erklingen, der Ruf nach Verständigung zwischen den Völkern und nach Sicherheit für alle Menschen. Das neutrale Österreich soll seine Stimme laut und vernehmlich erheben.“³²⁸ Diese Worte klingen ähnlich eindringlich wie die von Bundeskanzler Gorbach: Politiker appellieren an Österreich und wohl auch die internationale Gemeinschaft, dass Österreich das Recht habe, mitzureden.

Die Arbeiterzeitung erschien an diesem Tag nicht, berichtete aber auch am nächsten Tag nicht von Kreiskys Rede.

8.4. Samstag, 27. Oktober

Am Samstag erschienen wieder mehr Zeitungen mit neuen Artikeln zur Kubakrise. Das vorherrschende Thema dieses Tages war die Rede des Bundespräsidenten Dr. Schärf anlässlich des Tages der Fahne am 26. Oktober, in der er Österreichs Friedensdienste anbot. Nur das Volksblatt und die Arbeiterzeitung berichteten an diesem Tag auch noch vom Treffen zwischen Kreisky und dem sowjetischen Botschafter Awilow, der die Standpunkte seiner Regierung vorbrachte.³²⁹

Schärf unterstrich Österreichs Haltung und Bereitschaft zur Vermittlung, dass jede Maßnahme zur „friedlichen Beilegung der schwebenden Konflikte“³³⁰ von Österreich unterstützt werde. Des Weiteren betonte er erneut Österreichs Angebot: „Österreich ist, wie aus vielen Erklärungen hervorgeht, bereit, innerhalb und außerhalb der Vereinten Nationen seine guten Dienste in jeder denkbaren Art für die dauernde Aufrechterhaltung des Friedens zur Verfügung zu stellen, wenn es darum ersucht wird.“³³¹ Er lud die Mächte ein, von den Diensten Österreichs Gebrauch zu machen und betont noch einmal, dass Österreich keine Nebenabsichten hege.³³² Im Volksblatt wurde das auf Seite 2 in einer kurzen Randnotiz geschrieben und es beschränkte sich auf die wichtigsten Passagen der Rede. Weit ausführlicher war die Zeitung Neues Österreich. Es brachte Schärfs Rede auf der Titelseite.³³³ Die Fragen, die Schärf am Tag der Fahne im Festsaal der Wiener Universität gestellt hatte, wurden wiedergegeben und dabei zitierte er auch die Satzungen der Vereinten Nationen, die „die kommende Generation vor der

³²⁷ Schärf: Ruf nach Frieden. In: Salzburger Nachrichten, Jg. 18, Nr. 248 (26.10.1962) 2.

³²⁸ ebd.

³²⁹ vgl. Auch Botschafter Awilow bei Dr. Kreisky. In: Volksblatt (27. Oktober 1962), Seite 2.

³³⁰ Österreich bietet Friedensdienste an. In: Volksblatt (27. Oktober 1962), Seite 2.

³³¹ ebd.

³³² vgl. ebd. und vgl. Schwierige Verhandlungen der Weltmächte über Kuba. Dr. Schärf: Österreich bietet seine guten Dienste an. In: Neues Österreich Nr. 249 (27. Oktober 1962), Titelseite.

³³³ vgl. Schwierige Verhandlungen der Weltmächte über Kuba. Dr. Schärf: Österreich bietet seine guten Dienste an. In: Neues Österreich Nr. 249 (27. Oktober 1962), Titelseite.

Geißel des Krieges [...] bewahren“ möchten. Der Bundespräsident begrüßte den Appell von U Thant an die USA und die Sowjetunion und stellte sich ganz klar dahinter. Gleichzeitig betonte er aber auch, dass Österreich den Mächtigen zurufe, „sie mögen alles daran setzen, um ihre Konflikte ohne Gewaltanwendung zu überwinden.“ Bei den unterschiedlichen Methoden und Möglichkeiten, eine friedliche Einigung zu erreichen, war Österreich bereit „seine guten Dienste in jeder denkbaren Art“ zur Verfügung zu stellen.³³⁴ Zudem bekräftigte er, wie schon in anderen Zeitungen wiedergegeben wurde, dass er alles daran setzen wolle, um „einen friedlichen Ausgleich der Gegensätze herbeizuführen“³³⁵ und er lud ein, Österreichs Dienste in Anspruch zu nehmen. Diese Dienste Österreichs könnten ein neues Gipfeltreffen sein, wie es 1961 der Fall war. Kreisky hatte diesen Vorschlag schon geäußert. Kennedy hat, wie schon erörtert, selbst ein Gipfeltreffen erwogen, es aber schnell wieder zurückgewiesen.³³⁶

Im Kurier erschien diese Nachricht auch wesentlich kürzer und nur auf Seite 2. Darin kamen auch andere Politiker zu Wort, wie etwa Nationalratspräsident Dr. Maleta und Unterrichtsminister Dr. Drimmel. Von Schärf wurde nur erwähnt, dass er versichere, Österreich werde alles tun um „an einem friedlichen Ausgleich der Gegensätze mitzuwirken“.³³⁷

Die Krone berichtete über Schärfs Angebot erst auf Seite 5 in der Sektion Ausland in einer kurzen Randnotiz. Dabei wurde auch aus der Rede zitiert.³³⁸ Abgesehen davon wurde in der Krone nicht viel von der Kubakrise berichtet.

Die Arbeiterzeitung hingegen brachte die Rede Schärfs ebenfalls auf der Titelseite, mit der Schlagzeile des Angebotes zu Vermitteln.³³⁹ Auch von Kreisky war in einem anderen kurzen Statement die Rede, der den sowjetischen Botschafter Awilow empfing.³⁴⁰

Obwohl Gorbach und Schärf Österreichs Bereitschaft, aktiv beizutragen und dabei neutral zu bleiben, signalisiert haben, wurde darauf nicht zurückgegriffen.

8.5. Sonntag, 28. Oktober

Die Arbeiterzeitung schrieb über die Forderung Chruschtschows die Jupiter-Raketen gegen die auf Kuba stationierten zu tauschen. „Chruschtschew bietet Kuba für Türkei“, so titelte die

³³⁴ Schwierige Verhandlungen der Weltmächte über Kuba. Dr. Schärf: Österreich bietet seine guten Dienste an. In: Neues Österreich Nr. 249 (27. Oktober 1962), Titelseite.

³³⁵ ebd.

³³⁶ vgl. Kapitel 7.4.

³³⁷ Dr. Schärf bietet der Welt Österreichs Dienste an. In: Kurier (27. Oktober 1962), Seite 2.

³³⁸ vgl. Bundespräsident Schärf bietet Vermittlung an. In: Krone (27. Oktober 1962), Seite 5.

³³⁹ vgl. Schärf: Österreich bereit, zu vermitteln. In: Arbeiter Zeitung Nr. 249 (27. Oktober 1962), Titelseite.

³⁴⁰ vgl. Sowjetbotschafter bei Kreisky. In: Arbeiter Zeitung Nr. 249 (27. Oktober 1962), Seite 2.

Zeitung am Sonntag am Titelblatt. Es war ein langer Artikel, der nichts von Kreisky und seiner Rolle in der Jupiter Frage bringt.

8.6. Montag, 29. Oktober

Am Montag, 29. Oktober 1962, wurde Bundeskanzler Dr. Gorbach zitiert, der in Salzburg anlässlich der Abschlusskundgebung des Österreichischen Akademikertages sprach: „Österreichs Neutralität ist eine militärische und keinen I-Punkt und kein Komma mehr! Sie ist keine relative, keine wirtschaftliche und vor allem keine ideologische Neutralität. Wir bekennen uns rückhaltlos zum freien Westen und sind bereit, jede Einparteienherrschaft kompromißlos zu bekämpfen.“³⁴¹ Gorbach brachte es auf den Punkt: Die Neutralität ist nur eine militärische, wirtschaftlich und ideologisch gibt es keine Vorgaben. Er machte deutlich, dass sich die Politik der Neutralität am freien Westen orientiert und jede Art von Tyrannei unterbindet und bekämpft. In einem anderen Artikel auf der gleichen Seite wurde Gorbach aus einer Rundfunkansprache vom Samstag zitiert.³⁴² Dabei berichtete er über die Kubakrise und bot die Hilfe Österreichs an und sprach auch über den Budgethaushalt von 1963. Das Angebot an die Großmächte war, „sich des bewährten Boden Wiens als Verhandlungsplattform zu bedienen.“³⁴³ Hierin wiederholte er auch das Bestreben Österreichs aktiv an einem Friedensprozess mitzuhelfen und erklärte, „daß wir nicht nur bestrebt sein werden, uns von den militärischen Konflikten fernzuhalten, sondern uns auch bemühen, das Kriegsrisiko in der Welt, soweit das in unserer Macht steht, verringern zu helfen. Wann immer die Großmächte gewillt sein sollten, [...] wird ihnen der bewährte Boden Wiens als Verhandlungsplattform zur Verfügung stehen.“³⁴⁴

8.7. Dienstag, 30. Oktober

Die Arbeiter Zeitung berichtete, dass Kreisky mit seiner Rede am Donnerstag Recht über die internationale Lage in Kuba behalten und „die Entspannung vorausgesagt“ hatte. Er werde an diesem Dienstag der Regierung über die aktuelle Lage berichten, die obwohl die Krise im Wesentlichen gelöst ist, doch noch einige Unsicherheiten aufweist. Die Entschärfung habe Kreisky aber eben schon vorhergesagt, da er sich „in Dutzenden Gesprächen davon überzeugen [konnte], daß die führenden Staatsmänner der Welt das Verantwortungsbewußtsein besitzen, um eine tragische Entwicklung aufzuhalten. Es müssen also durchaus nicht die Pessimis-

³⁴¹ Das Geschäft. In: Salzburger Nachrichten, Jg. 18, Nr. 249 (29.10.1962) 2.

³⁴² vgl. Gorbach bot Wien als Plattform an. In: Salzburger Nachrichten, Nr. 249 (29. Oktober 1962), Seite 2.

³⁴³ ebd.

³⁴⁴ ebd.

ten recht behalten“³⁴⁵. Die Zeitung brachte diesen Vergleich zu der früheren Rede Kreiskys und untermauerte so seine Aussagen und Glaubwürdigkeit, was sicherlich auch für zukünftige Aussagen Kreiskys nützlich sein wird. Am nächsten Tag, 31. Oktober, war davon die Rede, dass Kreisky im Ministerrat vertrauliche Informationen mitteilte, „die er von eigenen und fremden Botschaften erhalten hat“³⁴⁶. Dies trug zu dem Bild bei, dass Kreisky eine international anerkannte und von anderen Regierungen geschätzte neutrale Position einnimmt, jemand, dem man geheime Informationen anvertrauen kann, die nicht in allen Medien veröffentlicht werden.

Spektakulärer berichtete hingegen der Kurier von der „Kuba-Sitzung“ der Regierung. Außenminister Dr. Kreisky werde eine „Spezialvorlesung über die jüngsten Entwicklung der Weltlage halten und dabei vor allem über die Aussprachen berichten, die er in den letzten Tagen mit den Botschaftern der Großmächte hatte“³⁴⁷.

9. Konklusion

Kuba entwickelte sich vom spanischen hin zum US-amerikanischen Einfluss, bis das kubanische Volk mit Putschen antwortete. Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Beziehungen zu den USA unter der Diktatur Batistas resultierte in einer Revolution von Guerillakämpfern unter Fidel Castro und Che Guevara. Diese beiden Führer waren es auch, die die Revolution später verraten haben und kommunistisch geworden sind, was unweigerlich die Sowjetunion und ihre Satellitenstaaten als nächste Einflussnehmer auf den Plan holte. In unmittelbarer Nähe zum US-Territorium war Kuba immer schon eine Insel mit strategischer Bedeutung, was die USA zu ihrem Nutzen verwenden wollten. Mit einem kommunistischen Diktator waren die USA aber nicht zufrieden und versuchten mehrmals erfolglos, ihn zu beseitigen. Castro fühlte sich zunehmend bedroht von den USA und wandte sich nur noch mehr der Sowjetunion zu. Im Jahr 1962 stationierte die Sowjetunion mitten im Kalten Krieg sowjetische Raketen auf Kuba, mit der Reichweite US-amerikanisches Festland zu treffen. Nach der Aufdeckung durch US-Spezialisten reagierten US-Präsident Kennedy und seine Berater nach einwöchigen geheimen Treffen mit einer Quarantäne um Kuba. Dies wiederum stieß auf Widerstand der Sowjetunion und Kuba. Es kam zu Friedensaufrufen der UNO, vor allem auch neutraler Staaten wie Österreich. Die ganze Welt hielt den Atem an. Trotz mehrerer heikler Zwischenfälle konnte die Kubakrise geklärt werden. Robert Kennedy nahm im Namen der Regierung ein

³⁴⁵ Dr. Kreisky berichtet der Regierung über Kuba. In: Arbeiter Zeitung Nr. 251 (30. Oktober 1962), Seite 2.

³⁴⁶ Ministerrat: Geheimberichte über Kuba. In: Arbeiter Zeitung Nr. 252 (31. Oktober 1962), Seite 2.

³⁴⁷ vgl. Heute: „Kuba-Sitzung“ der Regierung. In: Kurier (30. Oktober 1962), Seite 2.

Angebot Chruschtschows an, der die Raketen abzog. Die USA wiederum verpflichteten sich dazu, Kuba auch in Zukunft nicht anzugreifen und die Jupiter-Raketen in der Türkei abzubauen, was die USA ohnehin schon im Auge hatten.

Österreich hatte 1955 kurz nach dem Staatsvertrag auch seine Neutralität gesetzlich verankert. Diese hindert es unter anderem daran, militärische Stützpunkte auf seinem Territorium zu erlauben oder in einen Krieg einzuschreiten. Dennoch konnte es sich wirtschaftlich und ideologisch auf eine Seite stellen, was es auch getan hat – Österreich neigte sich dem freien Westen zu. Indem sich Österreichs Politiker auf die Neutralität beriefen, versuchten sie den Großmächten ihre Bereitschaft zu Vermittlungen zu signalisieren. Die Rollen, die Kreisky und andere Politiker wirklich zum Beilegen der Krise gespielt haben, können anhand verschiedener Tatsachen erklärt werden. Zunächst war Kreisky schon vor der Krise als Brückenbauer international geschätzt. Gestärkt durch dieses Ansehen hatte Kreisky eine Position als Nachrichtenübermittler zwischen Konfliktparteien inne, die er für den Frieden einsetzte. Dieser Umstand ist ihm in der Krise zu Gute gekommen. Kreisky gab sich selbst in seinen eigenen Memoiren mehr Anteil an der Lösung der Krise als es tatsächlich der Fall war. Dabei muss man bedenken, dass Memoiren aber subjektive Erinnerungen wiedergeben und Kreisky das Geschehen immer wieder anders eingeschätzt hat. Er verwies auf seinen wesentlichen Beitrag zur Beendigung der Kubakrise auf dem Gipfeltreffen ein Jahr zuvor, obwohl die USA, die Sowjetunion und Forschungen dem widersprechen. Dennoch wurde gezeigt, dass dieses Treffen insofern zur friedlichen Lösung beigetragen hat, als die beiden Staatsmänner einander kennen gelernt haben. Dies hat zu einer besseren Einschätzung des Gegners in dem Konflikt beigetragen. Kennedy schätzte Kreisky auch wegen seiner guten Kontakte zu anderen europäischen Politikern.

In den ExComm Sitzungen wurde Kreisky mit Lippmann und dem Vorschlag des Tausches der Jupiter-Raketen in der Türkei erwähnt. Fünfmal nannten die Teilnehmer seinen Namen, und Thompson meinte sogar, Chruschtschow habe auf Kreiskys Vorschlag den zweiten Brief verfasst. Thompson implizierte also, wenn seine Annahme richtig ist, was man nicht weiß, dass Kreisky den USA sogar geschadet habe, denn Chruschtschow erhöhte in diesem zweiten Brief seine Forderungen. Seine Rolle in dem Jupiter-Deal ist also umstritten, Historiker verweisen auf seine Memoiren, auch weil über diesen Deal nichts schriftlich festgehalten wurde und Spielraum für Spekulationen lässt. Trotzdem hat die Rolle Kreiskys als Brückenbauer in der Jupiter-Frage eine Rolle gespielt. Kreisky hatte durch sein Ansehen dem Artikel Lippmanns mit seinen eigenen Äußerungen sicherlich mehr Bedeutung verliehen. Abgesehen da-

von wurde Kreisky aber in den Beratungen nicht erwähnt, seine Friedensappelle an die beiden Großmächte fanden in den Sitzungen im Weißen Haus keine weitere Erwähnung. All das darf nicht vergessen werden, wenn man von Kreiskys Rolle in der Kubakrise spricht.

Die Zeitungen brachten Kreiskys Rede vom 25. Oktober 1962 und einen kurzen Bericht zu seinem Treffen mit dem sowjetischen Botschafter Awilow. Die Rede jedoch nahm nicht Bezug zu konkreten Vorschlägen eines Beitrages Österreichs, sondern beruhigte die Bevölkerung und verwies auf die Vernunft der beiden Präsidenten, die seinem Urteil nach keinen Krieg beginnen wollten. So kann man diese Rede auch nicht als Kreiskys Beitrag zum Beenden der Krise zählen. Von seiner Rolle in der Jupiter Frage wurde in den österreichischen Zeitungen nichts berichtet. Trotzdem waren seine Worte ins Weiße Haus gelangt und es wurde darüber debattiert. Erwähnt wurde aber in den Zeitungen, dass Kreisky den Ministerrat über die Lage unterrichten werde.

Am 26. Oktober machte Kreisky einen letzten Vermittlungsversuch, indem er ein weiteres Gipfeltreffen vorschlug. Letztendlich ist dieses nicht zu Stande gekommen. Kennedy hatte im Laufe der Krise selbst auch an ein Gipfeltreffen gedacht, es dann aber wieder verworfen. Er sah die Notwendigkeit eines Treffens nicht gegeben. Es bleibt also Spekulation, ob Kreisky hier den Zuschlag als Gastgeber bekommen hätte.

Angeichts der vielen Versuche, durch Reden aufzurütteln oder direkt einzugreifen, kann man den österreichischen Politikern nicht vorwerfen, untätig geblieben zu sein. Vielmehr haben sie Worte und Taten gesetzt, die mit der Neutralität Österreichs vereinbar waren. Vor allem Kreiskys Engagement in der Kubakrise ist sicherlich nicht unbelohnt geblieben. Als Außenminister eines neutralen Staates hatte er Wege eingeschlagen, die ihn noch in mehrere andere internationale Konflikte als Vermittler führen sollten. Die Kubakrise war sicherlich ein guter und wichtiger Anfang dafür.

10. Literatur

Bruce J. *Allyn*, James G. *Blight*, David A. *Welch* (Hg.), *Back to the Brink. Proceedings of the Moscow Conference on the Cuban Missile Crisis, January 27-28, 1989* (Lanham 1992).

Barton J. *Bernstein*, *The Cuban Missile Crisis. Trading the Jupiters in Turkey?* In: *Political Science Quarterly*, 95/1 (Spring 1980) 97-125, online unter <<https://www-jstor-org.uaccess.univie.ac.at/stable/pdf/2149587?seq=1>> (4.4.2019).

Leslie *Bethell* (Hg.), *The Cambridge History of Latin America*, Bd. 7: *Latin America since 1930. Mexico, Central America and the Caribbean* (Cambridge 1990).

James G. *Blight*, David A. *Welch*, *On the Brink. Americans and Soviets reexamine the Cuban Missile Crisis* (New York 1989).

McGeorge *Bundy*, James G. *Blight*, October 27, 1962. *Transcripts of the Meetings of the Ex-Comm.* In: *International Security*, 12/3 (Winter 1987/88) 30-92, online unter <<https://muse-jhu-edu.uaccess.univie.ac.at/article/446359/pdf>> (12.3.2019).

Nikita Sergeevič *Chruščëv*, Strobe *Talbott* (Hg.), *Chruschtschow erinnert sich* (Reinbek bei Hamburg 1992).

Jonathan *Colman*, *The Cuban Missile Crisis. Origins, Course and Aftermath* (Edinburgh 2016).

Esteban Morales *Dominguez*, Gary *Prevost*. *United States-Cuban Relations. A Critical History* (Lanham 2008).

Samuel *Farber*, *The Origins of the Cuban Revolution Reconsidered* (Chapel Hill 2006).

Martin *Folly*, *Historical Dictionary of U.S. Diplomacy During the Cold War* (Lanham 2015).

Eric *Frey*, *Konferenzplatz Wien. Vienna as an International Conference Site.* In: Günter *Bischof*, Fritz *Plasser*, Anton *Pelinka*, Alexander *Smith* (Hg.), *Global Austria. Austria's place in Europe and the world* (Contemporary Austrian Studies 20, New Orleans 2011) 147-160.

Aleksandr *Fursenko*, Timothy *Naftali*, *Khrushchev's Cold War. The Inside Story of an American Adversary* (New York 2006).

Raymond L. *Garthoff*, *The Havana Conference On the Cuban Missile Crisis.* In: *Cold War International History Project Bulletin 1* (CWIHP Bulletin) (1992) 2-4, online unter <<https://www.wilsoncenter.org/sites/default/files/ACF1C4.pdf>> (24.3.2019).

David *Gioe*, Len *Scott*, Christopher *Andrew* (Hg.), *An International History of the Cuban Missile Crisis. A 50-Year Retrospective* (London 2014).

Herbert *Grubmayer*, *Heißer Frieden – Kalter Krieg? Als österreichischer Diplomat zwischen Ost und West.* In: Stefan *Karner*, Erich *Reiter*, Gerald *Schöpfer* (Hg.), *Kalter Krieg. Beiträge zur Ost-West-Konfrontation 1945 bis 1990* (Graz 2002), 161-176.

James G. *Hershberg*, The United States, Brazil, and the Cuban Missile Crisis, 1962 (Part 2). In: *Journal of Cold War Studies* 6/3 (2004) 5-67, online unter <<https://muse-jhu-edu.uaccess.univie.ac.at/article/171162/pdf>> (4.4.2019).

Jim *Hershberg*, Anatomy of a Controversy: Anatoly F. Dobrynin's Meeting With Robert F. Kennedy, Saturday, 27 October 1962. In: James G. *Hershberg* (Hg.), *CWIHP Bulletin* 5 (Spring 1995), 75, 77-80, online unter <https://www.wilsoncenter.org/sites/default/files/CWIHP_Bulletin_5.pdf> (4.4.2019).

Jim *Hershberg*, More on Bobby and the Cuban Missile Crisis. In: *CWIHP Bulletin* 8-9 (Winter 1996-97) 274, 344-47, online unter <https://www.wilsoncenter.org/sites/default/files/CWIHP_Bulletin_8-9.pdf> (4.4.2019).

Stefan *Karner*, Der Wiener Gipfel 1961. Kennedy – Chruschtschow (Innsbruck/Wien 2011).

Marcel *Kau*. Der Staat und der Einzelne als Völkerrechtssubjekte. In: Wolfgang Graf *Vitzthum*, Alexander *Proeßl* (Hg.), *Völkerrecht* (7. überarb. und aktual. Aufl. Berlin/New York 2010), 133-246.

Robert F. *Kennedy*, hg. v. Theodore C. *Sorensen*, Dreizehn Tage. Die Verhinderung des Dritten Weltkriegs durch die Brüder Kennedy (Bern/Wien 1969).

Bruno *Kreisky*, Im Strom der Politik. Der Memoiren zweiter Teil (Wien 1988).

Bruno *Kreisky*, Reden, Bd. 1 (Wien 1981).

Martin *Kofler*, Juni 1961: Das „Wiener Gipfeltreffen“ Chruschtschow – Kennedy. In: Monika *Sommer*, Michaela *Lindinger* (Hg.), Die Augen der Welt auf Wien gerichtet. Gipfel 1961 Chruschtschow – Kennedy (Sonderausstellung des Wien Museums „John F. Kennedy“, Wien 2005) 14-33.

Martin *Kofler*, Kennedy und Österreich. Neutralität im Kalten Krieg (Innsbruck/Wien 2003).

Huber *Matos*, Cómo llegó la noche. (Barcelona 2004), Digital Espaebook.

Ernest R. *May*, Philip D. *Zelikow* (Hg.), The Kennedy Tapes. Inside the White House During the Cuban Missile Crisis (Cambridge, MA ²1997).

Bernd *Neumann*, Identität und Rollenzwang. Zur Theorie der Autobiographie. (Frankfurt am Main 1970).

Michelle *Obama*, *Becoming*. (New York 2018).

Helfried *Pfeifer*, Der österreichische Staatsvertrag. In: *Archiv des Völkerrechts* 5/3 (1955), 296 – 307.

Oliver *Rathkolb*, Washington ruft Wien. US-Großmachtpolitik und Österreich 1953-1963 (Wien/Köln/Weimar 1997).

Manfried *Rauchensteiner*, Unter Beobachtung. Österreich seit 1918 (Wien/Köln/Weimar 2017).

Elisabeth Röhrlich, *A Century in a Lifetime. Biographical Approaches to Bruno Kreisky (1911-1990)*. In: Günter Bischof, Fritz Plasser, Eva Maltschnig (Hg.), (Austrian Lives. Contemporary Austrian Studies 21, New Orleans/Innsbruck 2012) 147-163.

Rolf Steininger, *Die Kubakrise 1962. Dreizehn Tage am atomaren Abgrund* (München 2011).

Gerald Stourzh, *The Austrian State Treaty and the International Decision Making Process in 1955*. In: *Austrian History Yearbook* 38 (2007), 208-228.

Gerald Stourzh, *Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945-1955* (Wien/Graz 5. Durchges. Aufl. mit einem bibliogr. Nachw. 2005).

Wolfgang Strasser, *Österreich und die Vereinten Nationen. Eine Bestandsaufnahme von 10 Jahren Mitgliedschaft* (Wien 1967).

Cosme de la Torriente, *The Platt Amendment*. In: *Foreign Affairs* 8/3 (1930), 364-378.

Mark White, *Fifty Years On. The Cuban Missile Crisis Revisited and Reinterpreted*. Lecture Series Paper No. 9. Institute for the Study of the Americans. (London 2012).

10.1. Primärquellen im Internet

211. Bundesverfassungsgesetz vom 26. Oktober 1955 über die Neutralität Österreichs, BGBl. Nr. 211/1955, online unter http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1955_211_0/1955_211_0.pdf (20.6.2018).

Editorial Note. In: Louis J. Smith (Hg.), *Foreign Relations of the United States (FRUS) 1961-1963. Cuba January 1961-September 1962*, 10 (Washington 1997), Document 429, online unter <https://history.state.gov/historicaldocuments/frus1961-63v10/d429> (4.12.2018).

Memorandum for Discussion, October 17, 1962. In: Edward C. Keefer, Charles S. Sampson, Louis J. Smith (Hg.), *FRUS 1961-1963. Cuban Missile Crisis and Aftermath*, 11 (Washington 1996), Document 26, online unter <https://history.state.gov/historicaldocuments/frus1961-63v11/d26> (5.12.2018).

Memorandum for the File, October 19, 1962. In: Edward C. Keefer, Charles S. Sampson, Louis J. Smith (Hg.), *FRUS 1961-1963. Cuban Missile Crisis and Aftermath*, 11 (Washington 1996), Document 28, online unter <https://history.state.gov/historicaldocuments/frus1961-63v11/d28> (4.12.2018).

Memorandum From Attorney General Kennedy to Secretary of State Rusk, October 30, 1962, In: Edward C. Keefer, Charles S. Sampson, Louis J. Smith (Hg.), *FRUS 1961-1963. Cuban Missile Crisis and Aftermath*, 11 (Washington 1996), Document 96, online unter <https://history.state.gov/historicaldocuments/frus1961-63v11/d96> (4.4.2019).

Memorandum of conversation between Mikoyan and Fidel Castro, 4 November 1962. In: James G. Hershberg, Christian F. Ostermann (Hg.) *CWIHP Bulletin* 5 (Spring 1995), 94-101, online unter https://www.wilsoncenter.org/sites/default/files/CWIHPBulletin5_p2.pdf (5.4.2019).

Memorandum über die Ergebnisse der Besprechungen zwischen der Regierungsdelegation der Republik Österreich und der Regierungsdelegation der Sowjetunion, 15. April 1955 („Moskauer Memorandum“), In: Gerald *Stourzh*, Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945-1955 (Wien/Graz 5. Durchges. Aufl. mit einem bibliogr. Nachw. 2005), 667-670.

Message From Chairman Khrushchev to President Kennedy, October 27, 1962, In: Edward C. *Keefer*, Charles S. *Sampson*, Louis J. *Smith* (Hg.), FRUS 1961-1963. Cuban Missile Crisis and Aftermath, 11 (Washington 1996), Document 91, online unter <<https://history.state.gov/historicaldocuments/frus1961-63v11/d91>> (4.12.2018).

Message from the Prime Minister of Cuba (Castro) to the U.N. Acting Secretary-General (Thant), October 28, 1962, In: Department of State Publication 8007 (Hg.) American Foreign Policy. Current Documents 1962 (Washington D.C. 1966), 447-448, online unter <<https://babel.hathitrust.org/cgi/pt?id=mdp.39015013346716;view=1up;seq=5>> (4.4.2019).

National Security Council Report On U.S. Policy Toward Austria, March 23, 1956. In: Roberta *Di Gangi*, Lorraine *Lees*, Aaron *Miller*, Charles S. *Sampson* (Hg.), FRUS 1955-1957. Central and Southeastern Europe, 26 (Washington 1992), Document 19, online unter <<https://history.state.gov/historicaldocuments/frus1955-57v26/d19>> (13.4.2019).

Office Memorandum, Katzenbach to Attorney General Kennedy, October 23, 1962, In: Edward C. *Keefer*, Louis J. *Smith*, Charles S. *Sampson* (Hg.), FRUS 1961-1963. Microfiche Supplement. American Republics. Cuba 1961-1962. Cuban Missile Crisis and Aftermath, 10/11/12 (Washington, 1998) Document 347, online unter <<https://static.history.state.gov/frus/frus1961-63v10-12mSupp/pdf/d374.pdf>> (4.12.2018).

Record of Meeting, July 29, 1968, In: David C. *Humphrey*, Charles S. *Sampson* (Hg.), FRUS 1964-1968. Soviet Union, 14 (Washington 2001), Document 282, online unter <<https://history.state.gov/historicaldocuments/frus1964-68v14/d282>> (5.4.2019).

Record of Meeting, October 19, 1962. In: Edward C. *Keefer*, Charles S. *Sampson*, Louis J. *Smith* (Hg.), FRUS 1961-1963. Cuban Missile Crisis and Aftermath, 11 (Washington 1996), Document 31, online unter <<https://history.state.gov/historicaldocuments/frus1961-63v11/d31>> (4.12.2018).

Staatsvertrag, betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreichs, BGBl. Nr. 152/1955, online unter <https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1955_152_0/1955_152_0.pdf> (20.6.2018).

Telegram from Soviet Ambassador to the USA Dobrynin to the USSR MFA, 24 October 1962. In: James G. *Hershberg* (Hg.) CWIHP Bulletin 5 (Spring 1995), 71-73, online unter <https://www.wilsoncenter.org/sites/default/files/CWIHPBulletin5_p2.pdf> (4.4.2019).

Telegram From the Department of State to the Embassy in the Soviet Union, October 25, 1962. In: Edward C. *Keefer*, Charles S. *Sampson*, Louis J. *Smith* (Hg.), FRUS 1961-1963. Cuban Missile Crisis and Aftermath, 11 (Washington 1996), Document 68, online unter <<https://history.state.gov/historicaldocuments/frus1961-63v11/d68>> (4.12.2018).

Telegram From the Department of State to the Mission to the North Atlantic Treaty Organization, October 28, 1962, In: Edward C. *Keefer*, Charles S. *Sampson*, Louis J. *Smith* (Hg.), FRUS 1961-1963. Cuban Missile Crisis and Aftermath, 11 (Washington 1996), Document

100, online unter <<https://history.state.gov/historicaldocuments/frus1961-63v11/d100>> (4.12.2018).

Telegram From the Embassy in the Soviet Union to the Department of State, October 23, 1962, In: Edward C. *Keefer*, Charles S. *Sampson*, Louis J. *Smith* (Hg.), FRUS 1961-1963. Cuban Missile Crisis and Aftermath, 11 (Washington 1996), Document 48, online unter <<https://history.state.gov/historicaldocuments/frus1961-63v11/d48>> (4.12.2018).

Telegram From the Embassy in the Soviet Union to the Department of State, October 26, 1962, In: Edward C. *Keefer*, Charles S. *Sampson*, Louis J. *Smith* (Hg.), FRUS 1961-1963. Cuban Missile Crisis and Aftermath, 11 (Washington 1996), Document 84, online unter <<https://history.state.gov/historicaldocuments/frus1961-63v11/d84>> (4.12.2018).

Telegram From the Mission to the United Nations to the Department of State, October 27, 1962, In: Edward C. *Keefer*, Charles S. *Sampson*, Louis J. *Smith* (Hg.), FRUS 1961-1963. Cuban Missile Crisis and Aftermath, 11 (Washington 1996), Document 93, online unter <<https://history.state.gov/historicaldocuments/frus1961-63v11/d93>> (4.4.2019).

Telegram to all diplomatic and consular posts, October 24, 1962. In: Edward C. *Keefer*, Louis J. *Smith*, Charles S. *Sampson* (Hg.), FRUS 1961-1963. Microfiche Supplement. American Republics. Cuba 1961-1962. Cuban Missile Crisis and Aftermath, 10/11/12 (Washington 1998), Document 390, online unter <<https://static.history.state.gov/frus/frus1961-63v10-12mSupp/pdf/d390.pdf>> (4.12.2018).

The Italian Foreign Ministry assesses the causes and consequences of the crisis, December 1962, In: James G. *Hershberg*, Christian F. *Ostermann* (Hg.), CWHIP Bulletin 17/18 (Fall 2012), 671-673, online unter <https://www.wilsoncenter.org/sites/default/files/CWHIP_Bulletin_17-18_Cuban_Missile_Crisis_v2_COMPLETE.pdf> (4.4.2019).

Transcript of a Meeting at the White House, October 16, 1962. In: Edward C. *Keefer*, Charles S. *Sampson*, Louis J. *Smith* (Hg.), FRUS 1961-1963. Cuban Missile Crisis and Aftermath, 11 (Washington 1996), Document 18, online unter <<https://history.state.gov/historicaldocuments/frus1961-63v11/d18>> (4.12.2018).

We Were Truly on the Verge of War. A Conversation with Nikita Khrushchev, 30 October 1962, In: James G. *Hershberg*, Christian F. *Ostermann* (Hg.), CWHIP Bulletin 17/18 (Fall 2012), 400-403, online unter <https://www.wilsoncenter.org/sites/default/files/CWHIP_Bulletin_17-18_Cuban_Missile_Crisis_v2_COMPLETE.pdf> (5.4.2019).

10.2. andere Quellen

descuderovalle (Username), Fidel Castro mintiendo „I Am Not Communist or Dictator“ (7 ocasiones) [YouTube-Video], veröffentlicht am 31.12.2017, online unter <<https://www.youtube.com/watch?v=ZiVXFQILh0I>> (26.6.2019).

Herbert L. *Matthews*, “Top Castro Aide Denies Red Tie; Leaders Say They ‘Await Fidel’”. In: New York Times January 5, 1959, 7, online unter <<https://static01.nyt.com/packages/html/books/matthews/matthews010459.pdf>> (26.6.2019).

<http://anno.onb.ac.at/>

Stephen S. *Rosenfeld*, „I don't agree, Mr. President" In: Washington Post October 30, 1987, online unter <https://www.washingtonpost.com/archive/opinions/1987/10/30/i-dont-agree-mr-president/b222d237-cd53-4f41-b0a3-a551f92f6b19/?noredirect=on&utm_term=.2141947172e6> (4.12.2018).

The Editors of Encyclopaedia Britannica, Cuban Revolution. In: Encyclopaedia Britannica, inc. , 19.7.2019, online unter <<https://www.britannica.com/event/Cuban-Revolution>> (26.7.2019).

10.3. Zeitungsartikel

10.3.1. Salzburger Nachrichten

Nach der Kennedy-Rede: Run auf Nachrichten. In: Salzburger Nachrichten, Jg. 18, Nr. 246 (24.10.1962), Seite 2.

Gorbach: Besonnenheit und klare Politik! In: Salzburger Nachrichten, Jg. 18, Nr. 247 (25.10.1962), Seite 2.

Moskau will mit Washington verhandeln. In: Salzburger Nachrichten, Jg. 18, Nr. 247 (25. Oktober 1962), Titelseite.

Symptome einer Entspannung um Kuba. In: Salzburger Nachrichten, Jg. 18, Nr. 248 (26.10.1962), Titelseite.

Schärf: Ruf nach Frieden. In: Salzburger Nachrichten, Jg. 18, Nr. 248 (26.10.1962), Seite 2.

USA: Österreich in Neutralität frei. In: Salzburger Nachrichten, Jg. 18, Nr. 248 (26.10.1962), Seite 2.

Das Geschäft. In: Salzburger Nachrichten, Jg. 18, Nr. 249 (29.10.1962), Seite 2.

Gorbach bot Wien als Plattform an. In: Salzburger Nachrichten, Jg. 18, Nr. 249 (29. Oktober 1962), Seite 2.

10.3.2. Kurier

Gorbach zu Kuba-Krise: Ruhe bewahren! In: Kurier (25. Oktober 1962), Titelseite.

Neutrale fordern: Sofort an den Verhandlungstisch. In: Kurier (Morgen 25. Oktober 1962), Seite 2.

Österreich als Beobachter bei Neutralen-Aktion. In: Kurier (Morgen 25. Oktober 1962), Seite 2.

Kreisky: Pessimismus nicht am Platz. In: Kurier (Morgen 26. Oktober 1962), Titelseite.

Dr. Schärf bietet der Welt Österreichs Dienste an. In: Kurier (Morgen 27. Oktober 1962), Seite 2.

Heute: „Kuba-Sitzung“ der Regierung. In: Kurier (30. Oktober 1962), Seite 2.

10.3.3. Arbeiterzeitung

Neutrale fordern: Die Waffen nieder! In: Arbeiter Zeitung (25. Oktober 1962), Titelseite.

Weltkrise zeigt den Wert der Neutralität. In: Arbeiter Zeitung (25. Oktober 1962), Titelseite.

Schärf: Österreich bereit, zu vermitteln. In: Arbeiter Zeitung Nr. 249 (27. Oktober 1962), Titelseite.

Sowjetbotschafter bei Kreisky. In: Arbeiter Zeitung Nr. 249 (27. Oktober 1962), Seite 2.

Dr. Kreisky berichtet der Regierung über Kuba. In: Arbeiter Zeitung Nr. 251 (30. Oktober 1962), Seite 2.

Ministerrat: Geheimberichte über Kuba. In: Arbeiter Zeitung Nr. 252 (31. Oktober 1962), Seite 2.

10.3.4. Volksblatt

Bundeskanzler Gorbach: Jetzt erst recht klare Neutralitätspolitik!. In: Volksblatt, Nr. 247 (25. Oktober 1962), Titelseite.

USA informieren die Wiener Regierung. In: Volksblatt (26. Oktober 1962), Seite 2.

Auch Botschafter Awilow bei Dr. Kreisky. In: Volksblatt (27. Oktober 1962), Seite 2.

Oesterreich bietet Friedensdienste an. In: Volksblatt (27. Oktober 1962), Seite 2.

10.3.5. Neues Österreich

Bundeskanzler zur Verschärfung der Weltlage: „Österreichs Neutralität braucht klare Konturen“. In: Neues Österreich (25. Oktober 1962), Seite 2.

USA-Geschäftsträger bei Kreisky. In: Neues Österreich (26. Oktober 1962), Seite 2.

Österreich und der große Konflikt: Strikteste Einhaltung der Neutralität. In: Neues Österreich (26. Oktober), Seite 2.

Schwierige Verhandlungen der Weltmächte über Kuba. Dr. Schärf: Österreich bietet seine guten Dienste an. In: Neues Österreich Nr. 249 (27. Oktober 1962), Titelseite.

10.3.6. Krone

Bundespräsident Schärf bietet Vermittlung an. In: Krone (27. Oktober 1962), Seite 5.

11. Anhang

11.1. Abstract

Die vorliegende Arbeit befasst sich mit der Kubakrise im Oktober 1962 und der Bemühung österreichischer Politiker zu einer friedlichen Lösung. Die Frage wieviel österreichische Politiker zum Ende der Krise beigetragen haben, wird beantwortet. Dabei werden unter anderem Memoiren von wichtigen politischen Entscheidungsträgern herangezogen und mit anderen Quellen verglichen.

Nach der historischen Darstellung der Kubarevolution, der Kubakrise und der Sicht der beteiligten Staaten folgt ein geschichtlicher Abriss der Entstehung der Neutralität Österreichs im Zusammenhang mit dem Staatsvertrag. Um diesem Neutralitäts-Anspruch noch gerechter zu werden, wird Wien als neutrale Plattform präsentiert und internationale Organisationen sowie die UNO ziehen nach Wien.

Im Weiteren wird auf die Rolle österreichischer Politiker während der Kubakrise eingegangen. Kreisky hat ein weiteres Gipfeltreffen zur Lösung vorgeschlagen, das allerdings nicht stattgefunden hat. Auch ein wichtiger Zeitungsartikel in den USA mit dem Vorschlag eines Deals erhielt durch Kreisky Unterstützung. Anhand der Analyse österreichischer Zeitungsartikel wird gezeigt, dass Politiker, vor allem Kreisky, in verschiedenen Reden zum Frieden aufriefen und nicht untätig geblieben sind. Die einzelnen Zeitungen berichteten unterschiedlich, doch alle hoben in ihren Artikeln das Engagement und einige wichtige Aussagen der Politiker hervor. Obwohl der tatsächliche Beitrag Österreichs zur Lösung der Krise nicht zu hoch gestellt werden darf, war es dennoch ein wichtiges Ereignis für Österreich: seine internationale Stellung als Friedensvermittler wurde unterstrichen und die international respektierte Stellung Kreiskys festigte sich.